

Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Heft 5, Teil 2

Historische Kommission
des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

**SPD-Geschichte in
Sachsen-Anhalt
Neugründungen 1989/1990**
Teil 2



Inhalt

Dr. Rüdiger Fikentscher (und die Mitglieder der Historischen Kommission) Vorwort	2
Joachim Volger/Dessau Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau	3
Dr. Wilhelm Polte Mein Herbst 1989	30
Udo Krause (Magisterarbeit) Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt	36
Dr. Rüdiger Fikentscher Grußwort anlässlich der Festveranstaltung „20 Jahre SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt“ am 28.08.2010 in Quedlinburg	72
Till Fischer/Halle 20 Jahre SPD-Landesverband – Bericht von einem Forschungspraktikum	75

V.i.S.d.P.:
SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Historische Kommission
Bürgerstr. 1
39104 Magdeburg
www.spd-sachsen-anhalt.de
Druck: Druckerei Gottschalk, Aken

Vorwort

Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt hat die Historische Kommission von vielen Seiten Unterstützung bei der Herausgabe des 5. Heftes der Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt erhalten. Die Nachfrage war und ist groß und weitere Beiträge liegen zur Veröffentlichung bereit. Aus beiden Gründen stimmte der Landesverband der Herstellung von Teil 2 des 5. Heftes zu. Dafür dankt die Historische Kommission allen Beteiligten. Wir kommen damit unserem Ziel, die Geschichte unseres Landesverbandes nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, sondern zu bewahren, einen Schritt näher. Die Arbeit ist noch längst nicht abgeschlossen, weitere Hefte werden in Abständen von zwei Jahren folgen. Wer sich beteiligen möchte, ist herzlich eingeladen.

Dr. Rüdiger Fikentscher

Vorbemerkung der Herausgeber zum Beitrag von Joachim Volger/Dessau:

Vom Beitrag von Joachim Volger war durch einen technischen Defekt im Heft 5, Teil 1 nur das Vorwort abgedruckt worden. Wegen des besseren Zusammenhangs wird dieses hier noch einmal wiedergegeben.

Joachim Volger, Dessau

Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau Chronologie der Jahre 1989 und 1990

Vorwort

Bei dieser Chronologie handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines anlässlich unseres am 25. Oktober 2009 gefeierten 20-jährigen Gründungsjubiläum verfassten Textes. Dieser verfügt über zahlreiche Anlagen in Form von Kopien der in der Zeit der friedlichen Revolution entstandenen Dokumente. Die Kürzungen beziehen sich hauptsächlich auf Darstellungen von Randereignissen und Rahmenbedingungen, welche einem besseren Verständnis der Ereignisse dienen sollten. Vor allem aber können hier nur wenige der fast 300 Anlagen gezeigt werden, da diesen den vorgegebenen Rahmen deutlich sprengen würden.

Im Jahre 1989 entstand die Partei noch unter den Bedingungen der Illegalität und unter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS/Stasi) unter dem Namen SDP (**S**ozial **D**emokratische **P**artei) zuerst für die gesamte DDR in Schwante und nachfolgend in den Städten und Gemeinden je einzeln als Orts- oder Basisgruppen. Aus diesem Grunde kann sich das 20-jährige Jubiläum der Dessauer SPD auch nur auf den Teil der Stadt Dessau-Roßlau beziehen, welcher heute das Stadtgebiet von Dessau umreißt. In Roßlau entstand inzwischen eine eigene textliche Fassung.

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution geraten viele Ereignisse jener Zeit in Vergessenheit. Wichtige Dokumente gehen verloren und einige Zeitzeugen leben bereits nicht mehr. Es wurde also höchste Zeit, die noch vorhandenen Notizen, Protokolle, Streitschriften, Plakate und Flugblätter zu systematisieren, auszuwerten und unter Zuhilfenahme der Erinnerung der Akteure jener bewegten und bewegenden Tage zu einer Chronologie der Ereignisse zusammenzufassen. Entsprechende Versuche wurden schon kurz nach der so genannten „Wende“ und auch 10 Jahre danach von Horst Leischner und Joachim Volger unternommen, konnten aber wegen einer zu geringen Resonanz auf den Aufruf zur Bereitstellung der Quellen nicht fortgesetzt werden. Das änderte sich nun unter dem Druck der Zeit. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Gründungsgeschichte der Dessauer Jungsozialisten zu recherchieren.

Die tabellarisch aufgebaute Chronologie kann in Anbetracht der auch heute noch eingeschränkten Mitwirkung der „Basis“ nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Auch wenn sie wegen ihres Bezugs auf nur wenige Quellen aus der Sicht des einen oder anderen „Aktivisten der ersten Stunde“ etwas „einseitig“ oder subjektiv gefärbt sein sollte, ist sie sicher geeignet Erinnerungen aufzufrischen, und das Bedürfnis zu deren Vervollständigung zu wecken. Unabhängig von den genannten Einschränkungen ist jedoch festzustellen, dass auf eine objektive Darstellung der Ereignisse sorgfältig geachtet wurde, indem immer Belege genutzt und (in der vollständigen Fassung) auch beigebracht werden. Darüber hinaus wurde zu Referenzzwecken das Buch „Die friedliche Revolution in Dessau vom Herbst 1989

bis zur Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990“ von Alfred W. Radeloff genutzt.

Die Chronologie behandelt insbesondere den Teil der Gründungsgeschichte, welcher nicht „aktenkundig“ nachvollziehbar ist und endet mit einer weniger differenzierten Darstellung der Ereignisse mit der Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Viele Menschen aus der ehemaligen DDR sagen, dass die friedliche Revolution das in ihrem gesamten Leben bewegendste Ereignis war, welches ihren Horizont erweitert hat und sie befähigte, die oftmals schwere Zeit des nachfolgenden Umbruchs leichter zu verkraften. Die Erinnerung an diese Zeit halten sie deshalb für sehr wichtig und möchten diese Erfahrung nicht missen, selbst wenn diese mit einem vorherigen Leben in der ungeliebten DDR verbunden war. Deshalb würde eine rein chronologische Darstellung der Ereignisse unser Anliegen und die Gründe unseres Handelns nicht hinreichend beschreiben können. Die Chronologie wird deshalb durch einige Reflexionen von Mitgliedern des ersten Sprecherrates der SDP ergänzt.

Beiträge von Mitgliedern des ersten Sprecherrates

Horst Leischner

Geboren 1958, gelernter Vermessungsmechaniker, Studium der Theologie, jetzt Pfarrer in Köthen

Herbst 1989

aus 2009 wird ein Erinnerungsjahr
damals vor 20 Jahren
weißt du noch
wo warst du damals
was hast du gemacht
am Tag des Mauerfalls

die Bilder werden wieder lebendig
die Welt hat sich verändert
an diesem Tag und an den Tagen danach
von einer Stunde zu anderen
offene Grenzen
plötzlich wie über Nacht
der freie Zugang in die ganze Welt

aus Wundern wurden Selbstverständlichkeiten

Erinnerungen an die aufregenden Tage vor 20 Jahren
Absprachen im Törtener Pfarrgarten
Taize Gebet für Frieden Gerechtigkeit und Demokratie in der Dessauer
Georgenkirche
Gebete um Erneuerung
die erste Demo danach
offene Reden in der Kirche
und auf der Straße
ängstliche Blicke auf den Stasi Wartburg

Angst und bange Fragen
Überwindung der Ohnmacht
mit Mut und Entschlossenheit
jetzt oder nie
die Zeit war reif

zum ersten Mal mit Begeisterung die Internationale gesungen
viele Gespräche
Kontakte zu Unbekannten
Menschen waren wachgerüttelt
viele Sympathisanten des Neues Forums und der SDP
Statement im Stadtrat von der „Freiheit“ berichtet
Demokratie ausprobiert

(Februar 2009)

Roger Voigtländer

Geboren 1963, Studium erst nach der friedlichen Revolution, Dipl.-Kaufmann, heute Leiter für Bildung und Personalentwicklung bei gpdm in Paderborn

Ich hatte spätestens seit meinem Erwachsenwerden nicht mehr viel übrig für die DDR. Ein sonderlich begabter Analytiker bin ich nicht, aber eines war mir in den Jahren vor '89 längst klar geworden: Hier ging es keineswegs um „Volkes Wohl“. Denn Wohlstand hieß für mich auch, sich entfalten zu können, Meinungen sagen und hören zu dürfen und die Welt zu bereisen. Die DDR war für mich eine astreine, auch von innen gut erkennbare Diktatur ohne wirkliche Ideale. Ein paar alte Männer und wenige Frauen bangten um ihre Macht und verbargen ihr Tun hinter einer ziemlich einfältigen Idee vom Sozialismus, den sie den realen Sozialismus nannten. Dass die Sache schief gehen würde, war nicht zu übersehen. Nur hoffte ich damals, den Untergang der DDR und des ganzen Sozialismusunfugs auch selbst erleben zu dürfen.

Insofern waren die Tage im Wendejahr für mich dann auch ein einziges Jubilieren. Im August 1989 befand ich mich mit meiner damaligen Partnerin Marion in Budapest. Wer sich als DDR-Bürger dort aufhielt, dachte selbstverständlich über Flucht nach. Irgendwann ermutigte Marion mich: „Wenn du jetzt gehen möchtest, kann ich das verstehen. Ich muss aber wegen meiner Tochter wieder zurück.“ Und ich dachte, nein, jetzt zu gehen, wäre die größte Dummheit meines Lebens. Jetzt, wo es spannend wird, jetzt, wo vielleicht jedes Engagement in deiner Heimat benötigt wird, fährst du garantiert wieder dorthin zurück!

Zur SDP kam ich über das Neue Forum. Eine der anderen Parteien kam nicht infrage, erstens, weil diese in der DDR immer fein mitgemacht hatten, zweitens, weil mich Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt enorm beeindruckt haben und drittens, weil die Marktwirtschaft ein Regulativ braucht, das für mich vor allem die SPD verkörpert.

Gelegentlich werde ich gefragt, ob Angst mein ständiger Begleiter während der DDR-Agonie gewesen sei. Nein, nie. Seltsam eigentlich, denn knapp war es manchmal wohl. Das weiß ich aber erst jetzt. Vielleicht spielte ja auch jede Menge Adrenalin eine Rolle ...

Heute lebe ich in Paderborn, habe ein BWL-Studium absolviert und bin noch immer

Sozi. Mein siebenjähriger Sohn beginnt langsam Fragen zu stellen, die ich ihm gern und möglicherweise eine Spur zu ausführlich beantworte.

Joachim Volger

Geboren 1947, Dipl.-Ing. für Lokomotivbau, heute im Vorruhestand in Dessau

Nach 20 Jahren: Mehr zu tun als je zuvor

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich unsere Heimat hier im Osten Deutschlands vollständig verändert. Das können wir sehen, wenn wir es nur wollen: In den Geschäften werden wir mit einem Überfluss an Waren konfrontiert, der uns nicht nur die Wahl schwer macht, sondern auch immer neue Ansprüche weckt. Es mangelt nicht an gut ausgestatteten Wohnungen, die Umwelt ist sauber geworden und überall treffen wir auf restaurierte Villen, Schlösser und Parkanlagen. Das kulturelle Angebot ist breit und vielseitig und reisen können wir auch. Und die meisten von uns können sich auch viel mehr leisten als damals in der DDR. Was wollen wir eigentlich noch? Woher kommt diese Unzufriedenheit, die uns hier im Osten überall begegnet? Dafür gibt es viele Gründe, rationale und kaum nachvollziehbare.

Zurzeit aber durchleben wir eine Finanz- und Wirtschaftskrise, welche viele Menschen ängstigt und zweifeln lässt, ob das heute praktizierte Wirtschaftssystem für die Allgemeinheit als uneingeschränkt erstrebenswert gelten darf. Wir fragen uns manchmal ob nach der Beseitigung des Realen Sozialismus als Staats- und Wirtschaftsform auch das erreicht wurde, was wir uns damals wünschten. Als besonders ärgerlich, ja verhängnisvoll empfinde ich die Tatsache, dass nun, nachdem wohl die schlimmstmöglichen Auswirkungen der Krise verhindert wurden, wieder zur Tagesordnung übergegangen wird, indem viele gute Vorsätze einer Begrenzung der Macht des Kapitals und gewissenloser Spekulanten vergessen werden. Schlimmer noch: Im Ergebnis dieser Krise wird sich die wirtschaftliche Macht nur noch in wenigen Händen befinden. Die Politik wird in einer Weise entmachtet sein, wie dies in der Geschichte unserer Zivilisation noch nie der Fall war. Die Zeitfenster, in denen Politik noch etwas bewegen kann, werden immer kleiner und soziale Korrekturen an der Wirtschaftsordnung werden seltener und geringer. Die SPD wird als soziales Korrektiv gebraucht wie nie zuvor, jedoch wird sie es in diesem Umfeld schwer haben.

Soziale Sicherheit hatten wir damals in der DDR. Trotzdem wollten wir das ungeliebte Regime abschaffen. Wir wollten dies mit aller uns zur Verfügung stehender Kraft, obwohl uns diese soziale Sicherheit, welche die DDR all denen bot, die sich wenigstens zum Schein zu ihr bekannten, nach dem Willen der Regierenden teuer gewesen sein sollte. Wir fühlten oder wussten bereits, dass diese vermeintliche Sicherheit nur Gleichheit in einem sinkenden Standard, Heuchelei und Unfreiheit sowie Repressalien gegenüber allen, welche in irgendeiner Form den erzwungenen gesellschaftlichen Konsens verließen, bedeutete. Es konnte so nicht weiter gehen.

Die SDP erschien mir damals und auch rückblickend als einzige Alternative, da sie nicht den vergeblichen Versuch unternahm, das bestehende System zu verbessern, sondern auch an den ökonomischen Wurzeln der Unfreiheit rührte. Denn ökonomische Unfreiheit führt zwangsläufig auch zu Repressalien und zur politischen Unfreiheit. Wir waren uns aber schon frühzeitig im Klaren, dass mit der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der DDR eben jener Menschentypus, welcher uns bis dato unterdrückte, als neue Unternehmer und Kapitalisten erscheinen würde und die Mehrheit der Menschen frühkapitalistischer Ausbeutung aussetzen würde. Damit

dies nicht passiert, war ein politischer Gegenpol erforderlich, denn das Kapital ist ja an sich mächtig und hat schon immer auch seine Lobbyisten gefunden. Deshalb beschäftigten wir uns intensiv mit den Mechanismen der Macht und den Möglichkeiten deren Begrenzung. Schon damals dachten wir in kleinen Kreisen über Möglichkeiten der Dämpfung von Spekulationsrisiken, über eine angemessene Besteuerung der Spekulationsgewinne und über die Bildung von Rücklagen zur Bewältigung von Krisensituationen nach. Wir hielten es für erforderlich, dass Betriebe der Daseinsfürsorge in staatlicher bzw. kommunaler Hand und unter demokratischer Kontrolle bleiben müssen und dass die Rechtsprechung nicht zu einer ergiebigen Quelle satter Gewinne werden und das Recht nicht vom Geldbeutel der Betroffenen abhängen darf. Auf den Rechtsstaat hatten wir gehofft. Gleichzeitig wollten wir aber, dass Recht und Gerechtigkeit vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in höherem Maße wieder gleichbedeutend werden. Wir waren naiv, als wir glaubten und hofften, dass das möglich sei, indem wir unterstellten, dass dies ja auch in den alten Bundesländern Ziel der Politik sein müsste. Der Drang nach schnellem Wohlstand einerseits und die Arbeit der Lobbyisten andererseits haben das verhindert. Immer wieder wurde und wird dabei auch das Argument des hohen Stellenwertes der Freiheit bemüht und jegliche Beschränkung der Macht des Kapitals als Form der Freiheitsbeschränkung dargestellt. Und dies führte auch immer wieder zum Ziel, obwohl doch die Freiheit des einen oft die Unfreiheit vieler anderer bedeutet. Aber ist etwa ein Arbeitsloser bzw. ein Sozialhilfeempfänger wirklich frei, wenn er es nicht gerade darauf anlegt, von Sozialkassen zu leben? Oder ist denn auch der gut bezahlte Angestellte, der im Streben nach einer Karriere scheinbar freiwillig mehr als 10 oder 12 Stunden täglich für seine Firma arbeitet und flexibel den jeweiligen Wohnort den ständig wechselnden Anforderungen seiner Firma anpasst, deshalb an Familienplanung kaum denken will und kaum soziale Bindung zu seinem Lebensumfeld eingehen kann, wirklich frei? Wird er nicht trotz aller positiven Momente eines solchen Lebens auch um sein Leben betrogen? Und was wird aus einem Kulturkreis der kurzfristig orientiertes Gewinnstreben einem Leben mit Kindern und für die Zukunft vorzieht? Wird er sich nicht einfach selbst auslöschen?

Als SDP hatten wir darüber im Jahr 1989 noch nachgedacht, abgewogen und an Lösungsansätzen gearbeitet. Die SPD muss heute begreifen, dass solches Nachdenken über Ursachen und Wirkungen und ein langfristiges Handeln mehr denn je und um ihrer Glaubwürdigkeit willen erforderlich ist.

Silke Wallstein

Geboren 1967, Schauspielerin, Regisseurin

Von der Bühne zur politischen Aktion

Vom Selbstverständnis einer Theaterkunst geprägt, der man in der DDR große journalistische und politische Bedeutung beimaß, nehme ich den Herbst 1989 heute als eine kurze verrückte Zeitspanne wahr, in der nach Jahren der Stagnation plötzlich alles möglich schien. Die alten Verhältnisse lösten sich quasi über Nacht auf, neue waren noch nicht in Sicht. Es war eine spannende Zeit für Utopien, große Gedanken, heiße Diskussionen, Euphorie und die Illusion, nicht nur von der Bühne aus, sondern auch ganz praktisch an entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen aktiv mitwirken zu können. Die Montagsdemos gaben einem das Gefühl, dass viele Menschen gemeinsam etwas bewegen können und sich uralte Verkrustungen in wenigen Wochen aufbrechen lassen. Man fühlte sich aufgehoben und verstanden in den Massen - jedenfalls für einen kurzen, erhebenden Moment.

Zu Anfang ging es aus meiner Sicht eher um die Erneuerung und den politischen Neuaufbau einer bestehenden Gesellschaft, in der das Bewährte erhalten und trotzdem Platz für Veränderungen sein sollte. Das interessierte mich sehr. Ein paar gute Ideen hätten es durchaus verdient, gerettet zu werden, aber:

Nichts genügt demjenigen, dem das, was genügt, zu wenig ist. (Epikur)

Die schnelle Aufwertung des Konsumgedankens und das unterschätzte Ausmaß der Begierde der Menschen, für die es keine andere Sprache zu geben schien als die der westdeutschen Überflussgesellschaft, veränderte das Klima der Montagsdemos entscheidend. Aus „Wir sind das Volk“ wurde plötzlich „Wir sind ein Volk.“

Bei allem, was sich aus heutiger Sicht auch für mich positiv verändert hat, empfinde ich diese Zeit im Rückblick als verpasste Chance, die Strukturen einer demokratischen, von Egoismus freien Gesellschaft neu zu denken. Schade drum. (August 2009)

Albrecht Anspach

Geboren 1953 in Dessau; Diplomingenieur für Gießereitechnik; heute tätig in einem Vertretungs- und Beratungsunternehmen in Schaffhausen, Schweiz

In meiner Erinnerung sehe ich mich Anfang September 1989 in dem schon etwas heruntergekommenen Mitropa Restaurant im Leipziger Hauptbahnhof. Ich wartete auf den Zug nach Frankfurt am Main, da ich die Genehmigung für den Besuch meiner Tante zu deren 90. Geburtstag in Bad Kreuznach von den Behörden erhalten hatte. Im Restaurant war es voll und so saß ich mit fünf anderen Gästen an einem Tisch. Wir kamen ins Gespräch und es stellte sich heraus, dass es eine Runde von Frustrierten aber Gleichgesinnten war. Im Gespräch stellten wir fest, dass wir alle genug von dem DDR-System hatten, genug vom „real existierenden Sozialismus“, davon, nicht frei wählen zu können, genug davon, nicht die eigene Meinung öffentlich ungestraft sagen zu können, genug von einer Altherrenriege diktatorisch regiert zu werden, genug davon, unsere Städte herunterkommen und im Kohlengestank versinken zu sehen, davon, nicht hinaus in die Welt zu können und davon, unsere Kinder einem kommunistischen Bildungssystem anvertrauen zu müssen, genug davon, nicht frei zu sein.

Man verabschiedete mich mit den Gedanken, da fährt wieder einer in den Westen und kommt nicht wieder.

Die ganze Zeit im Westen war ich unruhig und nervös. Ich wollte so schnell wie möglich zurück, hatte Angst etwas zu verpassen.

Wieder zurück erlebte ich den 09. Oktober 1989 in Leipzig auf der Straße. Jetzt war klar, dass die Veränderung nicht mehr aufzuhalten ist. Ich entschloss mich, der SDP in Dessau beizutreten. Entscheidend dafür war das Wissen, hier handelt es sich um eine von der Vergangenheit unbelastete Partei und es war die Partei von Helmut Schmidt. Ihn hielt und halte ich noch für den besten deutschen Bundeskanzler und seriösesten Politiker. Seine Persönlichkeit hat mich der SDP nahe gebracht.

Die Zeit der Wende in der SDP in Dessau mit dem ersten Sprecherrat und den folgenden Entwicklungen bis Oktober 1990 gehört zur schönsten Zeit meines Lebens. Ich denke an eine interessante Zeit in einer Gemeinschaft Gleichgesinnter, die etwas erreichen können, wenn sie ein Ziel verbindet.

Es war fantastisch zu erleben, welches Licht in eine Gesellschaft gebracht werden kann. Diese Zeit war wirklich ein Aufbruch. Es war Euphorie pur, die so nicht anhalten konnte, was auch klar war. Nie vergessen werde ich die Gründung des Ortsvereins in Ziebigk. Wir kamen sehr spät in der Nacht aus einer Sitzung des

Runden Tisches im Rathaus und im Kornhaus warteten immer noch 400 Menschen auf uns. Wir konnten uns nur mit Mühe einen Weg durch die Menge bahnen.

Aber man soll die Erinnerung behalten und nicht in der Vergangenheit leben. Alles verändert sich. Als die SPD im Landtag von Sachsen-Anhalt beschloss, sich von der PDS tolerieren zu lassen, war meine Zeit in der SPD vorbei. Das hatte ich mir nicht vorstellen können. Erst vor Kurzem habe ich das Politik-Theater in Hessen erlebt, als die SPD die Wähler betrogen hatte. Auch die SPD-Regierung unter Gerhard Schröder im Bund von 1998 bis 2005 gehört für mich zu den verlorenen Jahren in Deutschland. Nun wähle ich nicht einmal mehr die Partei, an deren Gründung ich in Dessau mit beteiligt war.

Seit einiger Zeit wohne ich in der Schweiz. Ich habe die Möglichkeit des Vergleiches der dort gelebten direkten Demokratie und der in Deutschland praktizierten repräsentativen Demokratie.

Ich bin begeistert davon, dass Politiker eigentlich nur Erfüllungsgehilfen der Bürger sein können, dass Bürger und nicht Politiker selbst und direkt bestimmen, wie hoch die Steuern sind, die sie zu zahlen haben, ob ein Land seine jungen Menschen in einen Krieg weit wegschicken soll, welches Bildungs- und Gesundheitssystem ein Land praktiziert, darüber, wen und wie viel Fremde man in sein Land lassen soll und darüber, dass Föderalismus dem Zentralstaat Grenzen setzen muss und das Korrektiv zugunsten der Freiheit ist.

Das Ziel einer Bürgergesellschaft hat man in Deutschland aus den Augen verloren und damit auch das für mich Wichtigste einer Gesellschaft: die Freiheit. Die Bürgergesellschaft lebt aber davon, dass der Bürger zwingend Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernimmt. Dort, wo der Bürger abdankt, macht sich die Bürokratie breit. Diese ist der Feind der Freiheit und versucht sie unter dem Vorwand des Missbrauches zu beschränken. Aber eine Freiheit, die nicht auch missbraucht werden kann, ist keine Freiheit.

Vielleicht gibt es bald einmal wieder Menschen, die mehr Freiheit in der Demokratie haben wollen und dafür auf die Straße gehen. Dann bin ich wieder mit dabei.

Tabellarische Übersicht der Ereignisse

Datum	Ereignis
26.08.1989	Vikar Horst Leischner trifft anlässlich seines Studiums am theologischen Seminar in Berlin u. a. den Mitgründer der SDP in der DDR Konrad Elmer, welcher ihn für die Ziele der SDP gewinnt und den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR durch Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme übergibt. Horst Leischner gibt seine Adresse in Dessau als Kontaktadresse an.
Sept. 1989	Horst Leischner verteilt in Dessau den Gründungsaufruf sowie das Statut mit Kontaktadressen und wirbt unter Freunden und Bekannten sowie bei den Treffen der an Änderungen interessierten Bürger für die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in Dessau. Im September birgt diese Arbeit noch die Gefahr einer Verhaftung durch die Stasi.
13.10.1989	Jugendgottesdienst (Nachtgebet für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie) in der Georgenkirche, organisiert durch Vikar Horst Leischner und Winfried Müller, dem Jugendwart des Kirchenkreises. Von da an finden jeweils am Freitag Gebete für Frieden, Gerechtigkeit

	<p>und Demokratie statt, wo Horst Leischner die Gelegenheit hatte, die Positionen der neu gegründeten SPD einem größeren Kreis darzulegen.</p> <p>Durch die Veröffentlichung der Kontaktadresse wurde Horst Leischner auch von vielen Interessenten in der Wohnung besucht.</p>
14.10.1989	Erstellung und Verbreitung eines Aufrufs zur Gründung von SDP-Ortsverbänden
20.10.1989	<p>Die Straßenbahn- und Busfahrer rufen die Fahrgäste zur Teilnahme am Friedensgebet und einer anschließenden Demonstration (über 2000 Teilnehmer) auf. Von da an fanden in Dessau jeweils freitags nach dem Gebet um Erneuerung Demonstrationen mit einer zunehmenden Teilnehmerzahl statt.</p> <p>Am Abend erstes Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche mit über 2000 Besuchern, die sich mit anderen Demonstranten anschließend zu einem Protestmarsch mit ca. 5000 Teilnehmern formierten. Pfarrer Alfred Radeloff findet sehr deutliche Worte für die Verhältnisse in der DDR, ruft zur angstfreien, offenen Aussprache auf und reißt mit seinen Worten auch die nicht Gläubigen mit. Reden der neuen Kräfte (NF, SDP) in der Kirche und vor dem Rathaus. Die Redner nennen an die Stasi gerichtet ihren Namen und ihre Anschrift und begeben sich damit bewusst in Gefahr aber auch unter den Schutz der Öffentlichkeit.</p> <p>Horst Leischner stellt die neu gegründete SDP vor und verteilt Flugblätter (Aufruf, Statut).</p> <p>Das Motto der Demonstrationen ist geprägt durch Losungen wie „Stasi in die Produktion“ und „keine Gewalt“ sowie Forderungen nach freien Wahlen, Auflösung der Stasi und der Kampfgruppen und Reisefreiheit für alle Bürger der DDR.</p>
23.10.1989	<p>Treffen der ersten Befürworter einer SDP-Gründung in Dessau in der Wohnung von Horst Leischner. Es ging um die Frage, wie weiter zu verfahren sei und welche Ziele die SDP in Dessau verfolgen müsste. Man verstand sich als konstruktive Alternative zum NF, welches sich zu jener Zeit nur im Protest gegen die alte Ordnung, nicht aber in den konkreten Zielen für eine neue Ordnung einigen konnte. Als Ziel wurde die Errichtung einer sozialen Marktwirtschaft in der DDR gesehen. Orientierung bot das „Neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ im Entwurf vom März 1989. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sollte erst nach einer wirtschaftlichen Stabilisierungsphase erfolgen, um Eigenbestimmung im Osten erhalten zu können. Dabei wurde auf die finanzielle und organisatorische Hilfe der BRD gesetzt.</p> <p>Teilnehmer der Besprechung waren: Horst Leischner, Wolfgang Kühnert, Roger Voigtländer, Joachim Volger sowie wahrscheinlich Albrecht Anspach, Harald Wondra und Silke Umlauf *).</p> <p>Von den ersten Besprechungen fehlen Notizen, Fotos und sonstige Dokumente, die im Falle eines noch möglichen Zugriffs der Stasi den Teilnehmern bzw. Mitgliedern schaden könnten. Die Versammlungen verliefen noch weitgehend konspirativ. Fotos liegen auch deshalb nicht vor, weil fotografierende Personen von den Demonstranten und Aktivisten der friedlichen Revolution zwangsläufig als Stasi-Angehörige bzw. –Zuträger verdächtigt wurden.</p>
24.10.1989	20:00 Uhr – Treffen bei Pfarrer Steckel in der Pauluskirche. Horst

	<p>Leischner erläutert interessierten Bürgern das Statut der SDP bzw. SPD (die Bezeichnung der Partei variiert noch, wobei rechtliche Überlegungen wie die eines möglichen Verbots wegen der Nutzung eines besetzten Begriffs eine Rolle spielen).</p> <p>Grundanliegen des Personenkreises:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Idee des demokratischen Sozialismus der europäischen Staaten (gemeint waren die im Umbruch befindlichen sozialistischen Staaten) • Ablehnung jeglichen totalitären Denkens und Handelns • Entmonopolisierung der Macht • Staatliche Kontrolle bei nicht vermeidbaren wirtschaftlichen Monopolbildungen • Unabhängige, demokratisch organisierte Gewerkschaften und andere Organisationen als grundlegendes Anliegen • Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft • Parteienpluralität, parlamentarische Demokratie, Gewaltlosigkeit • Politische und wirtschaftliche Teilhabe aller in Staat und Gesellschaft • Entmilitarisierung nach innen und außen <p>Die SDP ging wie andere basisdemokratische Gruppierungen in der DDR zu dieser Zeit noch von einer ggf. längeren Phase der Zweistaatlichkeit und einer Annäherung der beiden Staaten bis zur Vereinigung aus. Über die Form einer Konföderation sollte die DDR in dieser Phase von der BRD wirtschaftlich unterstützt werden, um später die Vereinigung „auf Augenhöhe“ vollziehen zu können.</p>
25. und 27.10.1989	<p>Erstes Treffen von ca. 12 Personen im Gemeinderaum St. Peter der evangelischen Kirche in Törten. Wahl eines „Sprecherrates“ als erste Organisationsstufe der Partei, bestehend aus fünf Sprechern: Horst Leischner, Silke Umlauf, Roger Voigtländer, Albrecht Anspach, Joachim Volger. Horst Leischner wurde zum Ersten Sprecher bestimmt. Anwesend waren ferner: Harald Wondra, Wolfgang Kühnert, Heinz Hug, Guido Feigenspan und Günter Piechatzek sowie ggf. Tilo Kreideweiß und Horst Bahn.</p> <p>Von da an jeden Mittwoch regelmäßige Treffen der SDP im Gemeinderaum in Törten.</p> <p>Es werden Zettel mit den Kontaktadressen des Sprecherrates verteilt (Anlage 1).</p>
Ende 1989	<p>Okt. Erstellung, Vervielfältigung und Verteilung erster Flugblätter durch die Gründungsmitglieder der SDP. Es werden Texte verfasst und mit Schreibmaschine mit jeweils 5 bis 7 Kopien geschrieben sowie in geringer Stückzahl mittels eines im Gemeindezentrum befindlichen Kopierers vervielfältigt. Die Erstellung von Flugblättern ist deshalb noch sehr aufwendig. Auch das Verteilen vor allem unter Kollegen und Bekannten ist nicht immer unproblematisch, da noch mit einem Zugriff der Stasi gerechnet werden muss. Man verließ sich jeweils auf das Gefühl, wem man vertrauen bzw. von wem man wenigstens ein Mindestmaß an Toleranz und Verständnis erwarten kann. Die Tatsache, dass dies „funktionierte“, erzeugte ein vorher nie da gewesenes Hochgefühl und ein enormes Selbstbewusstsein der am Umbruch beteiligten Menschen.</p>

	<p>Die SDP Dessau formuliert schon klare Ziele, welche im weiteren Verlauf der Ereignisse des Umbruchs kaum geändert bzw. revidiert werden mussten. Die wirtschaftspolitischen Ziele werden konkretisiert und in einer ersten Entwurfsform zu Papier gebracht. Hier wird noch von einer Übergangsform der Wirtschaft, einer „Transformation“ der sozialistischen Wirtschaft in eine vom Markt bestimmte Wirtschaftsform ausgegangen.</p> <p>Die politische Arbeit und das Denken orientierten sich einerseits am Statut der SDP der DDR und andererseits am Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das als Entwurf vom März 1989 vorlag.</p> <p>Da das NF über eine breitere personelle Basis und einen festen Anlaufpunkt verfügt sowie keine prinzipiellen inhaltlichen Widersprüche zu den Forderungen des NF bestehen, kann für die Verbreitung der Gedanken der SDP und die Kontaktierung neuer Sympathisanten das Büro des NF als Kontaktstelle genutzt werden.</p> <p>Die Werbung für die Versammlungen der SDP wird intensiviert und es werden bereits Bekanntmachungen in den Betrieben ausgehängt. Einige SDP-Mitglieder hängen in ihren Betrieben auch Aufrufe und polemische Schriften aus. Diese stoßen auf große Resonanz, werden aber letztendlich heimlich entfernt.</p>
27.10.1989	<p>2. Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche und der Petruskirche mit ca. 4000 Teilnehmern in und vor den Kirchen. Vorstellung des NF und der neu gegründeten SDP in der Johanniskirche. Anschließend Demonstration mit schätzungsweise 30 000 Teilnehmern. Losung „Wir bleiben hier“, Forderung nach freien Wahlen, Zulassung oppositioneller Kräfte.</p> <p>Die Demonstration endete 23:45 Uhr in der Johanniskirche, nachdem auf dem Rathausplatz eine Diskussion nicht möglich war und eine Eskalation drohte. Ratsmitglieder stellten sich den Fragen der Bevölkerung und es wurden Positionen ausgetauscht.</p> <p>Verteilung der Kontaktadressen des Sprecherrats in der Kirche.</p>
28.10.1989	<p>Horst Leischner erhält in der Bürgersprechstunde die Gelegenheit, sich den Stadtverordneten als SDP-Mitglied vorzustellen und über Ziele der Partei und der basisdemokratischen Gruppen zu sprechen. Eine Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung kam nicht auf.</p>
ab Okt. 1989	<p>Neben den offiziellen und meistens öffentlichen Treffen der SDP-Mitglieder finden auch Treffen im privaten Rahmen (z. B. bei Horst Leischner und J. Volger) statt, welche der Festigung der internen Bindungen dienen.</p>
01.11.1989	<p>Öffentliche Versammlung im Gemeinderaum Törten mit 40 bis 45 Personen.</p> <p>Vorstellung des Sprecherrates und der Ziele der Partei, thematische Diskussionen u. a. zum Einfluss der SED in allen Ebenen, Auslage von Mitgliederlisten und erste „Welle“ neuer Eintritte, Beitragskassierung für den Monat November beginnt, um Flugblätter usw. finanzieren zu können.</p> <p>Vor dem Gemeinderaum stehen mehrere Autos des MfS mit aufgeblendeten Scheinwerfern.</p>
03.11.1989	<p>3. Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche und weiteren 3 Kirchen. Die anschließende Kundgebung mit ca. 20 000 Teilnehmern führte an</p>

	<p>der verdunkelten SED-Kreisleitung vorbei. Eine Erklärung der SDP Dessau zur gegenwärtigen Situation (Anlage 4) löst Diskussionen aus. Es werden gefordert: Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität im Sinne des Vorhandenseins einer Opposition. Abschaffen der führenden Rolle der SED. Schaffung einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht. Recht auf freie Gewerkschaften sowie Rechtsschutz im Falle notwendiger Streiks als letztes und unter Umständen einziges Mittel zur Darstellung der Interessen der Werktätigen gegenüber den Betriebsleitungen.</p>
08.11.1989	<p>SDP-Mitgliederversammlung Themen: Erfolgreicher Rücktritt des Ministerrates und Politbüros der DDR, Zulassung der SDP durch den Magistrat im Rahmen der Zulassung anderer basisdemokratischer Gruppen ^{*)}, Suche nach Zeugen des Wahlbetrugs, diesbezüglich Kontakt mit Ramona Steinberg erforderlich, Formulierung eines „Forderungskatalogs der ersten Stunde“ und dessen Veröffentlichung. ^{*)} Vom NF erhielt die SDP die Information, dass gemäß Gesetzblatt der DDR Teil 1 Nr. 44 vom 6. Nov. 1975 eine Zulassung erforderlich ist. Obwohl die SDP eben diese Gesetzgebung nicht akzeptiert, wurde beschlossen, ebenfalls eine Zulassung einzuholen, um in einem gewissen Maße vor Zugriffen des MfS sicher zu sein und die politische Arbeit geordneter und in der gewünschten Öffentlichkeit durchführen zu können.</p>
09.11.1989	<p>Der Sprecherrat der SDP Dessau beantragt beim Magistrat der Stadt Dessau die Zulassung der Partei.</p>
09.11.1989	<p>Ein dringender Appell von Künstlern und Schriftstellern der DDR, unterstützt durch SDP, Neues Forum u. a. wendet sich an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau: „Wir bitten Euch dringend: Verlasst nicht das Land! Wer weggeht, gefährdet unseren Neuanfang. Jetzt wird jeder gebraucht!“ Das betreffende Flugblatt durfte aber weder vom NF noch der SDP unterzeichnet werden, da beide als illegal galten. Einen großen Raum nimmt bei den Diskussionen die Rolle der Gewerkschaft bzw. des FDGB ein. Die SDP hält die Erneuerung des FDGB nicht für den richtigen Weg, sondern fordert unabhängige Gewerkschaften.</p>
10.11.1989	<p>Viertes Gebet um Erneuerung in der Johanniskirche und weiteren 3 Kirchen, Kundgebung. Bemerkenswert war, dass die Forderungen der SDP nach einem marktwirtschaftlichen System und freien Gewerkschaften, von Pfiffen und Protestrufen begleitet wurden. Die SDP wurde vom NF scharf angegriffen. Führende CDU-Mitglieder bezeichneten das alles als Unsinn und beschimpften SDP-Mitglieder am Rande der Demonstration, ohne sich aber inhaltlich zu erklären. In Auswertung dieser Kundgebung erfolgt eine Präzisierung u. a. zur Frage der Privatisierung der Wirtschaft: Erhaltung des Volkseigentums als Staatseigentum im Bereiche der Grundlagenindustrie sowie des Transportwesens, dort aber Einführung eines „Pachtsystems“ mit direkter Gewinnbeteiligung und staatlicher Kontrolle. Ansonsten</p>

	Privatisierung, beginnend bei kleinen Unternehmen. Die Menschenmenge vor dem Reisebüro war größer als die im Demonstrationszug. Das war die erste große Frustration.
10.11.1989	OB Retzke teilt mit, dass das NF zugelassen wurde und bezüglich SDP noch keine Klarheit besteht.
11.11.1989	Sprecherratsversammlung. Diskussion über die Bildung von thematischen Arbeitsgruppen (Wirtschaft und Ökologie, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation, Kunst und Kultur, Verfassung) in der SDP. Formulierung einer Beschwerde wegen der Rücknahme der Druckgenehmigung (war erforderlich, um in Druckereien politische Materialien drucken lassen zu können) durch den Magistrat der Stadt Dessau.
15.11.1989	SDP-Mitgliederversammlung, Bildung einer Programmkommission und einer sowie erster Arbeitsgruppen: <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaft und Ökologie • Öffentlichkeitsarbeit (AG Agitation und Propaganda: Schmidt, Büttner, Hug, Voigtländer, Peters) • Organisation der Partei • Kunst und Kultur (AG vorgesehen, jedoch noch nicht existent) • Grundgesetz und Recht Arbeitstreffen der Gruppe Wirtschaft und Ökologie und der Gruppe Organisation.
21.11.1989	Gespräch Voigtländer/Volger mit Retzke und Broda insbesondere zur Problematik der Zulassung der Partei und Bereitstellung von Räumlichkeiten. Auskunft: Zentrale Zulassung vorgesehen. Keine Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Handeln beim Magistrat. Zulassungsbescheid ist am 09.12.1989 zu erwarten.
22.11.1989	SDP-Mitgliederversammlung. Themen: Zulassung der Partei, Arbeit des Vorstandes, Bildung von Arbeitsgruppen und Aufnahme deren Arbeit, Verbindung zu Halle (Bildung überregionaler Strukturen), Parteikonferenz in Dresden, Zweistaatlichkeit, Ausrichtung der Arbeit auf kommende Wahltermine, Herausgabe eines eigenen Publikationsorgans (Entwurf durch Volger vorgesehen; scheitert jedoch vorerst aus technischen Gründen), sonstige Möglichkeiten der Verteilung von Material insbesondere in Betrieben, derzeitige Positionierung der Blockparteien.
26.11.1989	Es erscheint der wegen des Aufrechterhaltens der Position der Zweistaatlichkeit umstrittene Aufruf „Für unser Land“ von Christa Wolff und Stephan Heym. Innerhalb der und für die SDP Dessau positioniert sich hierzu insbesondere Dr. Wolfram Schöll. Die Diskussion beeinflusst auch die Haltung zu einigen Punkten des als überarbeitungsbedürftig empfundenen Statuts der SDP.
27.11.1989	Tagung der AG Wirtschaft und anschließend Sprecherratssitzung. Themen: <ul style="list-style-type: none"> • Offenlegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation in der DDR, • Mitspracherecht in Betrieben, • Beibehaltung des Volkseigentums als staatliches Eigentum in der Grundlagenindustrie und des Transportwesens, jedoch dort Einführung des Pachtsystems mit Gewinnbeteiligung,

	<ul style="list-style-type: none"> • ansonsten Durchführung einer umfassenden Wirtschaftsreform mit dem Ziel der Einführung der sozialen Marktwirtschaft insbesondere im mittelständischen Bereich und Handwerk, • Streikrecht <p>Darüber hinaus: Forderung nach einem von der ABI (Arbeiter- und Bauerninspektion) unabhängigen Untersuchungsausschuss, freie Reismöglichkeiten in beiden Richtungen für alle, freie Wahlen in geheimer Abstimmung, Auflösung der Kampfgruppen und Entmilitarisierung der Gesellschaft.</p> <p>Diskussion der Problematik der Aufnahme von SED-Genossen, „die ihre politische Heimat in der SED nicht mehr sehen“ mit positivem Ergebnis. Es wird eine Einzelfallprüfung beschlossen.</p> <p>Weitere Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anruf wegen Einladung des Gen. Niggemeier in Bonn • Druckgenehmigung für Text in "Konkret"; Art der Verteilung (s. u.) • Anfrage bei Freiheit wegen Veröffentlichung des Textes
27.11.1989	<p>Herausgabe des ersten SDP-Mitteilungsblattes „Konkret“ als Flugblatt zur Montags-Demo. Die weitere Verteilung erfolgte über die SDP-Mitglieder sowie deren Freunde und Bekannte.</p> <p>Das Mitteilungsblatt beschäftigte sich vor allem mit der Gefahr, dass die SED wieder die Macht an sich reißt, indem sie Teile der Programmatik der SDP und anderer neuer Kräfte vereinnahmt und so den Versuch unternimmt, eine Mehrheit des Volkes hinter sich zu bringen. Die neue Strategie der SED und ihrer Nachfolgepartei wird die SPD noch lange beschäftigen, zumal die politische Konkurrenz immer wieder versucht, die Grenzen zwischen SPD und SED zu verwischen.</p> <p>In der Regionalzeitung „Freiheit“ wurde die Forderung der SDP nach freien Wahlen veröffentlicht.</p>
Ende Nov. 1989	<p>Verstärkte Pressearbeit wegen unterschiedlich gerichteter Angriffe gegen die Programmatik der SDP. Die SDP wird massiv mit der Frage der Wiedervereinigung anstelle der angestrebten Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem späteren Ziel einer Vereinigung konfrontiert. Zunehmend setzt sich in der SDP die Einsicht durch, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger nicht die für den Prozess eines wirtschaftlichen Angleichens und Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten notwendige Ausdauer aufbringen wird und nicht nur die Reisefreiheit, sondern auch den erhofften Wohlstand sofort genießen will. Die SDP bekennt sich im Laufe der folgenden Wochen deshalb immer klarer zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, zur Notwendigkeit einer Währungsreform und einer beschleunigten Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Sie sieht aber sehr wohl die wirtschaftlichen Nachteile der östlichen Bundesländer voraus und sucht nach Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem.</p>
28.11.1989	<p>Schriftliches Angebot des SPD-Vorsitzenden von Ludwigshafen, Rainer Rund, an die SDP Dessau zu deren Unterstützung.</p> <p>Formulierung eines offenen Briefes, welcher zur Entmachtung der SED in den Betrieben aufruft.</p>
29.11.1989	<p>Beratung des Sprecherrates bei Horst Leischner. Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tagungen des Runden Tisches außerhalb der Arbeitszeiten;

	<p>schriftlicher Antrag an den Rat der Stadt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sonstiges (keine Aufzeichnungen vorhanden)
29.11.1989	<p>Mitgliederversammlung im Gemeinderaum Törten. Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung des Sprecherrates und der Mitglieder • Problem der Vervielfältigung • Organisation der nächsten Demonstrationen; Busfahrer übernehmen die Zubringertransporte • Information über das Ratsgespräch • Bericht aus Halle - Mike Büttner (Inhalt nicht mehr nachvollziehbar) • Finanzen; vierteljährliche Beitragserhebung, Abführung von 10 % für zentrale Aufgaben zum Vorstand in Halle, Geschäftskonto abhängig von Zulassung • Berichte über die Arbeitsgruppenarbeit • Neue Gruppen: Bildung und Wirtschaft • SED aus Betriebsleitungen entfernen • Gestaltung des SDP-Logo analog SPD-Logo • Druckgenehmigungen (Pauschalgenehmigung), Papierkontingent und Druckkapazitäten • Gartenfest • Zulassung: In Auswertung des Regionaltreffens der SDP wird festgestellt, dass eine zentrale Zulassung nicht zu erwarten ist, da es kein Parteiengesetz gibt. Es wird beschlossen, dass es ausreichend ist, dass die SDP ihre Existenz erklärt hat.
01.12.1989	<p>Gebet um Erneuerung, Demonstration, Dialog. SDP verteilt Flugblätter gegen Kampfgruppen und gegen SED-Betriebsorganisationen.</p>
Anfang Dezember 1989	<p>Alfred Radeloff stellt eine Verbindung zwischen dem ehemaligen Dessauer Bürger und später Lüneburger Richter Franz Siegfried und der SDP her, indem beide Joachim Volger zu Hause aufsuchen. Von da an kümmert sich Franz Siegfried, der später Bürgermeister in Dessau wird, um die Schaffung demokratischer Strukturen in seiner alten Heimat und insbesondere innerhalb der neuen SDP, organisiert kommunalpolitische Lehrgänge (für alle neuen Kräfte) mit Lektoren aus den alten Bundesländern.</p> <p>Hans-Georg Otto wurde zum Mitglied im Bundesparteirat berufen und fuhr dazu regelmäßig mit dem eigenen PKW nach Bonn.</p>
04.12.1989	<p>Bildung einer Untersuchungskommission für Unterschlagung und Amtsmissbrauch bei H.-G. Otto: Anspach, Otto. Die Untersuchungskommission soll sich auch mit Fällen der Verunglimpfung befassen. H.-G. Otto wird Leiter der Untersuchungskommission.</p> <p>Besprechung mit dem Rat der Stadt, Radeloff, Anspach, Voigtländer, Rothe. Zur Problematik Büro, Papierkontingent und Druckkapazität wird eine Aussage bis 09.12.89 erwartet. OB spricht mit Zoll betreffs Einfuhr der Drucktechnik für das künftige gemeinsame Büro. Als Büroraum (2 Räume mit Telefon) wird die Adresse Bitterfelder Str. 32 angeboten.</p>
05.12.1989	<p>Am Morgen: In der Papierfabrik trafen Wagenladungen zu vernichtender geheimer Dokumente aus Zerbst, Potsdam, Halle und anderen Orten ein. Die neuen Kräfte verhinderten die Vernichtung und</p>

	stellten eine Wache. Die Dokumente wurden, soweit noch erreichbar, im Rathaus eingelagert.
05.12.1989	16:00 Uhr – Begehung der Strafvollzugseinrichtung durch Herrn Radeloff, NF und SDP (Albrecht Anspach). Ursache: Häftlingsstreik.
05.12.1989	Gespräch der neuen Kräfte mit der örtlichen Behörde der Staatssicherheit, die tief verunsichert und verängstigt, sich gewissermaßen selbst aufgelöst hat, jedoch noch weiter auf Anweisung aus Halle Dokumente auslagert und mit einer „geordneten Auflösung“ beschäftigt ist. Der Raum, in welchem die Dokumente liegen, aus denen die informellen Mitarbeiter des MfS hervorgehen, bleibt auf Anweisung der vorgesetzten Dienststelle allerdings verschlossen. Es beeindruckte die gigantische Abhörtechnik.
05.12.1989	Teilnahme am ersten Runden Tisch im Ratgeberzentrum in der Ferdinand-von-Schill-Straße 3. Dieser erste Runde Tisch wird noch von der SED-Nachfolgeorganisation dominiert. Die Form der Einflussnahme der neuen Kräfte ist noch völlig unklar.
06.12.1989	Mitgliederversammlung im Gemeinderaum Törten. Mitteilungen: <ul style="list-style-type: none"> • SDP hat 10 bis 20 Tausend Mitglieder und 20 Regionalverbände • SDP-Regionaltreffen am 16.12.89 vorgesehen • Bis Anfang 1990 ist Wahl der Regionalvorstände durchzuführen • Ab Januar können Druck- und Vervielfältigungsgeräte offiziell eingeführt werden • In der Bitterfelder Straße wurden 3 Räume für NF und SDP freigelegt • Auflösung der Stasi-Büros für kommenden Freitag, 10:00 Uhr vorgesehen. • Wahlprogramm (Entwurf)
07.12.1989	Im Jugendklub Drushba tagt erstmalig die Basisgruppe Dessau Nord.
08.12.1989	Die SDP übernimmt die Gesprächsleitung anlässlich der Gespräche nach dem Friedensgebet und stellt die Sicherheitsposten zur Demonstration. Anlässlich der Demo erneuerte die SDP die bereits am 03.11. und 10.11. geäußerten Forderungen. Die Position zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird erläutert und eine entsprechende Schrift verteilt. Ferner übergibt die Oberbürgermeisterin Retzke der SDP die auf den nächsten Tag datierte Zulassungsurkunde des Rates der Stadt Dessau.
09.12.1989	Horst Leischner trifft zu Gesprächen in Ludwigshafen ein.
11.12.1989	Sitzung des Sprecherrates und der AG Wirtschaft. Vertiefung der programmatischen Arbeit der SDP auch in Dessau und Mitarbeit bei zentralen Themenstellungen.
13. – 15.12.1989	Zweiter Besuch in Ludwigshafen (Leischner, Umlauf, Otto, Wondra). Darstellung der Positionen, Probleme und des konkreten Bedarfs für die Parteiarbeit und den kommenden Wahlkampf. In den nächsten Wochen werden nach Dessau geliefert: Schreibmaschinen, Kopierer, Papierschneidegerät, Ordner, Schreibpapier, Folien, Textmarker, Kugelschreiber und was sonst noch zu einer Büroausstattung gehört. Im Januar 90 folgen eine komplette Druckeinrichtung, ein Roto-Druckgerät, ein Foliengerät, Aufkleber,

	Wand – und Taschenkalender, Plakatständer für den Wahlkampf und diverses Wahlmaterial wie Aufkleber, Leim und Quasten zum Plakatieren, eine SPD – Fahne, Diktiergerät, elektrische Rechenmaschine.
14.12.1989	Mitgliederversammlung im Jugendklub Kreuzbergstraße. Themen: Zulassung, Ergebnisse der Ludwigshafen-Reise der OB Retzke, Übergabe von Spenden an Kinder- und Altenheime, nächste Ludwigshafen-Reise als Arbeitstreffen mit thematischen Schwerpunkten vorgesehen, materielle Unterstützung für den Wahlkampf durch die SPD Ludwigshafen, Formen der Mitarbeit bei den Entscheidungen der Stadt (Bürgerkomitee), Werbung von Mitgliedern mit speziellen fachlichen Kenntnissen.
17.12.1989	Mit der „Freiheit“ wurde vereinbart, dass der SDP wöchentlich 2 Spalten zur Verfügung stehen.
Dez. 1989	Mit Hilfe von Dr. Siegfried entwickelt die SDP die für eine Partei notwendigen Strukturen. Es werden Aufnahmeanträge entworfen, vervielfältigt und verteilt. Das Aufnahmeverfahren wurde geregelt, ein erster Ausweis erstellt (Anlage 2) und eine Kasse gebildet.
18.- 20.12.1989	Beteiligung am Programm-Parteitag in Berlin Die SDP ist wie auch ihre Schwesterpartei eine Programmpartei mit klaren Vorstellungen für die anzustrebende Staats- und Gesellschaftsform.
20.12.1989	Erste Wahlkampfveranstaltung der SDP mit Beteiligung von Parteimitgliedern aus Ludwigshafen. Übergabe einer SPD-Fahne durch die Ludwigshafener Genossen. Mitgliederversammlung im Gemeindehaus Törten. Erstellung von Flugblättern, welche die SDP bekannt machen sollen.
21.12.1989	Gegenbesuch der Ludwigshafener Genossen in Dessau. Erörterung inhaltlicher Fragen: Parteistruktur, Wahlkampf, Erfahrungen aus der Vergangenheit, Kommunalpolitik, Soziale Marktwirtschaft, Vaterlandsbegriff und deutsche Einheit, Name der Partei SDP oder SPD.
28.12.1989	Gespräch zwischen Vertreten der SDP und der Lokalredaktion der Zeitung „Freiheit“ wegen nicht erfolgter bzw. verfälscht wiedergegebener Veröffentlichung von Beiträgen der SDP. Ergebnis: Zusage einer direkten Äußerungsmöglichkeit. Die veröffentlichten Artikel rufen teils heftige Diskussionen hervor, welche von einem Beharren auf alten Standpunkten und grundsätzlichem Misstrauen gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägt sind.
Ende Dez. 1989	Gründung der Basisgruppen Süd (Möster Str. 54), Nord (Wilhelm-Müller Str. 4) und Ziebigk (Elballee, Oberschule 10) der SPD in Dessau. Kurz darauf Gründung der Basisgruppe Mitte.
27.12.1989 oder 03.01.1990	Gespräch der Kriminalpolizei mit der SDP über eine „Sicherheitspartnerschaft“ und im Zusammenhang damit über die Sicherung der Kampfgruppenwaffen. Es wurde festgelegt, die Schlösser der Waffen auszubauen und gesondert zu lagern, um eine schnelle Montage und somit Wiedereinsetzbarkeit der Waffen zu verhindern. Dieser Vorschlag soll dem Runden Tisch unterbreitet werden.
04.01.1990	Veröffentlichung eines offenen Briefes, formuliert von H.-G. Otto zur

	Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember in der „Freiheit“. Für die künftige politische Arbeit in der Stadt wird eine Analyse des Zustandes der Infrastruktur gefordert.
06.01.1990	Tagung des SDP-Koordinierungsausschusses in Halle. Ziel: Strukturierung der Partei und deren Zielsetzungen, Erstellung gemeinsamer Dokumente.
09.01.1990	Öffentliche Versammlung des Ortsvereins der SPD Ziebigk / Siedlung im Kornhaus. Das Interesse der Bürger an aktuellen politischen Informationen und speziell an der SPD war so groß, dass der Saal dicht gefüllt war.
10.01.1990	<p>SPD-Wahlversammlung im Gemeinderaum Törten; Umbenennung in SPD und Bekenntnis zur gesamtdeutschen SPD im Vorgriff auf diesen Akt in der gesamten DDR, Wahl eines Vorstandes des SPD-Kreisverbandes (Ortsgruppe) Dessau anstelle des aus 5 Mitgliedern bestehenden Sprecherrates. Organisatorische Unterstützung (demokratische Strukturen und Form der Wahl) durch Dr. Franz Siegfried.</p> <p>Von 118 Mitgliedern sind 73 anwesend Vorsitzender: Hans-Georg Otto Stellvertretender Vorsitzender: Joachim Volger Kassenwart: Margit Bahn Stellvertretender Kassenwart: Tilo Koch Schriftführer: Günter Barleben Beisitzer: Bahn, Biener, Kreideweiß, Leischner, Löster, Peters, Schöll, Seelbinder, Spiegel, Voigtländer, Wondra Wahlkampfkoordinator: Andreas Spiegel</p> <p>Anschließend Bildung von 14 Arbeitsgruppen. Von den 118 Parteimitgliedern hatten sich letztendlich 114 zur Mitarbeit in den AG eingetragen.</p> <p>Anmerkung: Die durch Eintragung interessierter Parteimitglieder gebildeten Arbeitsgruppen arbeiteten mit sehr unterschiedlicher Intensität. Nach einigen Wochen blieben nur wenige Arbeitsgruppen bestehen, die später bei der Erarbeitung des Kommunalwahlprogramms die Arbeit der nicht mehr existenten AG übernahmen. Dies lag nicht nur an den unterschiedlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten der AG-Mitglieder, sondern vor allem auch an Schnittstellen- und Abstimmungsproblemen.</p>
11.01.1990	<p>Gründung der Jugendorganisation „Juso“ durch Tilo Kreideweiß und Torsten Linde.</p> <p>Die Jungen Sozialisten machen mit zahlreichen Flugblattaktionen auf sich aufmerksam. Sie nutzen ein Büro beim Stadtjugendring.</p>
12.01.1990	Beginn der regelmäßigen Herausgabe des SPD-Mitteilungsblattes „Konkret“ (Anlage 5). Die Verteilung erfolgt über die Mitglieder. Hier wird u. a. die Position der SPD zur deutschen Einheit erläutert.
12.01.1989	Teilnahme am Neujahrsempfang der Stadtverwaltung in Ludwigshafen.
12.01.1990	Die Dessauer SPD organisiert die Freitagsdemonstration auf dem Markt. Etwa 20 Tausend Teilnehmer. Gemeinsames Motto: Die Revolution ist in Gefahr (wegen Vereinnahmung der Forderungen der neuen Kräfte durch die SED-PDS). Die neuen Parteien und Gruppierungen stellen ihre Programme vor.

	In der Johanniskirche wird für die neuen Parteien und Gruppierungen gesammelt, um diesen eine Chance für die kommende Wahl zu geben. Die SDP erhält 1871,25 Mark vom gesammelten Betrag.
12. 13.01.1990	– Delegiertenkonferenz in Berlin; offizielle Umbenennung der SDP in SPD H.-G. Otto kritisiert die gegenüber dem Bürger noch nicht ausreichend klare Positionierung der Partei für die deutsche Einheit und eine Währungsunion.
13.01.1990	Öffentlicher Vortrag von Heinz Kruse, SPD Nordrhein-Westfalen, zur regionalen Wirtschaftspolitik im Speisesaal des Instituts für Impfstoffe. Es werden Vorschläge für eine künftige wirtschaftspolitische Ordnung in der DDR unterbreitet. Heinz Kruse bringt Rüdiger Reitz (Mitarbeiter beim Vorstand der SPD in Bonn) mit, der in der kommenden Zeit die SPD organisatorisch unterstützt.
13.01.1990	Versammlung des SPD-Stadtverbandes im Institut für Impfstoffe
13. 14.01.1990	– SPD-Schulung in Halle, Erstellung eines überregionalen SPD-Wirtschaftsprogramms unter der Leitung von Frank Bogisch und unter aktiver Beteiligung der Dessauer Mitglieder. Ausgangspunkt war noch der Wirtschafts- und Währungsverbund zweier deutscher Staaten. Als Zwischenstufe war eine staatlich kontrollierte Privatwirtschaft angedacht.
19.01.1990	Gebet um Erneuerung, Demonstration wurde von SPD organisiert.
Jan.1990	Rückzug von Horst Leischner aus der Politik wegen Teilnahme an einem Predigerseminar und der vorgesehenen anschließenden kirchlichen Laufbahn, verbunden mit einem Wohnortswechsel.
Jan.1990	Die Dessauer SPD erhält materielle Unterstützung von einer Schule aus den alten Bundesländern und kann dadurch deutlich effizienter arbeiten.
Jan. 1990	Diskussionen über gewünschte Parteieintritte bisher nicht bekannter Personen mit SED-Vergangenheit sowie einige gegenseitige Verdächtigungen bezüglich einer IM-Tätigkeit führen zu Irritationen und einigen Parteiaustritten. Es galt prinzipiell die Unschuldsvermutung, jedoch wurde in Verdachtsfällen ein Zurückziehen des Antrags auf Aufnahme in die SPD empfohlen. Anmerkung: Im August 1991 bestätigten sich Verdachtsmomente gegen Dr. Hinkeldein, welcher inzwischen im Magistrat das Amt des Wirtschaftsdezernenten innehatte. Dies führte zu seinem sofortigen Parteiausschluss und zur Entlassung aus dem Dienst der Stadt. Anderen, gegen die Verdächtigungen ausgesprochen wurden, wurde trotz sorgfältigen Umgangs mit der Problematik teils schweres Unrecht zugefügt.
21./22.01. 1990	Besuch von der SPD Ludwigshafen in Dessau (OB Dr. Ludwig und Fraktionsvorsitzender Manfred Vogt).
22.01.1990	Tagung der AG Bildung. Thema u.a. ist der Schülerstreik (u. a. gegen Pflichtfach Russisch und gegen Staatsbürgerkunde). Betont nationale Tendenzen bei den Schülern zu beobachten.
23.01.1990	Am Runden Tisch wird über den Ministerratsbeschluss zur Hilfe für oppositionelle Gruppen berichtet. Es wird beschlossen, der Opposition 2 PKW und monatlich 3000,-Mark zur Verfügung zu stellen.

	<p>Themen: Verschrottung der Kampfgruppenwaffen (auf Verlangen der VP sollten diese bis auf weitere zentrale Anweisungen nur sicher aufbewahrt werden). Listen der IM „eingefroren“; Einsicht nicht gewährt. In Dessau schätzungsweise 6500 IM. Rücktritt der OB Retzke und deren Austritt aus der SED.</p>
26.01.1990	Krisensitzung des Runden Tisches; Nominierung von Christoph Döring (Stellvertreter von OB Retzke) als neuer OB.
29.01.1990	<p>Öffentliche Veranstaltung der SPD mit Rainer Rund und Manfred Reimann (Ludwigshafen) im Kristallpalast. Themen: Soziale Marktwirtschaft und demokratisches Wahlrecht. Kristallpalast war überfüllt. Beginn des Wahlkampfes und dessen organisatorische Vorbereitung durch Zusammenstellung der Wahlkampfhelfer.</p>
30.01.1990	<p>Runder Tisch: Mitteilung durch Herrn Raspe (Leiter VPKA) über Verbleib der Verschlüsse und der Munition der Kampfgruppenwaffen in Halle. Straßennamen-Änderungen wegen Bedenken zurückgestellt. Noch keine Büroräume für SPD zur Verfügung gestellt. Abhörmöglichkeiten, Postgeheimnis.</p>
ab Jan./Feb. 1990	<p>Beginn der Mitarbeit in überparteilichen Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung der künftigen Landesstruktur, zur Bestimmung der neuen Landeshauptstadt. In dieser Thematik zeichnet sich Horst Bahn durch überdurchschnittliche Aktivitäten aus, welche in folgende Richtungen zielen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dessau soll neben Halle und Magdeburg Oberzentrum werden • Dessau sollte Landeshauptstadt werden, da die Rivalen Halle und Magdeburg auch ohne diesen Status erstarken würden und Dessau praktisch den Mittelpunkt des Landes bildet • Künftige Regierungsbezirke entsprechend den drei Oberzentren
01.02.1990	Die SPD bemüht sich bei Willy Brandt weiterhin um einen Besuchstermin in Dessau und verweist auf eine sehr gute Resonanz der SDP bzw. SPD bei öffentlichen Veranstaltungen.
06.02.1990	<p>Runder Tisch (bereits 34 Personen): Die SPD erhielt die Zuweisung für ein Büro in der Bitterfelder Straße 32. Themen: Betriebe stoßen Kindergärten ab. Besuch von Willy Brandt am 03.03.1990 vorgesehen (musste aber später abgesagt werden) Länderreform.</p>
Feb. 1990	<p>Die AG Wirtschaft der Dessauer SPD präzisiert ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen für eine künftige marktwirtschaftlich organisierte Staatsform, um diese in das Programm der DDR-SPD und den Wirtschaftstisch in Dessau einzubringen. Es gründet sich der Ortsverband Mosigkau. Es gründet sich die Jugendorganisation der SPD in Dessau, die Jungen Sozialisten, und macht mit zahlreichen Flugblattaktionen auf sich aufmerksam. Sie nutzen ein Büro beim Stadtjugendring.</p>
09.02.1990	Die SPD tritt anlässlich der Freitagsdemonstration für die

	Landeshauptstadt Dessau ein (Anlage 3).
10.02.1990	Empfang von Büromaterial und sonstigen Materialien für die politische Arbeit in Rudolphstein. Es handelt sich dabei um folgende Positionen: <ul style="list-style-type: none"> • 4 Schreibtische • 1 Konferenztisch • 6 bis 8 Bürostühle • 30 Klappstühle • kleine Beistellregale • kleine Telefonanlage • Fernschreiber • 2 Schreibmaschinen • Bücher (als Spende für EOS) • Mehrere Hundert SPD-Anstecker • Druckpapier (ca. 1500 Blatt) • Kleiner Stahlschrank • 2000,- DM für Organisationszwecke
10. – 11.02.1990	Bezirksparteitag in Halle; Dr. Wolfram Schöll und Renate Schlichting kandidieren für die Volkskammer. Als Kandidatin für die Volkskammer wird Renate Schlichting nominiert.
13.02.1990	Erarbeitung des Dokumentes der SPD-Dessau „Vorschlag zur Struktur der AG Wirtschaft und Arbeitsthesen“
21.02.1990	SPD-Veranstaltung auf dem Rathausplatz mit Horst Sielaff, MdB Lu, zum Thema „Deutsche Vereinigung“
23.02.1990	Rechtsanwalt Haferkorn empfiehlt der SPD die Rückforderung der Druckerei Rotation in der August-Bebel-Straße, da diese SPD-Eigentum war und von den Nationalsozialisten enteignet wurde. Eine Antwort auf dieses Ansinnen hat die SPD wahrscheinlich nicht erhalten. Der Vorgang wurde nicht weiter verfolgt, da dieser mit unüberschaubaren Kosten verbunden war.
22. – 25.02.1990	Erster Parteitag der SPD der DDR in Leipzig. Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Willy Brandt wird Ehrenvorsitzender.
03.03.1990	Wahlkampf für die Volkskammerwahl. Öffentliche Veranstaltung mit Herta Däubler-Gmelin und Rüdiger Fikentscher im Ratssaal und anschließend in kleiner SPD-Runde im Restaurant am Museum.
08.03.1990	SPD-Wahlveranstaltung im Kornhaus. Jörg Blümel als Geschäftsführer in der Bitterfelder Str. eingesetzt.
09./10.03. 1990	Die SPD Ludwigshafen unterstützt im Wahlkampf durch Infostand in Dessau. Die SPD bekennt sich deutlich zur deutschen Einheit, fordert aber einen geordneten Weg in diese. Die nicht zu beantwortende Frage nach der Geschwindigkeit des Vereinigungsprozesses führt zu Irritationen bei der Vermittlung der Ziele und macht die SPD angreifbar, indem behauptet werden kann, dass sie die Vereinigung nicht will. Die wirtschaftliche und soziale Vernunft spricht gegen eine schnelle Vereinigung per Anschluss an die BRD. Die Einschätzung der Belastungsfähigkeit der Menschen in der DDR in der Übergangsphase spricht dafür.
14.03.1990	OB Dr. Ludwig (Ludwigshafen) referiert in Dessau auf dem Rathausplatz zum Thema „Für Demokratie und soziale Gerechtigkeit“. Ursprünglich sollte die Veranstaltung im Kristallpalast stattfinden,

	musste jedoch wegen des hohen Besucherandrangs auf den Rathausplatz verlegt werden. Uwe Feigenspan stellte hierfür seinen Firmen-LKW als Rednertribüne zur Verfügung.
16./17.03.1990	Wahlhilfe aus Ludwigshafen: Lautsprechereinsatz, Plakatklebeaktion, Infomaterial, Sonnenschirme.
17.03.1990	Letzte Wahlkampfveranstaltung vor der Volkskammerwahl. Die Wahlkämpfer bekommen die Kohlschen Versprechungen von den „Blühenden Ländern“ zu spüren, wenn sie für einen realistischen Blick auf die anzustrebenden Ziele einer Vereinigung werben. Noch immer ist die SPD hinsichtlich des Wahlausganges optimistisch, zumal Umfragen eine für die SPD positive Stimmung ausmachen.
18.03.1990	Volkskammerwahl. Die gegen die SPD und für einen bedingungslosen Anschluss der DDR an die BRD gerichtete Stimmung der Bevölkerung hat einen sehr negativen Einfluss auf das Wahlergebnis der SPD (20,41 %). Die Aussicht auf die schnelle Westmark hat eine größere Anziehungskraft als die auf ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten in Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit.
ab März 1990	Beginn des Kommunalwahlkampfes, Bewerbung von Dr. Franz Siegfried für das Amt eines Beigeordneten und Bürgermeisteramt. Verfassen eines umfangreichen Kommunalwahlprogramms durch Arbeitsgruppen.
28.03., 07.04 und 08.04.1990	Dr. Siegfried führt die schon lange durch ihn und mehrere Mitglieder der SPD vorbereiteten kommunalpolitischen Lehrgänge im Schenkenbusch in Törten durch.
18.04.1990	Vollversammlung der SPD-Dessau im Kornhaus. Vorstellung der Kandidaten für Kommunalwahl
19.04.1990	Sitzung des OV-Siedlung-Ziebigk. Der OV-Mitte schlägt Hans-Georg Otto als OB-Kandidaten vor.
24.04.1990	Letztmalig tagt in Dessau der Runde Tisch; Stellenausschreibung der Dezernenten und des Oberstadtdirektors beschlossen.
28.04.1990	Unterstützung im Wahlkampf durch „Pfälzer Tag“ im Kornhaus mit allen Kandidaten der SPD
Ende April 1990	Zahlreiche Infostände werben für die SPD im Kommunalwahlkampf. Die Diskussionen mit den Bürgern zeigen, dass die kommunalen Anliegen der SPD bei der Wahlentscheidung eine untergeordnete Rolle spielen werden. Einerseits wird der SPD große Zustimmung signalisiert, andererseits auch extreme, hasserfüllte Abneigung, indem SPD-Mitglieder entsprechend der von der CDU entfachten Kampagne als Rote Socken, Kommunistenschweine, und Volksverräter beschimpft und sachliche Diskussionen abgelehnt werden. In vorher nicht gehannter Weise werden trotz 40-jähriger sozialistischer Erziehung nationalistische und neofaschistische Tendenzen deutlich.
01.05.1990	Maifeier des FDGB / DGB mit allen Parteien auf dem August-Bebel-Platz. Dr. Siegfried bewirbt sich für die künftige Stadt als Oberstadtdirektor. Die Kommunalverfassung steht jedoch noch nicht fest, womit auch das betreffende Amt infrage steht.
03.05.1990	SPD-Wahlveranstaltung in der Gärungschemie mit Hans-Georg Otto und Dr. Ludwig. Thema: Für eine menschliche Stadt.
06.05.1990	Erste Kommunalwahl nach der Wende in Dessau.

	<p>Ergebnis: CDU 30 % SPD 20,4 % (entspricht 15 Sitzen von 70) FDP 20,6 % PDS 10,9 % Neues Forum 4,4 % Grüne 4 %</p> <p>Dr. Neubert von der FDP wird von der „bunten Koalition“, bestehend aus FDP, SPD, Grünen und NF, zum OB-Kandidaten bestimmt. Für die SPD zogen in das Kommunalparlament ein: Horst Bahn, Jörg Blümel, Dr. Frank Hinkeldein - ersetzt durch Thomas Unger, Helga Krause, Heinke Link, Thomas Lüddemann, Angela Müller, Hans-Georg Otto, Eberhard Schröter, Heinz Schütz, Michael Striebing, Roger Voigtländer – ersetzt durch Karin Jenkel, Joachim Volger, Dr. Wolfgang Paul - ersetzt durch Renate Grünthal (ersetzt ab Ende 1990 durch Christian Sachse), Klaus-Dieter Welter.</p>
11.05.1990	<p>Erstes Koalitionsgespräch. Ergebnis: Es ist eine große Koalition, bestehend aus CDU, SPD, FDP und NF vorgesehen. Die SPD hat mit ihrem umfangreichen und konkreten Wahlprogramm einen starken Einfluss auf die Formulierungen im Kommunalpolitischen Programm.</p>
17.05.1990	<p>Der SPD-Ortsverband Mitte setzt sich für Gründung der AWO in Dessau ein. Die SPD Dessau übernimmt diese Zielstellung.</p>
Mai 1990	<p>Die neu bestimmte SPD-Stadtratsfraktion richtet in den SPD-Bürräumen in der Bitterfelder Straße 32 ein Fraktionsbüro ein, in welchem Annette Reinhardt die Arbeit als Fraktionsgeschäftsführerin übernimmt.</p>
21.05.1990	<p>Absprachen in der Koalitionsrunde zur künftigen Verwaltungsstruktur. Die Struktur mit einem Oberstadtdirektor an der Spitze der Verwaltung wird verworfen, da hierfür keine rechtliche Basis mehr besteht.</p>
25.05.1990	<p>Die Koalitionsrunde einigt sich auf die Wahl von Herrn Dr. Neubert (FDP) für das Amt des Oberbürgermeisters. Ferner werden als Beigeordnete die Herren Dr. Siegfried und Dr. Hinkeldein (SPD), Dedek (CDU), Dr. Maywald (?) und Jendryschik (parteilos) und als Stadtratsvorsteher die Herren van der Heydt (parteilos) und Dr. König (CDU) als Kandidaten der Koalition bestätigt.</p>
29.05.1990	<p>Dr. Siegfried ändert seine Bewerbung in eine für das Bürgermeisteramt.</p>
07.06.1990	<p>Rüdiger Fikentscher spricht im Kornhaus über seine Arbeit in der Volkskammer. Die SPD-Abgeordneten stellen im Stadtrat den Antrag auf Stasi-Überprüfung der Mandatsträger.</p>
09.06.1990	<p>Stadtverordnetenversammlung. Wahl des Oberbürgermeisters und der Dezentern:</p> <p>OB – Dr. Neubert, FDP Bürgermeister und stellv. OB, Soziales und Gesundheit - Hans Dedek, CDU Stadtverordnetenvorsitzender – Dr. König, CDU Stellv. d. Stadtratsvorsitzenden – Von der Heydt, NF, D. Buhle, BFD Recht – Dr. Siegfried, SPD (auch Bürgermeister) Wirtschaft – Dr. Hinkeldein, SPD</p>

	Bauen - ca. ab Sept. 1990 Dr. Siegfried Haag, SPD Bildung, Tourismus, Kultur – Jendryschik, parteilos Finanzen – Maiwald, parteilos, nicht gewählt, nur amtierend; später Dr. Kranen
Juni 1990	Beginn der Vorbereitung der Landtagswahl. Erneute Diskussion über die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder mit Bestätigung der bisherigen Verfahrensweise.
13.07.1990	SPD-Vollversammlung im Kornhaus: Bestimmung der Kandidaten für den Landtag und der Delegierten für die Parteitage. Als Kandidaten für den Landtag wurden Dr. Wolfram Schöll, Lothar Biener, Dietrich Gürtler, Renate Grünthal und Helmhart Schremmer gewählt. Für den Landesvorstand wurden Dr. Wolfram Schöll und für den Parteirat Joachim Volger vorgeschlagen. H.-G. Otto sollte weiterhin im Bundesparteirat tätig sein. Diese Tätigkeit übte er bis zu seiner Wahl als Oberbürgermeister in der 2. Legislaturperiode aus.
25.08.1990	Landesparteitag der SPD in Quedlinburg Wahl von Dr. Schöll zum Stellvertreter des Parteivorsitzenden. Dr. Höppner wird zum Kandidaten für den Ministerpräsidenten nominiert.
13.09.1990	Der Ortsverband Mitte organisiert am 25. November 1990 eine Vorstellung der Landtags-Kandidaten für die SPD Dessau Dr. Wolfram Schöll und Lothar Biener.
26. bis 28.09.1990	Teilnahmen am Vereinigungsparteitag der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin. Zuerst tagen die beiden SPD einzeln, um jeweils den Vereinigungsbeschluss herbeizuführen, dann gemeinsam.
28.09.1990	Wahlkampfveranstaltung mit Willy Brandt und Reinhard Höppner, die direkt vom Vereinigungsparteitag nach Dessau kamen. Willy Brandt bekennt sich vehement zur Einheit Deutschlands in einem geeinten Europa.
03.10.1990	Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch den Anschluss der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Die von der SPD bevorzugte Lösung eines Zusammenschlusses nach Artikel 164 unter einem neuen Grundgesetz ist damit nicht mehr möglich.
08.10.1990	Aus den eingegangenen Bewerbungen für die vakante Stelle wird Thomas Walther zum Geschäftsführer des SPD Kreisverbandes Dessau bestimmt. Er nimmt seine Arbeit als Geschäftsführer am 01.11.1990 (angestellt beim SPD Landesverband) auf.
14.10.1990	Landtagswahl und Einführung der 5 neuen Bundesländer. Lothar Biener kam über die Landesliste in den Landtag.
20.10.1990	Landesdelegiertenkonferenz in Halberstadt zur Nominierung der Kandidaten für den Bundestag. Für den Wahlkreis Dessau-Bitterfeld wird Dr. Bruno Klatt nominiert.
02.12.1990	Erste Bundestagswahl nach der Vereinigung.

Sozialdemokratische Partei in der DDR - SPD
 Basisgruppe Dessau
 Anschriften der Sprecher:

Albrecht Anspach, Ziebigkerstr. 45; Tel. 3616 privat bis 20.00 Uhr
 5705 oder 5623 Betrieb

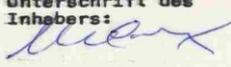
Roger Voigtländer, A.-Bebel-Str. 51; Tel. 2156 Betrieb

Joachim Volger, Peterholzhang 9; Tel. 790561 Betrieb

Silke Unlauff, W.-Heine-Str. 5; Tel. 7570 Theater

Moritz Leichner, Kreuzbergstr. 106

Anlage 1

Mitgliedskarte SPD Name, Vorname: Marx Friedrich Anschrift: Dessau, Ruststr. 4 Basisgruppe: Unterschrift des Inhabers: 		Beitragszahlungen Quittierung durch Unterschrift des Kassierers 1989; Betrag: <table border="1"> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> </table> 1990; Betrag: <table border="1"> <tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr> <tr><td>4-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td></tr> <tr><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td></tr> <tr><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td></tr> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> <tr><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td></tr> </table>		9	10	11	12	1	2	3	4	4-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul	5	6	7	8	3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul	9	10	11	12	3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul	Beitragszahlungen 1991; Betrag: <table border="1"> <tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr> <tr><td>4-Paul</td><td>4-Paul</td><td>4-Paul</td><td>4-Paul</td></tr> <tr><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td></tr> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> </table> 1992; Betrag: <table border="1"> <tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr> <tr><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td></tr> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> </table>		1	2	3	4	4-Paul	4-Paul	4-Paul	4-Paul	5	6	7	8	9	10	11	12	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
9	10	11	12																																																										
1	2	3	4																																																										
4-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul																																																										
5	6	7	8																																																										
3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul																																																										
9	10	11	12																																																										
3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul																																																										
1	2	3	4																																																										
4-Paul	4-Paul	4-Paul	4-Paul																																																										
5	6	7	8																																																										
9	10	11	12																																																										
1	2	3	4																																																										
5	6	7	8																																																										
9	10	11	12																																																										

Mitgliedskarte SPD Name, Vorname: Marx Ursula Anschrift: Dessau, Ruststr. 4 Basisgruppe: Unterschrift des Inhabers: Ursula Marx		Beitragszahlungen Quittierung durch Unterschrift des Kassierers 1989; Betrag: <table border="1"> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> </table> 1990; Betrag: <table border="1"> <tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr> <tr><td>2-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td></tr> <tr><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td></tr> <tr><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td></tr> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> <tr><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td><td>3-Paul</td></tr> </table>		9	10	11	12	1	2	3	4	2-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul	5	6	7	8	3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul	9	10	11	12	3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul	Beitragszahlungen 1991; Betrag: <table border="1"> <tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr> <tr><td>4-Paul</td><td>4-Paul</td><td>4-Paul</td><td>4-Paul</td></tr> <tr><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td></tr> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> </table> 1992; Betrag: <table border="1"> <tr><td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td></tr> <tr><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td></tr> <tr><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td></tr> </table>		1	2	3	4	4-Paul	4-Paul	4-Paul	4-Paul	5	6	7	8	9	10	11	12	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
9	10	11	12																																																										
1	2	3	4																																																										
2-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul																																																										
5	6	7	8																																																										
3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul																																																										
9	10	11	12																																																										
3-Paul	3-Paul	3-Paul	3-Paul																																																										
1	2	3	4																																																										
4-Paul	4-Paul	4-Paul	4-Paul																																																										
5	6	7	8																																																										
9	10	11	12																																																										
1	2	3	4																																																										
5	6	7	8																																																										
9	10	11	12																																																										

Anlage 2

Die Freitag-Demos werden zahlenmäßig schwächer, in ihrer Aussage jedoch konkreter und bestimmter. Die SPD hat mehr und mehr das Sagen, und die Forderungen, Dessau als einzig wahre Landeshauptstadt Anhalts zu bestimmen, sind nicht unbedingt ganz unberechtigt. Nicht nur die Historiker werden darüber zu bestimmen haben.

Foto: Bernd Helbig

Grüne im Torhaus

Die Arbeitsgruppe „Stadt und Wirtschaft“ der GRÜNEN PARTEI stellt heute, 19.30 Uhr, im „Leipziger Torhaus“ ihre Konzeptionen und Ideen zur Stadt- und Verkehrsproblematik zur Diskussion. Da die GRÜNE PARTEI nicht über Aufsteller verfügt, muß sie ihre Wahlkampfplakate z. B. an Hauswänden sichtbar machen. Diese Plakate werden nach den Wahlen wieder entfernt.



Anlage 3

Kontaktadresse (schriftlich):

R. Voigtländer, A.-Bebel-Str. 51, Dessau, 4500

SPD

WAS WOLLEN WIR?

Die SPD versteht sich als Anwalt der Arbeitnehmer in einem marktwirtschaftlichen System. Sie ist offen für alle Schichten der Bevölkerung.

Die in der DDR entstandene Parteienvielfalt ist verwirrend. Die Zielstellungen der Parteien unterscheiden sich oft nur wenig. Entscheidend ist für die SPD die Frage der Realisierbarkeit der Ziele unter den in den Programmen genannten Rahmenbedingungen.

DIE SPD WILL

- eine durchgreifende Demokratisierung der Gesellschaft, Gewährleistung der Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat und strikte Gewaltenteilung
- parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität
- eine den UN-Menschenrechten entsprechende nationale Gesetzgebung
- Trennung von Staat und Partei und Staat und Kirche
- Gewissens-, Religions-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit mit Verhinderung von Pressekonzentration; Einbeziehung der Rechte und Ansprüche von Minderheiten
- relative Selbständigkeit der Regionen, Städte und Gemeinden
- Dezentralisierung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens
- soziale Gerechtigkeit ohne Gleichmacherei, soziale Sicherheit durch Absicherung einer Mindestexistenz
- Gleichberechtigung der Geschlechter (ohne geschlechtsspezifische Ansprüche und Eigenschaften zu ignorieren)
- stärkere Einbeziehung des Umweltschutzes in alle Entscheidungen der Wirtschaft und territoriale Planung
- Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften sowie gleichberechtigte Privatwirtschaft (ohne Größenbegrenzung) und Schaffung betrieblicher Kontrollorgane (Betriebsräte, Aufsichtsräte)
- Recht auf freie Gewerkschaften und Streikrecht
- Schutz der Privatsphäre, Datenschutz; Beseitigung der Bevormundung des Geistes, des kulturellen Lebens und der Konsumbedürfnisse der Menschen
- Entmilitarisierung der Gesellschaft, Widerstand gegen undemokratische, nationalistische, rassistische und neofaschistische Tendenzen
- Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und Einbeziehung der Wirtschaft der DDR in das internationale Wirtschaftsleben; Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ökologie
- **kurzfristiges wirtschaftliches Zusammenwachsen** der beiden deutschen Staaten und planmäßiges Vorgehen zum politischen Zusammenschluß, geprägt durch Bemühungen zur allgemeinen Entmilitarisierung und Einbringung in eine Europäische Friedensordnung.

Realisierbar sind diese Ziele nur in einer **sozialen Marktwirtschaft** und einem Mehrparteiensystem in einer parlamentarischen Demokratie.

Eine planwirtschaftlich gelenkte Marktwirtschaft schließen wir aus, da sich jeder Dirigismus bei unvermeidlichen Mißerfolgen immer weiter verschärft und damit wieder zur alten Erstarrung der Wirtschaft und einer Bevormundung auf allen Gebieten führt.

Dieses Experiment ist weltweit gescheitert!

DIE SPD WILL NICHT

- einen erneuten Versuch der Anpassung des Menschen an ein System
 - Radikalismus in jeder Form
 - Korruption, Amtsmissbrauch und Cliquenwirtschaft
 - politische und geistige Bevormundung
 - unkontrolliertes Anwachsen politischer und ökonomischer Macht
 - Vernachlässigung sozialer und ökologischer Folgen wirtschaftlichen Handelns
- und im Gegensatz zur SED-PDS sind wir gegen jeden Etikettenschwindel: Wir wollen das Volk nicht mit Zielstellungen betrügen, welche mit den im Programm genannten Mitteln nicht erreichbar sind!**

J. Voigtländer

Anlage 4

SPD KONKRET 2<

Mitteilungen des Kreisverbandes Dessau

12. Januar 1990

1

Die SPD ist gegen eine Destabilisierung der Lage in der DDR

- Warum:
- Das Lebensniveau der in ihrer Mehrzahl an der derzeitigen Lage unschuldigen Bürger soll nicht absinken.
 - Die DDR darf im Interesse der Bürger in beiden deutschen Staaten in den Prozeß der Vereinigung nicht als Konkursmasse eingebracht werden.

Die SPD ist für eine Vereinigung beider deutscher Staaten im Rahmen eines zügigen Annäherungsprozesses

- Warum:
- Das Potsdamer Abkommen, das völkerrechtlich verbindliche Dokument der alliierten Mächte für die Behandlung Deutschlands nach dem II. Weltkrieg, sah vor, Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Die staatliche Spaltung erfolgte unter Bruch des Völkerrechts und Mißachtung des Willens der Deutschen.
 - Die Vereinigung beider deutscher Staaten wird ihre Wirtschaftskräfte potenzieren, das europäische Wirtschaftsgeschehen beleben, der Ausübung der Wissenschaft und Pflege der Kultur eine neue Qualität verleihen, das Lebensniveau der Bürger steigern.

Die SPD ist für vorrangige und kurzfristige wirtschaftliche Vereinigung beider deutscher Staaten

- Warum:
- Wollen wir einen Massenexodus unserer Bürger vermeiden, muß eine schnellstmögliche Angleichung des Lebensstandards an den in der BRD erfolgen. Das ist ohne deren massive Unterstützung nicht zu erreichen, die ohne Einführung der sozialen Marktwirtschaft und Anpassung der wirtschaftlichen Rahmengesetzgebung an die der BRD nicht möglich ist.
 - Wollten wir aus eigenen Kräften das Lebensniveau auf den notwendigen Stand anheben, müßte eine kompromißlose Marktwirtschaft unter Vernachlässigung sozialer und ökologischer Belange durchgeführt werden. Das kann nicht Ziel unserer Bemühungen sein. Nur durch Unterstützung der BRD ist auch eine soziale Sicherung und ökologisches Wirtschaften möglich.

Warum kann es keine sofortige politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten geben?

- Die Rechte der alliierten Siegermächte des II. Weltkrieges dürfen nicht verletzt werden.
- Die jeweiligen Bündnisverpflichtungen der beiden deutschen Staaten sind zu beachten.
- Das aus der historischen Schuld der Deutschen herrührende Mißtrauen der europäischen Nachbarn gegen einen einheitlichen deutschen Staat muß abgebaut werden.
- In beiden deutschen Staaten haben sich während der Zeit der Teilung Strukturen und Wertvorstellungen entwickelt, die sorgfältiger Prüfung bedürfen, ehe über ihr Weiterbestehen oder ihrem Wegfall entschieden werden kann.

Warum muß die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Grenze eines einheitlichen deutschen Nationalstaates akzeptiert werden, obwohl sie bisher durch keinen Friedensvertrag bestätigt ist?

- In den ehemaligen deutschen Territorien östlich von Oder und Neiße haben nach dem II. Weltkrieg Millionen von Menschen aus anderen Nationen eine neue Heimat gefunden. Diese in Frage zu stellen, hieße, neues Unrecht zu fordern; es wäre unmoralisch. Der richtige Weg ist, im Rahmen eines europäischen Einigungsprozesses die trennende Wirkung der Grenzen zu vermindern.
- Kein europäisches Nachbarland Deutschlands würde eine deutsche Forderung nach Rückgabe der Gebiete verstehen und unterstützen.

SPD Kreisverband Dessau

Anlage 5

Dr. Wilhelm Polte, Magdeburg

Mein Herbst 89!

Im Sommer 1989 erfasste eine ungeheure Erregung unser Land, der sich niemand entziehen konnte, zumal kein Bürger der DDR.

Eine schnell wachsende Bewegung strebte den Wandel der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse an, begleitet von einer Massenflucht von DDR-Bürgern, die die Hoffnung auf grundlegende Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufgegeben hatten.

Auch meine Hoffnungen auf gesellschaftlichen Wandel wurden immer wieder über die Jahrzehnte des Bestehens der DDR durch die Panzerketten einer kalten Machtpolitik zermalmt.

So beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953, beim Ungarn-Aufstand von 1956, beim Prager Frühling 1968 und bei den Blutopfern der Danziger Leninwerft 1975. Keine der Erhebungen brachte eine Überwindung des Kalten Krieges, noch den Sozialismus mit menschlichem Antlitz und erst recht nicht die Einheit Deutschlands.

Im Verlaufe des Sommers 1989 bildeten sich politische Gruppierungen in deutlicher Distanz zu den bestehenden Machtstrukturen, die unabhängige und eigenständige Beiträge zur schrittweisen Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR leisten wollten. Das vorherrschende Gefühl lautete: So kann es nicht mehr weitergehen, jetzt muss sich was ändern.

Die Aktivitäten dieser alternativen politischen Reformkräfte mit ihrer Botschaft waren für mich ein elektrisierendes Aufbruchssignal, einen erneuten Versuch für einen Wandel zu wagen.

Am 26. August 1989 veröffentlichte eine Initiativgruppe in Ost-Berlin einen Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP in der DDR). Ein bewusst gewählter Termin, sollte er doch einen programmatischen Ansatz durch den Hinweis auf die Deklaration der Freiheits- und Menschenrechte durch die Französische Revolution vom 26. August 1789 liefern.

Mit diesem Aufruf wurde ein historischer Kontext hergestellt und eine klare Orientierung für grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse im bisherigen Machtbereich der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gegeben. Dies war eine klare Kampfansage und ich wollte dabei sein.

Schon am 18. August 1960 hatte ich meine ablehnende Grundhaltung der kommunistischen Diktatur gegenüber und meine Sympathie für die deutsche Sozialdemokratie durch einen Besuch beim Ostbüro der SPD in West-Berlin dokumentiert.

Jetzt gab es den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR und damit das Angebot, durch verbindliches politisches Engagement mitzuwirken, die bestehenden Lebensverhältnisse zu „wandeln“ oder wie man es später nannte zu „wenden“.

In Magdeburg entwickelten und artikulierten sich die nach Veränderung drängenden gesellschaftlichen Kräfte im und rund um den Dom, also war dort zunächst mein Platz.

Die Montagsgebete für eine gesellschaftliche Erneuerung wurden zum Kristallisationskern, um den sich schließlich Tausende Menschen gruppierten.

Was wollten aber die Menschen genau und was ließ sie Montag für Montag im Dom und um den Dom herum zusammenkommen?

Darüber gibt ein Papier Auskunft, dass im Rahmen einer Domveranstaltung erarbeitet wurde. Die Teilnehmer fanden sich in vielen zufälligen Gruppen zusammen und jede Gruppe hatte die Aufgabe, ihre Forderungen in einer Reihenfolge entsprechend der erkannten Bedeutung aufzuschreiben.

Diese Forderungen wurden anschließend entsprechend der Häufigkeit ihrer Nennung in einer Prioritätenliste zusammengefasst.

Von insgesamt 22 formulierten Forderungen waren die ersten 10: Pressefreiheit, Rede- Meinungs- und Glaubensfreiheit, Mehrparteiendemokratie bei freien Wahlen mit getrennter Liste, Unabhängige, weltanschaulich neutrale Bildungs- und Kulturpolitik ohne Hass- und Feindbilderziehung, ziviler Wehersatzdienst, Wirtschaftsreform bei Abbau der Subventionen und marktgerechte Produktion, Arbeitsvergütung nach Leistung, strenge Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Richter, ökologische Erneuerung bei voller Information der Öffentlichkeit.

Derweil traf sich konspirativ in Schwante bei Berlin die Initiativgruppe zur Gründung der „SDP in der DDR“, um am 7. Oktober 1989 die Gründung der Partei zu vollziehen. Die Wahl des 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestages der DDR, war wiederum ein bewusster gewählter Termin und sollte als Signal gegen den absoluten Machtanspruch der SED verstanden werden.

Die am folgenden 9. Oktober 1989 im Magdeburger Dom stattfindende Montagsveranstaltung war höchst brisant und spannungsgeladen, hatte doch die SED in allen Betrieben und Institutionen zuvor in Kurzversammlungen versucht, die Bürger von einer Teilnahme abzuhalten. Durch den Hinweis auf ein mögliches Blutvergießen wurde psychologischer Druck ausgeübt.

Jetzt aber war die Stunde die Angst zu überwinden und zur eigenen Überzeugung zu stehen. Dies sahen offenbar viel Menschen so, denn der Dom war am Abend brechend voll.

Die rund um den Dom gruppierten militärischen und paramilitärischen Kräfte einerseits und die nach Erneuerung und Veränderung strebenden Massen im Dom andererseits kennzeichneten die Situation. Dass diese Veranstaltung dank des Einsatzes der Pastoren vom Dom sowie der Disziplin der Teilnehmer schließlich gewaltfrei verlief, war rückblickend gesehen wesentlich für den Fortgang des revolutionären Prozesses. Die Staatsmacht war erkennbar in die Defensive geraten und die Kräfte der Erneuerung gewannen Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein.

Im Rahmen der Montagsveranstaltung am 9. Oktober 1989 berichtete ein Mitbegründer von Schwante (Konrad Elmer) über die vollzogene Gründung der Partei. Er lud Interessenten zur Kontaktaufnahme in die ökumenische Begegnungs- und Bildungsstätte für den folgenden Dienstag nach Niederndodeleben ein, ganz in der Nähe von Magdeburg.

Endlich ein Anknüpfungspunkt für mich, denn bisher hatte es nur die Medienberichte über eine sozialdemokratische Initiative in Berlin gegeben, aber es wurden keine Adressen zur Kontaktaufnahme benannt.

Schließlich fand sich am besagtem Dienstag, den 10. Oktober 1989, eine kleine Schar mir allesamt unbekannter Interessenten in Niederndodeleben zusammen. Der

Chef des Hauses und Mitbegründer in Schwante, Pf. Markus Meckel, (er wurde wenige Monate später der letzte Außenminister der DDR) empfing uns und wir machten uns erst einmal miteinander bekannt.

Nach einem gegenseitigen „Abtasten“ mit der Frage im Hinterkopf: „Wer von den Anwesenden wurde von der Staatssicherheit geschickt?“ berieten wir erste Schritte der Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer Struktureinheit der SDP für den Bezirk und die Stadt Magdeburg.

Damit war der Startschuss gefallen und in den folgenden Wochen und Monaten kamen ganz neue Herausforderungen und Aufgaben auf die „Männer und Frauen der ersten Stunde“ zu, wie man sie sich zu dem Zeitpunkt nicht vorstellen konnte.

Wir hatten uns zunächst auf zwei Hauptschwerpunkte verständigt:

1. Werbung von Mitstreitern für die SDP und Vorbereitung einer Gründungsversammlung für die Magdeburger Region. Wir wollten uns dauerhaft als politische Kraft etablieren und brauchten dafür Mitglieder, eine Struktur sowie eine inhaltliche Profilierung. Damit war klar; wir mussten in die Öffentlichkeit. So wurde eine DDR-weite Liste mit Kontaktadressen zusammengestellt, die in Magdeburg im Dom sowie im Schaufenster der Evangelischen Buchhandlung Holtermann aushing. Für den Bereich Magdeburg stand mein Name auf dieser Liste, wobei ich mir des persönlichen Risikos zu diesem Zeitpunkt voll bewusst war und eine gewisse Bangigkeit nicht verhehle. Noch wusste niemand, ob aus dem Aufbruch ein Umbruch wird.
2. Aufrechterhaltung des revolutionären Veränderungsdruckes gegenüber der Staatsmacht durch enge Zusammenarbeit mit den anderen revolutionären Gruppierungen sowie Erbringung eigener Beiträge.

Im praktischen Vollzug stellte sich sehr bald heraus, dass beide definierten Hauptaufgaben nur als Einheit durch eine Vielzahl von Aktivitäten und Maßnahmen schrittweise erfüllt werden konnten.

Als Beispiele dafür seien genannt:

- Mitarbeit von Vertretern der in Gründung befindlichen SDP in verschiedenen Gremien, so u.a. in der Beratergruppe „Dom“. Sie koordinierte die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Montagsveranstaltungen. Dazu gehörten die Diskussionsforen im Dom, die Kundgebungen auf dem Domplatz bzw. auf dem Alten Markt sowie die Demonstrationen in der Innenstadt.
- Durch die Zurkenntnisnahme einer sozialdemokratischen Initiative erhielten wir aus dem Magdeburger Raum eine große Zahl von Einladungen zu Bürgerforen, die in vielen Dörfern und Städten von verunsicherten aber auch hoffnungsvollen Bürgern organisiert wurden. So war ich viele Abende mit meinem Trabant unterwegs, von Stendal bis Köthen, von Genthin bis Egel, von Bösdorf bis Burg und an vielen anderen Orten. Kirchgemeinden, Kulturschaffende, eine Polizeidienststelle, die Magdeburger Berufsfeuerwehr, bei Kohlearbeiter in Magdeburg, in Gewerkschaftsgruppen, bei Offizieren der Nationale Volksarmee – alles Stationen wo ich mich der Diskussion stellte im Werben um einen Wandel im Lande.

- Für die Großveranstaltungen waren Transparente zu zimmern, Plakate anzufertigen, Rednerpodest und Lautsprecheranlage zu organisieren, Ordner zu gewinnen und einzuweisen u.v.a. Soweit ich einen Redebeitrag leistete, galt es sich gedanklich vorzubereiten.
- Da ich als „Kontaktadresse“ bekannt wurde, suchten viele Bürger den persönlichen Kontakt zu mir oder schrieben einen Brief. Etliche vermittelten mir dabei eine Einschätzung der aktuellen politischen Lage, andere stellten ihre ganz persönlichen prinzipiellen Konflikt mit der Staatsmacht dar, aber manche suchten offenbar einen Seelsorger. Einige wurden Mitstreiter in unseren Reihen und im Interesse der Gewinnung von Mitgliedern war mir jedes Gespräch wichtig, und deshalb habe ich auch jeden Brief auf meiner klapprigen Vorkriegsschreibmaschine Marke „Olympia“ beantwortet.
- Nach Bildung des Bürgerkomitees, das sich die Enttarnung und Entmachtung der Dienststellen der Staatssicherheit zur Aufgabe gemacht hatte, galt es einen Vertreter unserer Initiativgruppe zur Mitarbeit zu entsenden. Er übernahm die Aufgabe des Vorsitzenden und hat später seine Erlebnisse und Erkenntnisse in dem Buch „Magdeburg – Kroatienweg, Chronik des Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi“ dokumentiert.
- Im Verlaufe des Herbstes `89 gründeten sich überall im Lande „Runde Tische“ die den Versuch unternahmten, das infolge der Schwächung der Staatsmacht immer stärker werdende Machtvakuum zu kompensieren. Zwei Mitstreiter unserer Gruppe saßen am Runden Tisch des *Bezirk*es Magdeburg, ich war der Vertreter am Runden Tisch der *Stadt* Magdeburg.

Trotz all dieser Aktivitäten wurden parallel die Vorbereitungen zur Gründung der SDP in unserer Region vorangetrieben.

So saßen wir auch am Abend des 9. November 1989 in einem Kellerraum unseres Hauses, um inhaltliche und organisatorische Fragen der geplanten Gründungsversammlung zu beraten.

Wie gründet man eigentlich eine Partei und was ist dabei alles zu berücksichtigen?

Wer erarbeitet eine Geschäftsordnung und die Wahlordnung?

Wer arbeitet in der zu bildenden Wahlkommission mit?

Wer hält das Grundsatzreferat?

Welche Informationen sollen in schriftlicher Form verteilt werden, wer erarbeitet sie und wie und wo können wir sie vervielfältigen?

Wie soll der Vorstand strukturiert sein?

Welche Arbeitsgruppen für die verschiedenen Themenfelder sollten wir bilden?

Woher bekommen wir Aufnahmeformulare und wer kann Papier besorgen?

Wo können wir die Gründungsversammlung durchführen und wer kann die Tontechnik beschaffen? - u.s.w.

Gegen 22.00 Uhr kam meine Frau aufgeregt zu uns in den Keller mit der Nachricht: „Die Mauer ist gefallen und die ersten Mitbürger sind in Richtung Westen unterwegs“. Mit einem freudigen Erstaunen nahmen wir diese Botschaft auf, hielten einen Moment inne, und wandten uns wieder unserer Gründungsversammlung zu. Natürlich freuten wir uns über die offensichtlich in Aussicht stehende Reisefreiheit, aber wir wollten die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend reformieren und für dieses Ziel brauchten wir eine eigenständige, unabhängige Partei. Unvermindert

setzten wir unsere Arbeit fort und fühlten uns durch die übermittelte Nachricht zusätzlich beflügelt.

Am 18. November 1989 war es schließlich soweit und über 100 Personen hatten sich im Gemeindesaal der Evangelischen Altstadtgemeinde Magdeburg zur Gründung des Regionalverbandes Magdeburg der Sozialdemokratischen Partei (SDP) eingefunden. Mir war die Aufgabe der Begrüßung der Anwesenden zugefallen und dabei führte ich u.a. aus:

„Ich begrüße Sie, liebe Freunde, die Sie in einer Zeit des erkennbaren und nachhaltigen Wunsches nach gesellschaftlichem Wandel mit dem Ziel einer radikalen Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen unseres Landes sich für ein gesellschaftliches Engagement in unseren Reihen bereitfinden wollen. Angesichts des Scheiterns des realsozialistischen Modells in der DDR ist es ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn sich neue, unverbrauchte und unbelastete Kräfte zusammenfinden um ihren konstruktiven Beitrag bei der Überwindung in allen Bereichen unseres Gemeinwesens erkennbaren Defizite und Deformationen zu leisten.“

Die Gründungsversammlung verlief störungsfrei und 109 Personen unterschrieben die Gründungsurkunde, die heute im Haus des Landesverbandes der SPD Sachsen-Anhalts, im Ernst-Reuter-Haus in Magdeburg hängt. Aus dem Kreis der gewählten Vorstandsmitglieder des Stadt- und Regionalverbandes Magdeburg der SDP (später dann SPD) wurde ich zum Vorsitzenden bestimmt.

Mit der Parteigründung wollten wir den Bürgerinnen und Bürgern die Botschaft übermitteln:

- Die Mitglieder unserer neu gegründeten Partei stellen sich der Herausforderung, die von den Menschen im Dom artikulierten politischen Forderungen im Verbund mit anderen revolutionären Kräften schrittweise umzusetzen.

- Steht nicht länger abseits, stärkt unsere Reihen und bringt euch ein. Nutzt die Gunst der Stunde für einen grundlegenden Neuanfang. Die ihr unter der Bevormundung und politischen Ohnmacht gelitten habt, macht mit und helft dem revolutionären Schwung neue Impulse zu geben.

Die vollzogene Parteigründung stellte uns vor weiteren ganz praktischen Aufgaben.

Wo können wir ein Büro einrichten (bei Wohnungsbewirtschaftung), wie kommen wir zu einem Telefon, woher bekommen wir ein Papierkontingent und Büromöbel? Wie organisieren wir die Öffentlichkeitsarbeit und wie können wir einen innerparteilichen Informationsfluss gewährleisten? Aber auch Positionspapiere zu inhaltlichen Fragen waren zu erarbeiten und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Montagsveranstaltungen im Dom zu Magdeburg gingen unvermindert weiter. Kundgebungen auf dem Domplatz mit Bundespolitikern mobilisierten weitere Menschenmassen. So fand am 19. Dezember 1989 eine Großkundgebung mit Willy Brandt statt, und ich hatte die Ehre ihn als SDP-Vorsitzender offiziell zu begrüßen. Dem Antifaschisten und Kämpfer gegen Diktaturen, der als Bundeskanzler Anfang der siebziger Jahre mit seiner Ostpolitik den Weg entscheidend mitgeebnet hat für

unsere aktuelle revolutionäre Situation, dem Friedensnobelpreisträger ein herzliches Willkommen sagen zu dürfen lag wenige Wochen zuvor außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens. In seiner Kundgebungsrede traf er unter anderem die Feststellung: „Der Zug in Richtung Einheit rollt, und wir müssen aufpassen, dass keiner unter die Räder kommt.“ Eine bis zum heutigen Tage aktuelle Aufgabe.

Mit dem Wandel der einprägsamen Hauptforderung der demonstrierenden Menschen von „Wir sind das Volk“ in „Wir sind ein Volk“ wurde eine Akzentverschiebung spürbar. Der Kampf um eine grundlegende gesellschaftliche Erneuerung und der eigene Anspruch es selbst tun zu wollen wurde zunehmend als Auftrag an die Regierenden in Bonn angesehen.

Die nun anstehenden „Mühen der Ebene“ mit einem verbindlichen und dauerhaften politischen Engagement wollten sich nur wenige (bis zum heutigen Tage für einen demokratischen Rechtsstaat viel zu wenige) zumuten. Weil eben die Personaldecke so dünn war, brachte mich der Herbst '89 in eine langjährige hauptamtliche und ehrenamtliche politische Verantwortung. Dies war zwar nicht meine Intention beim Auf- und Umbruch `89, aber schließlich für mich persönlich das Ergebnis.

Rückblickend gehört „Mein Herbst' 89“ zu der emotionalsten, spannendsten und hoffnungsvollsten Phase meines Lebens. Er brachte mir eine totale Veränderung meines Arbeitsalltags und Privatlebens sowie die prinzipielle innere Übereinstimmung mit unserer heutigen Gesellschaftsordnung.

Vorbemerkung der Herausgeber zum Abdruck der Magisterarbeit von Udo Krause:

Diese Magisterarbeit ist die erste umfassende Untersuchung zum Wiedererstehen der SPD in Sachsen-Anhalt. Sie war bei Redaktionsschluss des 5. Heftes, Teil 1 noch nicht ganz fertig und hätte dort ohnehin nicht genügend Platz gehabt. Deswegen folgt erst jetzt die Wiedergabe, allerdings gekürzt. Wer die Arbeit in Gänze und im Zusammenhang lesen möchte, findet sie im Internet unter: www.spd-sachsen-anhalt.de unter Downloads im Bereich „Service“.

Weil die gesamte Einleitung und die Schlussfolgerungen/Fazit im Teil 1 bereits abgedruckt wurden, wird in diesem Teil darauf verzichtet, dagegen werden zur besseren Orientierung Titelblatt und Inhaltsverzeichnis erneut abgedruckt.

Vom Kapitel 2, das sich mit der allgemeinen politischen Lage sowie der Gründung der SDP beschäftigt, wird nur der Teil 2.2.4 „Der Berliner und Leipziger Parteitag vom Januar und Februar 1990“ wiedergegeben, weil bei diesen Veranstaltungen eine Reihe von Vertretern aus dem heutigen Sachsen-Anhalt bereits mitgewirkt haben.

Die Kapitel 3 und 4 werden ungekürzt wiedergegeben, da sie das Kernstück der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit von Udo Krause enthalten. Dabei werden Doppelungen mit dem Text von Joachim Volger/Dessau in Kauf genommen.

Die Literaturangaben werden ungekürzt übernommen, um weitere Studien zu erleichtern, dagegen kann auf den umfangreichen Anhang verzichtet werden, weil Namen und inhaltlicher Extrakt in der Arbeit selbst vorkommen.

Der Übersicht halber wurde die Angabe der Seitenzahlen an die des vorliegenden Heftes angepasst. Bei Kapiteln, die nicht abgedruckt wurden, wurden die Seitenzahlen entfernt.

**Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die
Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis
zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt 1990**

Magisterarbeit
zur Erlangung des Grades Magister Artium in den Fächern Geschichte und
Politikwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



eingereicht von:

Udo Krause

12. Semester Geschichte/Politikwissenschaft

Matrikelnummer: 172019

Westring 15

39108 Magdeburg

Email: UdoKrause84@aol.com

Magdeburg, den 15. Juni 2010

Erstgutachter:

Prof. Dr. Mathias Tullner

Zweitgutachterin:

Dr. Roswitha Willenius

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

2. Der Untergang der DDR und die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR

2.1 Vorbedingungen: Die DDR in ihrer Endphase

2.1.1 Der Beginn der friedlichen Revolution – Die Kommunalwahlen vom Mai 1989

2.1.2 Die Flüchtlingswellen – Ausreise als Mittel der Oppositionellen

2.1.3 Die Massendemonstrationen – Eine Protestwelle unkalkulierbaren Ausmaßes

2.2 Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR

2.2.1 Die Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR

2.2.2 Die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante

2.2.3 Die Programmatik und der Aufbau der Partei.....40

2.2.4 Der Berliner und Leipziger Parteitag vom Januar und Februar 1990.....41

3. Die Gründung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle am Beispiel einzelner Ortsvereine

3.1 Dessau – Sozialdemokratie in der Stadt des Bauhauses.....44

3.1.1 Die Gründung der SDP in Dessau.....44

3.1.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990.....46

3.1.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder.....47

3.1.4 Zwischenfazit.....48

3.2 Halle – Die sozialdemokratische Diaspora.....48

3.2.1 Die Gründung der SDP in Halle.....	49
3.2.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990.....	50
3.2.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder.....	52
3.2.4 Zwischenfazit.....	53
3.3 Magdeburg – Einstige Hochburg der Sozialdemokratie.....	53
3.3.1 Die Gründung der SDP in Magdeburg.....	54
3.3.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990.....	56
3.3.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder.....	57
3.3.4 Zwischenfazit.....	58
3.4 Stendal – Sozialdemokratie in der „schwarzen“ Altmark.....	59
3.4.1 Die Gründung der SDP in Stendal.....	59
3.4.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990.....	61
3.4.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder.....	62
3.4.4 Zwischenfazit.....	63
4. Epilog: Die Gründung des SPD-Landesverbandes in Quedlinburg am 25. August 1990.....	64
5. Schlussfolgerungen/Fazit	
6. Abkürzungsverzeichnis	
7. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	66
8. Anhang	

2.2.3 Die Programmatik und der Aufbau der Partei

Die Programmatik der Partei lässt sich in groben Zügen schon im Aufruf zur Gründung der Initiativgruppe aus den Augusttagen ableiten. Das in Schwante verabschiedete Parteiprogramm, welches sich im Statut der Partei unter den Paragraphen 1 bis 10 wiederfindet, enthält im Wesentlichen folgende Grundaussagen: die Forderung nach strikter Gewaltenteilung sowie Trennung von Staat und Partei, ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und Parteienpluralismus, eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle der ökonomischen Macht, das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften sowie das Streikrecht, die Reisefreiheit und das Auswanderungsrecht, letztlich die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands, gleichzeitig aber eine Option für mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. All diese Forderungen stellen die Verfassung der DDR in Frage und haben das übergeordnete Ziel einer Neuordnung der DDR nach demokratischem Vorbild vor Augen. Bezogen auf die angesprochene Forderung der anerkennenden Zweistaatlichkeit Deutschlands, kam es innerhalb der Partei am 3. Dezember 1989 zu einer Kehrtwende. Durch die veränderte politische Lage, u.a. dem Fall der Mauer am 9. November 1989, distanzierte sich die Partei in einer „Erklärung der SDP zur Deutschen Frage“. Dort wurde von einer eigenstaatlichen DDR abgesehen und man sprach sich für die Einheit der Deutschen Nation aus. Jedoch wurde eine schnelle Vereinigung im Sinne eines Anschlusses an die BRD abgelehnt. Vielmehr sprach man sich darin für eine Konföderation aus, um die Vereinigung vorzubereiten.

Vergleicht man die genannten Forderungen mit anderen oppositionellen Gruppen, stellt man feststellen, dass die geforderte parlamentarische Demokratie, Parteienpluralismus, Gewaltenteilung, als auch das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft z.T. originell waren und ein Alleinstellungsmerkmal darstellten.

Betrachtet man die SDP näher, so versteht es sich von selbst, dass differenzierter auf die Parteistruktur, Aufbau der Partei und deren weitere Entwicklungsgeschichte einzugehen. Die innerparteiliche Struktur wird im Statut der SDP in den Paragraphen 11 bis 29 geregelt. Hier sind u.a. Fragen zur Mitgliedschaft, Wahlen, Parteitag und Finanzen festgelegt. Rein praktisch gesehen kam es zur ersten Gründung eines Ortsvereines auf dem Boden der DDR schon am 7. Oktober 1989 in Sangerhausen. Einzelne Mitglieder bildeten mit Hilfe ihrer Kontaktdaten eine Nahtstelle zu Interessierten in der Öffentlichkeit. Zwischen Herbst 1989 und der Volkskammerwahl im März 1990 bildeten sich landesweit Basisgruppen der SDP, Kreis- und Bezirksverbände. Die ersten großen Ortsverbände wurden am 5. November 1989 in Berlin, am 7. November in Leipzig und Gera sowie am 9. November in Rostock und Jena gegründet. Als erster Landesverband konstituierte sich noch vor der Ländergründung im Januar 1990 der Landesverband Thüringen. Gründungsorte waren in erster Linie Kirchengemeinden, welche ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellten. Der Parteaufbau gestaltete sich als sehr schwierig. Zum einen betrat man in dieser Hinsicht völliges Neuland, zum anderen war der Aufbau auch durch mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb der DDR geprägt. Schätzungsweise hatte die Partei im Januar/Februar 1990 eine Mitgliederzahl von ca. 60.000 Personen erreicht. Diese Zahl scheint eher unrealistisch zu sein, da es keine zentralen Karteien und Verzeichnisse gab und die Mitgliederzahlen nur auf Schätzungen basierten. Man muss davon ausgehen, dass eine Mitgliederzahl von ca. 20.000 Personen realistischer Natur ist.

Der Parteivorstand richtete sich indes in der Berliner Otto-Grotewohl-Straße, den früheren Amtssitz der Nationalen Front, ein. Im Februar 1990 erfolgte dann der

Umzug in das ehemalige Gebäude der SED-Hochschule in der Rungestraße. Büroleiter wurde der aus Jena stammende, frühere Studentenpfarrer Ulrich Kasparick. Zum Pressesprecher wurde Steffen Reiche berufen.

Im weiteren Verlauf der Ereignisse ist festzuhalten, dass am 1. Dezember die Führungsrolle der SED aus Artikel 1 der DDR-Verfassung gestrichen wurde. Somit wurde eine der wesentlichen Forderungen, nicht nur der SDP, sondern auch anderer Oppositionsgruppen erfüllt. Das Machtmonopol sowie der Alleinvertretungsanspruch der SED war somit gebrochen. Fortan nahm die SDP an den sowohl auf zentraler als auch regionaler Ebene stattfindenden Runden Tischen teil. Diese sollten für einen kontrollierten Übergang zu einer neuen Gesellschafts- und Staatsordnung sorgen. Diese Mitwirkung nahm für die Sozialdemokraten eine Schlüsselstellung bei der weiteren politischen und organisatorischen Entfaltung der Partei ein. Gleichzeitig nahm die eben geschilderte Beteiligung die junge Partei voll in Anspruch. Der Vorstand musste nicht nur die eigene Organisation aufbauen, sondern auch Pressekonferenzen abhalten, Verhandlungen führen, wichtige Entscheidungen treffen und dergleichen mehr. Eine wirkliche Besserung trat erst ab Mitte Januar ein, als sich materielle, organisatorische und logistische Hilfe aus Westdeutschland durch die Bundes-SPD langsam einstellte.

2.2.4 Der Berliner und Leipziger Parteitag vom Januar und Februar 1990

Zur abschließenden Betrachtung ist etwas ausführlicher auf die ersten beiden Partei-Großveranstaltungen der SDP einzugehen. Hierbei zu nennen sind die Delegiertenkonferenz im Januar 1990 in Berlin, wie auch der erste Parteitag der noch jungen Partei im Februar des gleichen Jahres. Die Delegiertenkonferenz in der Ost-Berliner Kongresshalle am Alexanderplatz fand vom 12.-14. Januar 1990 statt. Wichtigstes Anliegen dieser Konferenz war die Umbenennung der Partei in Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Dies geschah am 13. Januar, dem zweiten Tag der Veranstaltung. Auch war es das erste Mal, dass die Parteibasis auf den Gründerkreis von Schwante traf. Mit Hans-Jürgen Vogel, Walter Momper, Johannes Rau und Egon Bahr waren zudem auch sozialdemokratische Spritzenvertreter aus Westdeutschland anwesend. In der Presse wurde die Partei zudem erstmals in ein großes Licht gesetzt.

Insgesamt nahmen 505 Delegierte an dieser Konferenz teil. Das Hauptziel war, die Umbenennung von SDP in SPD. Weiterhin sollte das Organisationsstatut festgeschrieben und über das Wahlprogramm zur Volkskammerwahl gesprochen werden. Mit ihrer zweiten „Erklärung zur Deutschen Frage“ bekräftigte die nun SPD heißende Partei abermals ihre Vorstellung von einer Deutschen Einheit. Grundsätzlich kam es im Dezember 1989 zum ersten Mal zu einer Diskussion über eine Umbenennung der Partei. Damals befürchtete man, dass sich die SED auf ihrem Parteitag den Namen „Sozialistische Partei Deutschlands“ geben könnte. Somit wäre das Kürzel SPD besetzt und die SED hätte in diesem Fall sozialdemokratische Werte und Traditionen für sich beanspruchen können. Eine Umbenennung hatte auch weitere Vorteile, so z.B. Wahlkampf Vorteile, da viele DDR-Bürger mit dem alten Kürzel nichts anfangen konnten. Andernfalls konnte man so auf eine problemlose Materialhilfe der SPD-West, in finanzieller als auch wahlwerbetechnischer Basis hoffen, da Plakate beispielsweise einfach übernommen werden konnten. Auch hatte der neue Name SPD den Vorteil, dass man nun Rechtsansprüche in Bezug auf den früheren Besitz der SPD stellen konnte, welcher im Zuge der Zwangsvereinigung der SED zugeschlagen wurde. Mit großer Mehrheit

wurde dieser wichtigste Tagesordnungspunkt angenommen und die Partei hatte einen neuen Namen. Nach 44 Jahre existierte wieder eine SPD in Ostdeutschland. In Bezug auf die Diskussion zum Organisationsstatut und Wahlprogramm, kamen auch politisch-symbolische Fragen zur Sprache. So wurden mehrere Anträge gestellt, das Wort Genosse aus Statut und Wahlaussagen zu streichen. Auch wurde verlangt, den Begriff Demokratischer Sozialismus aus dem Statut zu entfernen. Hintergrund dieser Anträge war, dass diese beiden Begrifflichkeiten im Empfinden vieler zu sehr durch die DDR-Diktatur missbraucht wurden und daher in einem schlechten Licht standen. Man entschied sich auf dem Parteitag allerdings, dass diese Anträge erst später geklärt werden sollten. Die angesprochene Umbenennung signalisierte auch eine stärkere Zusammenarbeit mit der SPD-West. Alles in allem stellte dieser Parteitag einen ersten Schritt in Richtung der Volkskammerwahlen im März 1990 dar. Alle weiteren Themen sollten auf dem folgenden Parteizusammentreffen in Leipzig besprochen werden.

An dieser Konferenz ist das gestiegene Selbstbewusstsein der Partei zu erkennen. Lautete das Parteitagsmotto am Anfang der Konferenz noch: „Vieles spricht für uns – SDP“, so wurde der Spruch am Ende der Veranstaltung durch einen neuen ersetzt: „Alles spricht für uns – SPD“. Auf dem Parteitag ist aber auch die Differenz zwischen Parteibasis und dem in Schwante gewählten Vorstand erkennbar. Viele Vorstellungen des Gründerkreises stießen auf Ablehnung der Basis. Zum ersten Mal konnten Parteimitglieder hier ihre teilweise vom Vorstand abweichenden Vorstellungen formulieren und sich in Mitbestimmung üben. Diese Konferenz wird teilweise auch als eigentliche Geburtsstunde der Sozialdemokratie in der DDR angesehen und als eine Art Gründungsparteitag gewertet.

Der erste ordentliche Parteitag der SPD fand vom 22. bis 25. Februar 1990 in Leipzig-Markkleeberg statt. An diesem zugleich Wahl- und Programmparteitag nahmen diesmal 524 Delegierte teil. Oberstes Ziel des Zusammentreffens war die Neuwahl des Vorstandes. Außerdem stand alles ganz im Zeichen der Volkskammerwahlen. Zudem wurden abermals Diskussionen zur deutschen Frage geführt. Die Wahl für den Austragungsort Leipzig wurde bewusst gefällt. Dem Ausgangspunkt der friedlichen Revolution und der Demokratiebewegung sollte eine Würdigung zukommen. Der Parteitag lief dieses Mal unter dem Motto: „Die Zukunft hat wieder einen Namen – SPD“. Auch die Wahl des Datums hatte einen bewussten Hintergrund, denn der 22. Februar 1990 war der Tag des 150. Geburtstages August Bebel's. Man kann sagen, dass in der Wahl dieser beiden Elemente die alte SPD-Tradition mit der neueren Geschichte zielgerichtet verbunden wurde.

Zum Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten für die bevorstehende Volkskammerwahl wurde Ibrahim Böhme gewählt. Die Wahl Böhmes verlief hierbei nicht ohne Aufsehen. Für das Amt des Vorsitzenden wollte gleichzeitig Markus Meckel kandidieren. Meckel war in den eigenen Reihen jedoch unpopulär und wirkte weniger charismatisch als Böhme. Daher verzichtete Meckel auf eine Kandidatur und Böhme trat ohne Gegenkandidaten an. Zu den drei Stellvertretern Böhmes wählten die Delegierten Markus Meckel, Angelika Barbe und Karl-August Kamilli. Das Amt des Geschäftsführers bekleidete fortan Stephan Hilsberg und zum neuen Schatzmeister wählte man Hinrich Kuessner. Der übrige Vorstand bestand aus 27 weiteren Mitgliedern. Willy Brandt wurde zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit gewählt und nahm somit die künftig angestrebte Vereinigung beider Parteien, der SPD-West und der SPD-Ost, symbolisch vorweg. Brandt war auf dem Parteitag der unumstrittene „Star“. Er wurde unter Jubel in der Tagungshalle begrüßt, Meckel hielt sogar eine Laudatio auf den früheren Bundeskanzler. Abermals waren in Leipzig viele Spitzenpolitiker der bundesdeutschen SPD anwesend. Diesmal war auch Oskar

Lafontaine, der Spitzenkandidat der West-SPD für den Bundestagswahlkampf, zugegen.

Die weiteren Tagesordnungspunkte des Parteitages hatten allerdings mehr Konfliktpotential. Die Rede ist hier von der Festlegung eines Wahlprogramms, die Beschlussfassung über die künftige SPD-Programmatik und das Parteistatut. Zentrales Thema war nun das Wahlprogramm „Ja zur deutschen Einheit – Eine Chance für Europa. Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR“. Dieses Programm enthielt auch den „Fahrplan zur deutschen Einheit“. In diesem setzte die Partei ihre Eckpunkte zur Einheit fest. Dazu gehörten z.B. die Einführung der D-Mark bis spätestens zum 1. Juli 1990, die Umstellung der Ersparnisse von Ost- auf Westmark zum Verhältnis 1:1. Weiterhin wurde hier eine Unternehmensbeteiligung westdeutscher Firmen in der DDR befürwortet. Mit diesem Fahrplan machte die SPD erstmals konkrete Aussagen und Vorschläge für die künftige deutsche Einigung. Das weiterführende „Programm für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft“ zeigt die sozialdemokratischen Vorstellungen für eine künftige Wirtschaft und Gesellschaftsordnung. Unmittelbar nach der Volkskammerwahl sollten demnach beide deutschen Regierungen Verhandlungen aufnehmen. Das Konzept, welches ausgegeben wurde, war: „Einheit ja, aber mit Gestaltung“.

Das Grundsatzprogramm der Partei, um welches es im Folgenden geht, bestand aus sechs übergeordneten Themenfeldern. Das erste Kapitel umriss die politischen Grundlagen der Partei. Hier bekannten sich die Sozialdemokraten zu einem geeinten Deutschland und zu den Leitlinien der internationalen Sozialdemokratie. Im zweiten Teil wurden die Vorstellungen eines demokratischen Rechtsstaates mit einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft beschrieben. Teil drei handelte von Markt und Wettbewerb. Hierbei sollte der Markt demokratisch, sozial und auch ökologisch orientiert sein. In einem Kapitel zur Sozialpolitik wurde die Solidarität in den Mittelpunkt gestellt. Die Kultur kam im fünften Abschnitt zum Tragen. Dieser wurde die Bedeutung eines Menschenrechts zugesprochen. Das sechste Kapitel beschäftigte sich mit der Deutschland- und Außenpolitik. Dabei sollte die deutsche Einheit in den europäischen Integrationsprozess eingebunden werden. Das eben erläuterte SPD-Grundsatzprogramm wurde letztendlich mit großer Mehrheit von den Delegierten angenommen.

Abschließend fällt der Blick auf das in Leipzig beschlossene Organisationsstatut. Hierin fanden sich Regelungen zu Mitgliedschaft, Gliederungen, Parteiorganen, Ämtern und Mandaten. Vorrangestellt wurde hier eine Präambel, in der sich die SPD als eine Volkspartei deklarierte, die für eine ökologisch und sozial orientierte Demokratie eintritt. Bei der Diskussion zum Statut kamen abermals Begriffsfragen zu Parteienrede und dem Begriff Demokratischer Sozialismus auf. Beide Streitpunkte wurden jedoch nicht in das Statut aufgenommen. Eingang fand dagegen u.a. eine 30-Prozent-Quote für Frauen in Parteigremien.

Mit diesem Parteitag legitimierte die SPD ihre Parteiführung und schrieb ihre organisatorische Ausrichtung fest. Auch wurde der Hauptgegner der anstehenden Wahlen klar umrissen: die Nachfolgepartei der SED, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Weiterhin wurde die enge Verbindung zur West-SPD betont und durch die Wahl Willy Brandts zum Ehrenvorsitzenden symbolisiert. Mit den angeführten Beschlüssen und der Wahl des Parteivorstandes kann man sagen, dass die Entwicklungsphase der SPD in der DDR ihren Abschluss fand. Es ist ein deutlicher Wandel der Anfangsvorstellungen, welche die Gründer von Schwante hatten und den Vorstellungen in Leipzig erkennbar. Im weiteren historischen Verlauf schlug das ernüchternde Ergebnis bei der Volkskammerwahl zu Buche. Hier

errangen die Sozialdemokraten, entgegen ihren Hoffnungen, nur knappe 22 Prozent der Wählerstimmen. Auch die folgenden Kommunal- und Landtagswahlen im Mai bzw. Oktober 1990 zeigten keine Stärkung der Partei. Dennoch entschied sich die SPD für eine Regierungsbeteiligung nach der Volkskammerwahl, um so ihren Gestaltungseinfluss auf die deutsche Einheit zu erhalten. Mit der Vereinigung der beiden Parteien der BRD und der DDR am 26./27. September 1990 hörte die ostdeutsche Sozialdemokratie auf, als eigenständige Partei zu existieren. Es lässt sich festhalten, dass die SDP/SPD eine große Anteilnahme bei der Wiedergeburt von freiheitlichen Werten und dem Aufbau der Demokratie im Osten Deutschlands gebührt.

3. Die Gründung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle am Beispiel einzelner Ortsvereine

3.1 Dessau – Sozialdemokratie in der Stadt des Bauhauses

Im Ersten Fallbeispiel erfolgt die Schilderung des anhaltischen Dessaus. Zu erläutern ist, wie in der Stadt des Bauhauses die Sozialdemokratie in Folge der friedlichen Revolution 1989 wiederbelebt wurde. Dessau, eine mittelgroße Stadt im Süden des heutigen Sachsen-Anhalts, konnte vor der Zwangsvereinigung zur SED immerhin ca. 1.600 SPD-Mitglieder aufweisen. In Dessau, wie auch in anderen folgenden Beispielen, gab es schon vor dem Zweiten Weltkrieg bekannte Persönlichkeiten. Eine bekannte Größe stellt hierbei Friedrich Polling (1818-1886) dar. Dieser gilt als erster Arbeiterführer in Dessau und gründete 1848 den ersten Arbeiterverein in Dessau. Ein weiterer Sozialdemokrat, der die Geschicke in Dessau entschieden lenkte, war der aus Berlin stammende Heinrich Peus. Von 1892 bis 1933 vertrat er die SPD maßgeblich in Dessau und Anhalt. Eine dritte zu nennende Dessauer Persönlichkeit ist Gerhart Seger. Dieser war Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Anhalt I (Stadt Dessau und Region) und galt ab 1928 als prominentester Politiker in Anhalt. Er konnte aber nicht mehr gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten stimmen, da er bereits vorher inhaftiert wurde. Nach seiner Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg, verfasste er die bedeutende Broschüre „Oranienburg“. Diese Veröffentlichung stellte den ersten Bericht eines aus einem Konzentrationslager Geflüchteten dar. Für die SPD zu erwähnen ist natürlich auch Heinrich Deist (1874-1963). Der in Dessau geborene Politiker war von 1919 bis 1932 Ministerpräsident Anhalts und war maßgeblich am Ausbau und der Ansiedlung neuer Industrien in der Region beteiligt. Hier zu nennen sind u.a. die Junkerswerke. An diesen Schilderungen ist zu erkennen, dass in Dessau zwar nie eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden war, aber dennoch bedeutende Vertreter sowohl auf Provinz- als auch auf Reichsebene existierten.

3.1.1 Die Gründung der SDP in Dessau

Zu den Gründern der SDP in Dessau gehören u.a. Horst Leischner, Roger Voigtländer, Joachim Volger, Silke Umlauf (heute Wallstein) und Albrecht Anspach. Es gelang, Horst Leischner (geboren 1958, Theologe) und Joachim Volger (geb. 1947, Dipl.-Ing. für Elektrolokbau) für ein Interview zu gewinnen. Weiterhin wurde der nur kurze Zeit nach der vollzogenen Gründung eingetretene Hans-Georg Otto, der spätere Dessauer Oberbürgermeister, interviewt.

Der Pfarrer Horst Leischner hegte großes Interesse für Politik und verfolgte mit reger Anteilnahme die Nachrichtensendungen aus der Bundesrepublik. Darüber hinaus entsprachen die Absichten der im Oktober entstandenen SDP seinen Überzeugungen. Auch hatte er aus dem Elternhaus bereits erste Berührungen mit der Sozialdemokratie erfahren. Für ihn tat sich, verbunden mit der sich entwickelnden friedlichen Revolution in der DDR, eine Chance auf, sich politisch einzubringen und mitzuwirken. Diese Chance wollte er trotz möglicher Repressalien seitens des Staates nutzen.

Joachim Volger genoss im Elternhaus eine humanistische Erziehung, dies war für ihn gleichbedeutend mit einer sozialdemokratischen Denkweise. Aus dieser Sichtweise beurteilte er stets politische Ereignisse innerhalb der DDR. Für ihn war es nach der Gründung der SDP in Schwante folgerichtig, nach Gleichgesinnten in Dessau zu suchen, um auch hier einen Stadtverband zu gründen. Sehr schnell begriff er, dass das Neue Forum zwar in Opposition zum System der DDR stand, aber keine wirkliche Option für eine Gegnerschaft zur SED bildete. Daher war für ihn die Gründung einer Partei zwingend notwendig. Zudem gab es weitere Gründe eine sozialdemokratische Partei ins Leben zu rufen. Beispielsweise musste dem alten System ein neues, funktionierendes Gesellschaftssystem entgegengesetzt werden. Auch sah er einen funktionierenden Staat nur möglich, wenn in ihm ein freiheitliches Wirtschaftssystem entstand. Dies bedeutete die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft wie sie in der BRD vorherrschte.

Hans-Georg Otto hatte den Glauben an eine deutsche Wiedervereinigung nie aufgegeben und wollte somit in der Phase des Herbst 1989 eine solche aktiv herbeiführen. Da er aus einer Familie stammt, deren Vorfahren SPD-Mitglieder waren und er darüber hinaus ein Verehrer Helmut Schmidts und seiner Politik war, suchte er den Kontakt zu der sich im Aufbau befindlichen SDP in seiner Stadt. Seiner Meinung nach bedurfte es neuer politischer Kräfte, um einen politischen Wandel in der DDR zu gestalten und darüber hinaus die Wiedervereinigung voranzubringen.

Die Gründungsinitiative einer SDP in Dessau ist verbunden mit der Person Horst Leischners. Der evangelische Vikar Leischner traf im Rahmen seines Studiums in Berliner Paulinum im August auf den Mitbegründer der SDP, Konrad Elmer. Von ihm angesprochen erklärte er sich bereit, als Kontaktperson in Dessau zu fungieren. In dieser Hinsicht verteilte er in Dessau bereits im September den Gründungsaufwurf der Partei und deren späteres Statut. Der kirchliche Raum, in welchem u.a. für die Partei geworben wurde, stellte die Georgenkirche in Dessau dar. Hier und in der Johanniskirche fanden ab dem 13. Oktober 1989 die Gebete für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie statt. Interessenten für die Gründung in Dessau konnten fortan in Leischners Privatwohnung kommen und Informationen erhalten. Am Abend des 20. Oktober stellte Leischner in der Johanniskirche erstmals die auf DDR-Ebene neugegründete SDP vor.

Am 25. Oktober 1989 fanden im Gemeinderaum der evangelischen Kirche St. Peter in Törten (Ortsteil von Dessau) weitere Gespräche mit SDP-Interessenten statt. Inzwischen gab es auch erste Parteieintritte. Am 27. Oktober wurde in jener Kirche die SDP in Dessau gegründet. Hierzu versammelten sich ca. 12 Personen und wählten einen fünfköpfigen Sprecherrat. Dieser Rat bestand aus den oben genannten Personen: Horst Leischner, Silke Umlauf, Roger Voigtländer, Albrecht Anspach und Joachim Volger. Dabei wurde Horst Leischner zum Ersten Sprecher gewählt. Von da an fanden jeden Mittwoch regelmäßige Treffen der SDP im Törtener Gemeinderaum statt. Es begannen die ersten Tätigkeiten der SDP in Dessau. Man vervielfältigte und verteilte Flugblätter und nahm weiterhin an den Freitagsdemonstrationen teil. Diese entwickelten eine für Dessauer Verhältnisse

immer größere Anteilnahme. So kamen bei der Demonstration am 3. November ca. 70.000 Menschen auf dem Dessauer Rathausplatz zusammen. Hierbei erklärte die SDP Dessau den Anwesenden u.a. ihre Ziele und Ansichten. Indes beantragte der Sprecherrat der SDP beim Dessauer Magistrat die Zulassung der Partei, um somit eventuelle Repressalien zu vermindern. Auch nahm die Partei im November die thematische Arbeit auf und gründete daraufhin erste Arbeitsgruppen. Am 9. Dezember wurde die SDP Dessau vom Rat der Stadt endlich zugelassen. Somit war die Zeit der „Illegalität“ der SDP in der Stadt beendet. Die SDP leitete innerhalb der Stadt allmählich in den Wahlkampf über und begann mit der Gründung auf Ortsvereinsebene.

3.1.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

Das Einheitsjahr 1990 begann für die Dessauer SDP mit einer Versammlung des Stadtverbandes. Am 10. Januar des Jahres wurden in Dessau-Törten die bisherigen fünf Sprecher abgelöst. Diese Wahl wurde nötig, da Horst Leischner aus beruflichen Gründen sein Amt nicht mehr ausfüllen konnte. Zum neuen Vorsitzenden wurde Hans-Georg Otto und zu seinem Stellvertreter Joachim Volger gewählt. Weiterhin wurden ein Kassenwart sowie Schriftführer und Beisitzer ernannt. Im Februar bekam die SPD nach langer Wartezeit ein Büro zugeteilt. Dieses befand sich in der Bitterfelder Straße 32. Nun endlich konnten die Dessauer auch eine bürotechnische Struktur vorweisen, um somit den nahenden Wahlkampf besser zu bestreiten. Bis dahin beteiligte sich die SPD sowohl an der Mitarbeit des Runden Tisches als auch an der Organisation der Freitagsdemonstrationen in Dessau.

Der Wahlkampf für die Dessauer SPD begann indes mit einer öffentlichen Veranstaltung am 29. Januar 1990. Die im Kristallpalast abgehaltene Versammlung hatte Themen wie die Soziale Marktwirtschaft und das demokratische Wahlrecht zum Inhalt. Im Wahlkampf selbst sah sich die SPD Unterstellungen ausgesetzt, dass sie durch ehemalige SED-Mitglieder unterwandert werden würde. Zudem versuchte die SED-PDS sozialdemokratische Themen zu besetzen, um so Wähler anzuziehen. Für die am 18. März 1990 stattfindende Volkskammerwahl wurde Renate Schlichting auf dem Bezirksparteitag in Halle für Dessau nominiert. Das Volkskammerwahlergebnis war für die SPD Dessau sehr ernüchternd. Sie kam mit 20,4 Prozent der abgegebenen Stimmen lediglich auf den zweiten Platz, hinter der CDU mit fast doppelt so vielen Stimmen (40,1 Prozent). Zudem wurde Dessau nicht durch einen Abgeordneten in der Volkskammer vertreten. Unmittelbar danach begann der Wahlkampf für die im Mai stattfindende Kommunalwahl. Dabei kandidierte Franz Siegfried um das Amt des Bürgermeisters in Dessau. Auch bei dieser Wahl schnitt die SPD sehr schlecht ab. Sie konnte zwar ihr Ergebnis der Wahl im März bestätigen und errang wieder 20,4 Prozent der Stimmen, diesmal jedoch nur an dritter Stelle in der Wählergunst. Stärkste Partei wurde wieder die CDU (30 Prozent), erstaunlicherweise gefolgt von einer sehr starken FDP (20,6 Prozent). In die Dessauer Stadtverordnetenversammlung zogen für die SPD u.a. Hans-Georg Otto, Roger Voigtländer und Joachim Volger ein.

Die schlechten Wahlergebnisse waren auch ausschlaggebend dafür, dass die Mitgliederentwicklung des Stadtverbandes nicht weiter anstieg. Infolge dessen zogen sich einige Mitglieder wieder aus dem politischen Geschehen zurück. Derzeit hat der Stadtverband ca. 120 Mitglieder. Was die politische Kontinuität betrifft, kann man für Dessau festhalten, dass zwei Meinungsspektren innerhalb einzelner Ortsvereine existieren. Gemeint ist die politische Strömung beispielsweise in wirtschaftlichen Fragen. Diese Spaltung mündete schließlich 2001 in einen offenen Zwist anlässlich

der zweiten Oberbürgermeisterwahl nach der deutschen Wiedervereinigung. Hierbei stritt man sich, ob Hans-Georg Otto oder Holger Patz für das Amt kandidieren sollten. Der nun namentliche Stadtverband Dessau-Roßlau untergliedert sich nach seiner heutigen Struktur in folgende Ortsvereine: der OV Alten-Kochstedt-Mosigkau, OV Mitte-Nord, OV Dessau-Süd, OV Roßlau, OV Siedlung Ziebigk und OV Waldersee-Mildensee. Der Vorsitzende des Stadtverbandes ist derzeit Hans Tschamer.

Die Personen, welche maßgeblich an der Gründung der SDP in Dessau beteiligt waren, sind teilweise noch heute in der Partei aktiv. Einige sind auch aus der SPD ausgetreten. Horst Leischner schloss seine theologische Ausbildung im Predigerseminar ab und ist heute Jugendpfarrer in Köthen. Roger Voigtländer arbeitet heute in einer Paderborner Unternehmensberatung. Roger Voigtländer verzog ebenfalls und arbeitet heute in der Schweiz in einer Firma für Gießereitechnik. Joachim Volger wohnt noch heute in Dessau und arbeitete bei der Deutschen Bahn AG in der Lokomotiventwicklung. Silke Umlauf, heute Wallstein, ist Schauspieler in Dessau. Hans-Georg Otto wurde in der ersten Legislaturperiode des Dessauer Stadtrates Fraktionsvorsitzender der SPD. 1994 wurde er zum Oberbürgermeister der Stadt Dessau gewählt und behielt dieses Amt bis 2001 inne. Er trat in Folge der oben beschriebenen Streitigkeiten aus der SPD aus.

3.1.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Der kirchliche Einfluss hatte in Dessau eine zentrale Rolle. Die Kirchen in denen die Freitagsdemonstrationen stattfanden waren u.a. die Georgen- und Johanniskirche. Zudem wurde der Stadtverband Dessau in den kirchlichen Räumen der Gemeinde in Dessau-Törten gegründet. Die Dessauer Gründung wurde darüber hinaus vom Kreisoberpfarrer Alfred Radeloff unterstützt. Wie beschrieben, war der maßgebliche Initiator der SDP in Dessau der Vikar Horst Leischner. Dieser kannte durch seine theologische Ausbildung demokratische Methoden und konnte diese auch bei der Gründung anwenden. Die Kirche bildete auch in Dessau das Schutzdach, somit war es möglich gewesen, mit erheblich größerem Risiko zu agieren, als es ohne die Kirche möglich gewesen wäre. Der Einfluss der Kirche war so zum einen aus pragmatischer Sicht wichtig. Zum anderen war es der moralische und ethische Ansatz der Sozialdemokratie, der mit Ansichten der Kirche, eines aufrechten und über gesellschaftliche Zusammenhänge nachdenkenden Christen, übereinstimmte.

Wie auch in den folgenden Fallbeispielen stammte die größte westliche Hilfe aus der jeweiligen Partnerstadt in der Bundesrepublik. Das war im Falle Dessaus die Stadt Ludwigshafen. Vom dortigen SPD-Stadtverband aus gelangte eine umfangreiche materielle Hilfe und individuelle Unterstützung nach Dessau. Sowohl die erste Büroausstattung als auch ein Fahrzeug, Hilfe bei der Erarbeitung des Wahlkampfprogramms und personelle Hilfe beim eigentlichen Wahlkampf kamen aus der Partnerstadt. Zwischen den beiden Partnerstädten erfolgte ein reger Austausch. Es fuhren abwechseln SPD-Delegationen nach Dessau und umgedreht nach Ludwigshafen. Insgesamt nahm die SPD aus Ludwigshafen mit 14 Mitgliedern an sechs Wahleinsätzen in Dessau teil und unterstützte somit die in demokratischen Wahlkämpfen noch unerfahrenen Parteifreunde in Dessau. Der oben erwähnte Kreisoberpfarrer Radeloff stellte eine weitere „Westverbindung“ her. So kam der Kontakt zu dem gebürtigen Dessauer Franz Siegfried zustande. Dieser nun in Lüneburg lebende Rechtsanwalt unterstützte die Dessauer bei formellen Dingen, wie z.B. der Erstellung der Satzung oder er organisierte kommunalpolitische Lehrgänge

usw. Weitere personelle Unterstützung im Wahlkampf erreichte die SPD Dessau durch die spätere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Diese trat als Rednerin bei einer Wahlkampfveranstaltung auf. Auch Willy Brandt war im Rahmen des Wahlkampfes in Dessau zugegen.

Die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder war zu jeder Zeit sehr umstritten, auch in Dessau,. Die Aufnahmeproblematik war in Dessau von einem steten Wandel geprägt. Man wollte hier ursprünglich ganz pragmatisch vorgehen. Es sollte sich eine vorsichtige Öffnung vollziehen. Doch man sah sich seitens des politischen Gegners auch in Dessau Kampagnen ausgesetzt, die darauf abzielten, diese Problematik negativ aufzugreifen. Somit blieb die SPD in Dessau fast frei von ehemaligen SED-Mitgliedern. Eine Aufnahme erfolgte durch eine Einzelfallprüfung. Die Voraussetzung zur Aufnahme war, dass sie keine Beziehung zur Staatssicherheit hatten.

3.1.4 Zwischenfazit

Die Motivlage, in Dessau eine sozialdemokratische Partei zu gründen, war unterschiedlich. Zum einen wollte man dem herrschenden System eine Alternative gegenüber stellen, zum anderen sympathisierte man mit den Leitlinien der westdeutschen Sozialdemokratie. Die Gründung der SDP in Dessau war, neben dem folgenden Beispiel Halle, die früheste unter den zu analysierenden Fällen. Die Gründung vollzog sich hierbei unter kirchlichem Schutz in der Gemeinde in Dessau-Törten. Bemerkenswert an dem Dessauer Fallbeispiel ist, dass dieser Stadtverband beim Rat der Stadt eine offizielle Zulassung beantragte, welcher letztendlich auch stattgegeben wurde.

Die Wahlen in Dessau im Jahre 1990 verliefen aus Perspektive der SPD am schlechtesten unter allen Beispielen. Hier hatte die Partei ihr niedrigstes Wahlergebnis eingefahren. Somit kam auch kein Dessauer Bewerber in die Volkskammer. Betreffend der Mitgliederzahlen erreichte Dessau nicht mehr den Stand der früheren Zeiten. Nur etwa 120 Mitglieder zählt der heutige Stadtverband. Nachdem erwähnten Streit von 2001 spaltete sich der Verband in zwei Lager, wobei bis heute immer wieder einzelne Streitigkeiten an das Tageslicht kommen. Immerhin konnte die SPD mit Hans-Georg Otto von 1994 bis 2001 den Dessauer Oberbürgermeister stellen.

Der kirchliche Einfluss bestand in Dessau in der Person Horst Leischners, in dessen Gemeinderaum auch die Gründungsveranstaltung stattfand. Unterstützung in materieller und personeller Form resultierte durch die Verbindung mit der Partnerstadt Ludwigshafen. Auch traten prominente Politiker wie Herta Däubler-Gmelin und Willy Brandt bei Wahlveranstaltungen auf. Dessau blieb größtenteils frei von Eintritten ehemaliger SED-Mitglieder. Die Aufnahme erfolgte durch Einzelfallprüfung, wichtig war, dass die betreffende Person vorher nicht für die Staatssicherheit gearbeitet hatte.

3.2 Halle – Die sozialdemokratische Diaspora

Im Gegensatz zum Fallbeispiel Magdeburg lässt sich für Halle keine großartige Traditionslinie vor 1933 nachweisen. Zumindest auf administrativer Ebene, wie beispielsweise dem Amt des Oberbürgermeisters, füllte kein SPD-Anhänger dieses Amt aus. Insofern kann man in Halle eher von einer sozialdemokratischen Diaspora reden. Zwar zählte die SPD im Jahre 1945 wieder einen 7.000 Mitglieder umfassenden Stadtverband und hatte schon in den Jahren vor 1933 mit dem

Volkspark einen traditionsstiftenden Versammlungsort. Auch bekam die Partei, nach dem Ende des Sozialistengesetzes, beim Parteitag 1890 in Halle ihren endgültigen Namen SPD. Doch konnte sich hier nie ein starker und einflussstiftender Stadtverband wie in Magdeburg herausbilden. Eine bedeutende Hallensische Persönlichkeit in Diensten der SPD sticht dennoch aus der Vergangenheit heraus. Die Rede ist von Franz Peters. Peters, der u.a. für die SPD im Reichstag zu Zeiten der Weimarer Republik agierte, war der unumstrittene Führer der halleschen SPD. Er war auch einer von jenen, die 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten im Reichstag stimmte. In soweit stellte Halle zwar einen Ort dar, an dem die Sozialdemokratie wirkungsvoll Präsenz zeigte, jedoch nicht eine „Bollwerkfunktion“ darstellte, wie es sie in Magdeburg gab. Daher ist zu fragen, unter welchen Gesichtspunkten eine erneute sozialdemokratische Präsenz in den Jahren 1989/90 wiederentstand.

3.2.1 Die Gründung der SDP in Halle

Für das Fallbeispiel Halle standen dem Autor drei Interviewpartner zur Verfügung. Von diesen gehörte nur Christel Riemann-Hanewinkel (geb. 1947, Theologin) zu den ursprünglichen Gründungsmitgliedern. Andere Gründungsmitglieder konnten leider nicht für ein Interview gewonnen werden. Zu den nur kurze Zeit später eingetretenen Mitgliedern der SDP in Halle, aber dafür nicht weniger aussagekräftig Interviewpartnern, gehören: Rüdiger Fikentscher (geb. 1941, HNO-Arzt) und Thomas Felke (geb. 1963, Bauingenieur). Weiterhin gehörten zu der Gründergruppe der SDP in Halle die folgenden zehn Personen: Martin Kölz, Wolfgang Zeffass, Michael Seils, Siegfried Begenau, Bernd Voigtländer, Arne Schemmerling, Klaus-Michael Körner, Helmut Becker, Ulli Hamers und Jens Bittersohl.

Christel Riemann-Hanewinkel war im Jahre 1989 stellvertretende Superintendentin für den Kirchenkreis. In dieser Funktion war sie Ansprechpartnerin für verschiedene in und um Halle agierende Gruppierungen, die unter dem Dach der Kirche arbeiteten. Hier zu nennen sind beispielsweise die „Baugruppe für die Georgenkirche“ oder die Gruppe „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“. In der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen wurden ihr eine Ablehnung und Auflehnung gegen das bestehende System der DDR immer bewusster. Dies hatte Konsequenzen. So kam es immer wieder zu Problemen zwischen dem evangelischen Kirchenkreis und den Abteilungen für Inneres der Stadt und des Bezirkes Halle. Sie kam auch mehr und mehr zu der Überzeugung, dass der Alleinvertretungsanspruch der SED in Frage gestellt werden müsse. Dies könne einzig und allein durch eine neugegründete demokratische Partei erfolgen.

Rüdiger Fikentscher vollzog die Gründung der SDP in Halle nicht mit. Er trat erst eine Woche nach der Gründung ein. Bereits vorher war er Mitglied des Neuen Forums und erfuhr auf einer Mahnwache in Halle davon, dass sich eine sozialdemokratische Parteigründung vollzog. Er war fest entschlossen, sich politisch zu betätigen. Dabei war die westdeutsche SPD die Partei, der er seit Jahrzehnten die größte Sympathie entgegenbrachte. Für ihn gab es u.a. auch traditionelle Gründe für eine Präferenz zur Sozialdemokratie. Beispielsweise beschaffte er sich schon in den 1960er Jahren das „Godesberger-Programm“ der SPD, auch verfolgte er die Politik in der BRD mit großem Interesse.

Thomas Felke entstammt einem politisch interessierten Elternhaus. Dort wurden zahlreiche Diskussionen über die politische Lage innerhalb der DDR geführt. Unter anderem durch seine Verwandtschaft in der BRD entwickelte er eine Präferenz zur Sozialdemokratie. Die SPD kam hierbei seinen Vorstellungen von Freiheit und

sozialer Gerechtigkeit am nächsten. Schon vor 1989 hatte er Kontakt zu oppositionellen Gruppen. So lernte er bei einer Veranstaltung in Bernburg beispielsweise die Oppositionellen Freya Klier und Stefan Krawczyk kennen. Seine grundlegende Überzeugung war, sich selbst zu engagieren und einzubringen. Eine Möglichkeit, dies auch umzusetzen, war der Eintritt in die SDP. Für ihn waren die Blockparteien absolut keine Option.

Gegenüber anderen Städten der DDR zeigte sich in Halle, dass die Gewaltbereitschaft seitens der SED gegenüber Demonstranten größer war. So kam es hier, anders als beispielsweise in Leipzig, am 7. Oktober 1989 auf dem hallenser Marktplatz zu zahlreichen Verhaftungen. Als Reaktion darauf wurde eine Mahnwache in der St.-Georgen-Kirche für die Inhaftierten Hallenser organisiert. Die besagte Kirche bildete sich in Halle als eines der oppositionellen Zentren heraus. Zum Teilnehmerkreis dieser Veranstaltungen gehörten auch zahlreiche Mitbegründer der SDP in Halle. Darüber hinaus existierten Kontakte zu Markus Meckel und Konrad Elmer, zwei der SDP-Mitbegründer von Schwante. Im Oktober kam es in Halle zu ersten Vorstellungsrunden einzelner Bürgerbewegungen. Die SDP präsentierte sich sowohl am 23. Oktober in der hallenser Marktkirche als auch drei Tage später in der Pauluskirche zu Halle. Bei beiden Veranstaltungen war Klaus-Michael Körner der Ansprechpartner für die Partei.

Als Gründungsort für die hallenser SDP-Stadtgruppe fungierte nicht wie in anderen Fällen eine Räumlichkeit der Kirche, sondern eine private Wohnung. Auf den Informationsveranstaltungen und durch mündliches Weitersagen wurde den Interessenten mitgeteilt, dass eine konstituierende Sitzung am 27. Oktober 1989 in der Großen Steinstraße 16 vollzogen werden sollte. Die besagte Wohnung gehörte Uli Hamers. Insgesamt versammelten sich 18 Personen, von denen die oben genannten elf Personen die Gründungsmitglieder stellten. Nach ersten Diskussionen zum Statut der Partei und organisatorischen Anliegen wurde Bernd Voigtländer zum ersten Sprecher und somit Vorsitzenden gewählt. Mit diesem Akt vollzog sich die Gründung der SDP in Halle. Danach begann die Aufbauphase - es mussten nach und nach die notwendigen Strukturen gebildet werden. Hierbei fehlten anfangs jegliche Notwendigkeiten wie Räumlichkeiten, Telefone oder auch Drucktechnik. Die Sitzungen des Stadtverbandes fanden dabei in der evangelischen Studentengemeinde in der Puschkinstraße 27 statt. Diese Sitzungen erfreuten sich so großer Beliebtheit, dass mitunter mehrere hundert Interessenten angezogen wurden. Die erste Sitzung dieser Art fand am 4. November statt. Sie gilt als offizielle Gründung der SDP in Halle. An diesem Tag traten auch Rüdiger Fikentscher und Thomas Felke der Partei bei.

3.2.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

Das Jahr 1990 begann für die SDP in Halle mit einer Wahlversammlung zur Wahl eines Stadt- und provisorischen Bezirksvorstandes. Am 3. Januar des Jahres wurde Volker Frenzel zum Vorsitzenden und Petra Hoffmann sowie Rüdiger Fikentscher zu seinen Stellvertretern gewählt. Als weitere verantwortliche Personen wurden Martin Kölz zum Geschäftsführer des SDP-Bezirksverbandes ernannt und Christina Begenau zur Schatzmeisterin gewählt. In diesem Jahr mussten wichtige Aufgaben gleichzeitig erfüllt werden. Zum einen musste die Partei aufgebaut, zum anderen mussten die Wahlen vorbereitet und deren Wahlkampf gestaltet werden. Zudem musste die Partei auch ihre Beteiligung an den Runden Tischen sicherstellen.

In Vorbereitung auf die Volkskammerwahl fand unter dem Motto: „Wir sind wieder da!“, mit prominenter Beteiligung von beispielsweise Gerhard Schröder, vom 2. bis 4.

Februar der Bezirksparteitag in Halle statt. Erst hier erfolgte die Gründung des SPD-Bezirksverbandes Halle, nachdem bereits im Januar provisorische Ämter für diesen Verband vergeben wurden. Neben der Verabschiedung eines Bezirksstatuts und einer Geschäftsordnung wurde Rüdiger Fikenscher zum neuen Vorsitzenden des Bezirksverbandes gewählt. Das Beispiel Halle zeigt, dass im Gegensatz zum folgenden Fall Magdeburg, der Bezirksverband erst drei Monate nach Gründung des Stadtverbandes gegründet wurde. In Magdeburg wurden sowohl Stadtverband als auch Bezirksverband an einem Tag gegründet. Es kann vermutet werden, dass es im Bezirk Magdeburg einfacher war, eine Strukturgliederung vorzunehmen, als es im Bezirk Halle der Fall war. Im Zuge dessen bekam die SPD Ende Februar auch ein Büro zugeteilt. Dieses befand sich im Reformhaus in Halle in der Großen Klausstraße 11. Hier konnte die SPD erstmals auf eine komplette Büroausstattung zurückgreifen, die z.T. aus Spenden westdeutscher Ortsvereine bestand.

Das schlechte Abschneiden der SPD bei den Volkskammerwahlen brachte auch eine Ernüchterung in Halle hervor. Nachdem sich im Vorfeld der Wahl viele Parteimitglieder eines Sieges gewiss waren, führte das Ergebnis erstmals zu realistischen Denkweisen. Im Bezirk Halle errang die SPD einen Stimmenanteil von 20,8 Prozent und lag damit weit hinter der CDU, die einen Stimmenanteil von 45,1 Prozent auf sich vereinigen konnte. Trotz diesen schlechten Wahlergebnisses zogen aus Halle Gerlinde Kuppe, Bernd Voigtländer und Rüdiger Fikenscher in die letzte DDR-Volkskammer ein. Die Kommunalwahl verlief in Halle ähnlich schlecht wie die Volkskammerwahl und führte zu keinem positiv überzeugenden Ergebnis. Man verbesserte sich zwar leicht auf 21,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, die CDU verschlechterte sich drastisch auf nur noch 30,3 Prozent, blieb aber (dennoch) die stärkste Partei in Halle.

In Bezug auf eine Kontinuität ist zu sagen, dass der anfangs vermutete Mitgliederzustrom nicht lange anhielt. Es fehlten letztendlich die Strukturen, um Mitglieder dauerhaft zu binden. Zwar stieg die Zahl der Mitglieder von Anfang 1990 bis zum Ende des Jahres von 150 auf ca. 500 Mitglieder. Die Zahl pegelte sich im weiteren Verlauf jedoch auf rund 400 Mitglieder ein und konnte, entgegen den Erwartungen, niemals den Stand aus der Zeit vor 1933 erreichen. Anzumerken ist, dass viele derer, die von Anfang an in Halle dabei sind, einen stabilen Kern bilden und heute noch politische Mandate ausführen. Somit kann man eine personengebundene Kontinuität feststellen. Der Stadtverband Halle untergliedert sich nach seiner heutigen Struktur in folgende Ortsvereine: der OV Halle Mitte, OV Halle Neustadt, OV Halle Nordwest, OV Halle Nordost, OV Halle Ost und OV Halle Süd. Die Vorsitzende des SV Halle ist derzeit Katja Pähle. Seit 2000 zeichnet sich für die hallenser SPD eine Kontinuität im Amt des Oberbürgermeisters ab. Von 2000 bis 2007 war Ingrid Häußler (geb. 1944) Oberbürgermeisterin der Stadt. Von 2007 bis heute bekleidet Dagmar Szabados (geb. 1947) dieses Amt.

Die vom Autor interviewten Personen sind heute noch im Stadtverband Halle aktiv und halten oder hielten darüber hinaus z.T. Mandate in Parlamenten. Christel Riemann-Hanewinckel war von 1990 bis 2009 Bundestagsabgeordnete. Von 2002 bis 2005 auch parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Rüdiger Fikenscher wurde 1990 in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. Von 1990 bis 2002 war er Landesvorsitzender der SPD in Sachsen-Anhalt. Heute ist Fikenscher stellvertretender Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt. Thomas Felke zog ebenfalls 1990 in den Landtag ein. Bis heute ist er Mitglied der SPD-Fraktion und ist Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr. Bernd Voigtländer war viele Jahre stellvertretender

SPD-Stadtvorsitzender in Halle. Klaus-Michael Körner wurde nach 1990 Landrat in Neustrelitz und ist seit 1998 Mitglied des Landtages in Mecklenburg-Vorpommern.

3.2.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Die Kirche spielte in Halle eine außerordentlich große Rolle. Wie erwähnt, war Christel Riemann-Hanewinckel Pastorin; auch andere Gründungsmitglieder waren in der Kirche aktiv. Zudem waren die Kirchen auch in Halle das oppositionelle Zentrum des Herbst 1989. Vor allem die evangelische Kirche stach hier aus der Opposition hervor. Die Kirche bot politische Freiräume, wie es sie woanders in der DDR nicht gab. Institutionellen Einfluss kann man seitens der Kirche auch in Halle nicht finden. Viel mehr stellte sie personelle Ressourcen zur Verfügung. Viele Informationen wurden durch Bekanntschaften von einzelnen Pastoren untereinander ausgetauscht, wodurch der SDP-Gründungsprozess in Halle beschleunigt wurde. Schon bald konnte von einer politischen Dominanz seitens Kirchenvertretern in Halle aber keine Rede mehr sein. Bei den Parteitagen wurde darauf geachtet, dass kein Pfarrer an der Spitze eines Gremiums stand. Weiterhin waren die Themen des Konziliaren Prozesses der evangelischen Kirchen deckungsgleich mit vielen Zielen der SPD der Bundesrepublik. Somit ist es nicht verwunderlich, dass viele Christen sich der SPD nahe fühlten. Durch die synodale Praxis der evangelischen Kirche waren viele Gemeindemitglieder auch mit den Prinzipien einer Demokratie vertraut.

Die Kontakte zur Bundesrepublik und damit auch zu Ortsvereinen der SPD waren zur Gründung nicht vorhanden. Auch danach entwickelten sich diese Kontakte eher sporadisch und wurden nicht strategisch geplant. Dies stellte einen Fehler seitens der SPD-West dar. Sie hätte die organisatorische Schwäche der SDP besser einschätzen müssen. Es existierten aber schon bald Kontakte nach Karlsruhe. Diese Stadt ist die Partnerstadt von Halle. Darüber hinaus bekam die SDP in Halle Unterstützung durch Kontakte nach München. Das Problematische an diesen Beziehungen war aber beispielsweise, dass praktische Hilfestellungen in Halle nicht so funktionieren konnten, wie in den jeweiligen Ortsvereinen in der BRD. Daher musste sondiert werden, inwieweit diese Hilfe angewendet werden konnte. Prominente Unterstützung aus Westdeutschland erhielten die Hallenser auch durch Besuche westdeutscher Politiker. Wie erwähnt, war Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen und Klaus von Dohnanyi, damaliger Oberbürgermeister Hamburgs, auf dem SPD-Bezirksparteitag zu Gast. Es entstanden weiterhin persönliche Kontakte nach Göttingen. Alle angesprochenen Hilfen erstreckten sich in erster Linie auf Ratschläge und Unterstützung mit technischem Gerät. Nach der Kommunalwahl im Mai 1990 gewährte der SPD-Stadtverband in Karlsruhe auch ein Training für die gewählten Beigeordneten und für die Fraktion der SPD in Halle. Schwieriger gestalteten sich aber die Beziehungen zwischen den SPD-Partnerbezirken Hannover und Halle. Hier wurden anfangs viele materielle Versprechungen gemacht, aber wenige gehalten. Im Gegensatz dazu gelangte durch eine Spendenaktion der Sozialdemokraten aus dem österreichischen Linz technisches Gerät nach Halle.

Der Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern wechselte in Halle mehrfach. Aus Selbstschutz, auch in Bezug auf Kampagnen des politischen Gegners, agierte man aber zunehmend vorsichtig. Allgemein sollte der betreffende Ortsverein in der DDR selbst über eine Aufnahme entscheiden. Die Zahl der ehemaligen SED-Mitgliedern, die der SPD beitreten wollten, hielt sich aber in engen Grenzen. Es bestand auch weiterhin die Gefahr, dass die SPD als neu gegründete Partei durch die

kadererfahrenen Altgenossen „überrannt“ worden wäre. Vielmehr gab es im Ortsvereinsvorstand nach vorheriger Befragung des Eintrittswilligen Einzelfallentscheidungen. Hier musste erklärt werden welche Funktion und Tätigkeit der betreffende innerhalb der SED ausfüllte. Erst danach wurde über eine Aufnahme entschieden.

3.2.4 Zwischenfazit

Die Gründung der SDP in Halle hatte verschiedene Motive. Zum einen wollte man eine Alternative zur herrschenden SED erreichen, zum anderen traten kirchliche Motive hinzu. Als Gründungsort fungierte hier nicht ein kirchlicher Raum, sondern eine private Wohnung. Das Gründungsdatum stellt hierbei eines der frühesten dar. Am 27. Oktober 1989 war es noch ein sehr großes Wagnis, eine Partei zu gründen. Bezeichnend für dieses Fallbeispiel ist auch, dass der Bezirksverband erst mehr als drei Monate später gegründet wurde. Viele Gründer und kurze Zeit später Beigetretene sind noch heute sowohl in der Stadtpolitik als auch in der Landespolitik aktiv. Dies sind u.a. Gerlinde Kuppe, Rüdiger Fikentscher, Thomas Felke oder auch Christel Riemann-Hanewinkel.

Die Wahlen im Jahre 1990 brachten für Halle eines der schlechtesten Ergebnisse landesweit ein. Zwar zogen die erwähnten Hallenser Kuppe, Fikentscher und Voigtländer in die DDR-Volkskammer ein, aber von einem Wahlerfolg der SPD in Halle kann man dennoch nicht sprechen. Halle konnte, was die Mitgliederzahlen betrifft, nicht an die Jahre vor der Zwangsvereinigung zur SED herankommen. Die Mitgliederzahlen sind zwar stabil, erreichten jedoch nie einen vierstelligen Bereich. Ein stabiler personeller Teil vorhanden ist dennoch vorhanden. Zudem begründete die SPD in der Stadt seit dem Jahr 2000 eine neuere Traditionslinie. Seit dieser Zeit füllt sie mit den Personen Ingrid Häußlers und Dagmar Szabados' das Amt des Oberbürgermeisters aus.

Die oppositionellen Zentren Halles stellten z.B. die erwähnte Marktkirche und St.-Georgen-Kirche dar. Von hier ausgehend wurde die Gründungsinitiative der SDP bekannt. Viele Gründer entstammten dem kirchlichen Umfeld und engagierten sich in diesem aktiv. Westliche Hilfe erreichte Halle beispielsweise aus der Partnerstadt Karlsruhe. Persönliche Kontakte bestanden auch nach Göttingen. Diese und weitere erwähnte Beispiele unterstützten die hallenser SPD vor allem in materieller Hinsicht. Ablehnende Haltung gegenüber interessierten Ehemaligen aus der SED formte sich in Halle vor allem aus Gründen des Selbstschutzes. Diesbezüglich hielt sich ein Zustrom in engen Grenzen. Der Ortsverein sollte hier über eine Aufnahme entscheiden.

3.3 Magdeburg – Einstige Hochburg der Sozialdemokratie

Das Fallbeispiel Magdeburg stellt aus traditionsgebundener Sicht ein Vorzeigebispiel für die Sozialdemokratie dar. Magdeburg hat von je her eine Traditionslinie, die bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurückreicht. Hier hielt die SPD 1910 und 1929 ihren Reichsparteitag ab. Zudem wurde hier im Jahre 1924 das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet, welches als Schutzorganisation zur Abwehr von Republikfeinden eintrat. Prominente Sozialdemokraten wurden entweder in Magdeburg geboren, wie beispielsweise Erich Ollenhauer (SPD-Bundesvorsitzender 1952-1964), oder prägten die Entwicklung der Stadt. Von 1919 bis 1933 hatte Magdeburg sozialdemokratische Oberbürgermeister. Hermann Beims (Oberbürgermeister 1919-1931), veranlasste den Bau zahlreicher Sozialwohnungen,

wie die heute noch nach ihm benannte Beimssiedlung in Magdeburg-Stadtfeld. Eine weitere Bürgermeisterpersönlichkeit ist Ernst Reuter (OB 1931-1933). Auch er leitete als Sozialdemokrat die Geschicke der Stadt und erlangte später eine noch größere Bekanntheit als Regierender Bürgermeister in West-Berlin. Auch die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten ernannten Oberbürgermeister Otto Baer (OB 1945-1946) und Rudolf Eberhard (OB 1946-1950) waren Sozialdemokraten.

Aus historischer Sicht stellte Magdeburg die „Herzkammer“ der Sozialdemokratie der 1920er und beginnenden 1930er Jahre dar. Hier hatte die Partei zu Zeiten der Weimarer Republik im Wahlbezirk Magdeburg-Anhalt ihren - in Relation gesehen - stärksten Wähleranteil im gesamten Reichsgebiet. Dabei war die SPD-Bezirksorganisation Magdeburg eine der bestorganisiertesten und erfolgreichsten. Sie besaß 400 Ortsvereine, 51.000 Mitgliedern, sieben Tageszeitungen und vier Druckereien. Infolge des Verbotes durch die Nationalsozialisten 1933 und die Zwangsvereinigung mit der KPD 1946 verschwand jedoch auch hier bis 1989 jeglicher sozialdemokratischer Einfluss. Daher ist es interessant zu erfragen, in wie weit sich eine Traditionslinie bis in unsere Tage erhalten hat.

3.3.1 Die Gründung der SDP in Magdeburg

Die Gründungsinitiative zur SDP in Magdeburg ging u.a. von den vom Autor interviewten Wilhelm Polte (geb. 1938, studierter Maschinenbauer), Matthias Ulrich (geb. 1962, studierter Schauspieler) und Hans-Dieter Bromberg (geb. 1948, Dipl. Ing.) aus. Weiterhin waren an der Vorbereitung auch Susanne Seils, Holger Saffier und Berthold Salow beteiligt. Zusätzlich wurden vom Autor die an der Gründungsveranstaltung des SDP-Stadtverbandes Magdeburgs beteiligten Rainer Löhr (geb. 1940, Lehrer für Kunst, Geographie und Sozialkunde) und seine Frau Christel Löhr (geb. 1941, Horterzieherin mit Lehrerausbildung) interviewt.

Wilhelm Polte, auch genannt Willi Polte, wuchs in einem politisch geprägten Elternhaus auf. Hier kam er das erste Mal mit der Sozialdemokratie in Berührung. Oft fiel der Name Kurt Schumacher, dem späteren Parteichef der SPD. Nach dem Zweiten Weltkrieg und den negativen Erfahrungen erhoffte sich Polte einen demokratischen Aufbruch. Dieser jedoch trat in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR nicht ein. Der Diktatur der Nationalsozialisten folgte die Diktatur der Kommunisten. Diese Erfahrungen, verbunden mit dem Wunsch einer Deutschen Einheit prägten die Sichtweise Poltes und auch seine politische Präferenz. Seiner Meinung nach versuchte die SPD in den 1950er Jahren am konsequentesten, die Spaltung Deutschlands aufzuhalten. Auch inspirierte ihn die von Willy Brandt angestoßene Ostpolitik. Bereits im Jahre 1960 wurde Polte Mitglied der SPD. Er nutzte einen Aufenthalt in Berlin, um im Ostbüro der SPD eine ruhende Mitgliedschaft in der Partei zu erwirken.

Matthias Ulrich verband mit den Ereignissen des Frühjahrs 1989 in der DDR eine Art inneres Aufbruchsignal. Der am Magdeburger Theater arbeitende Ulrich empfand den Umstand absurd, dass er und andere am Theater überlegen sollten, wie der 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober des Jahres angemessen künstlerisch begleitet werden sollte. Die Konsequenz daraus waren Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten und Kollegen. Da in seiner katholischen Heimatgemeinde St. Sebastian keine derartige Aktivitäten stattfanden, nahm er an den Friedensgebeten im Magdeburger Dom teil. Hier entstand ein erster Kontakt zum Neuen Forum. Jedoch sah er in einer Bürgerbewegung nicht seine politische Zukunft. Die Bewegungen stellten ein Sammelbecken aller Interessen dar. Man hatte hier zwar eine Vorstellung

was man ablehnte, aber konkrete Standpunkte, was man befürworte, traten nicht zu Tage. Sein politisches Interesse steigerte sich, als er von einer Kontaktadresse zur SDP im Dom erfuhr. Im Hinblick darauf war er überzeugt, dass nur eine sozialdemokratische Partei in der Lage war die Stärke aufzubringen, um es mit der mächtigen SED und den verbündeten Blockparteien aufzunehmen.

Hans-Dieter Bromberg war seit 1987 in der Umweltbewegung der evangelischen Kirche aktiv. Er empfand die schlechte wirtschaftliche und politische Situation 1989 insofern erdrückend, dass für ihn nur eine grundlegende politische Änderung oder die Ausreise aus der DDR in Frage kam. Für einen Wandel kamen für ihn sowohl sozialdemokratische als auch umweltpolitische Strömungen in Betracht. Mit beiden westdeutschen Parteien, der SPD und den Grünen stimmten seine Vorstellungen überein. Dennoch hatte für ihn anfangs die Gründung einer Grünen Partei im Bezirk Vorrang. Eine Initiativgruppe blieb in dieser Hinsicht jedoch ohne greifbare Ergebnisse. Folglich kam für Bromberg nur eine Unterstützung der SDP in Frage, deren Mitglied er bereits im Oktober 1989 wurde.

Rainer und Christel Löhr hingegen beschreiben, dass sie, wie viele DDR-Bürger, in zwei Welten lebten. In der Öffentlichkeit waren sie Lehrerpersönlichkeiten, im privaten Leben herrschte ein vorrangiges Interesse für die BRD und deren politisches System. In diesem, auch „Nischengesellschaft“ genannten System, hegten beide ein besonderes Interesse an der Sozialdemokratie der Bundesrepublik. Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner waren für sie die bestimmenden Persönlichkeiten der von ihnen favorisierten Partei. So war es für sie selbstverständlich, sich an der Gründung einer sozialdemokratischen Partei zu beteiligen.

Die Aktivitäten zur Gründung der SDP nahmen ihren Anfangspunkt in und um den Magdeburger Dom. Im Rahmen der dortigen Montagsdemonstrationen erfolgte am 9. Oktober 1989 ein Besuch der Veranstaltung durch Konrad Elmer. Elmer, der zur Gründungsgruppe von Schwante angehörte, lud Interessenten zur Kontaktaufnahme für den folgenden Tag nach Niederndodeleben ein. An diesem Ort, in der Nähe von Magdeburg, befand sich die „Ökumenische Begegnungs- und Bildungsstätte“, welche vom Pfarrer Markus Meckel geleitet wurde, ebenfalls Mitbegründer der SDP in Schwante. Am besagten 10. Oktober trafen sich Interessierte in Niederndodeleben. Man war sich untereinander unbekannt und auch unsicher, ob Mitarbeiter der Staatssicherheit vor Ort waren. Ergebnis dieser Zusammenkunft war, dass beschlossen wurde sowohl einen SDP-Bezirksverband Magdeburg als auch einen Stadtverband für Magdeburg zu gründen.

Zwei Aufgaben waren mit der Gründungsinitiative verbunden. Zum einen musste eine Werbung um Mitstreiter für die Gründung begonnen und damit Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Zum anderen musste der revolutionäre Veränderungsdruck gegenüber dem Staat, beispielsweise in Form von Demonstrationen, aufrechterhalten werden. Praktisch bedeutete dies z.B. eine Mitarbeit der „Beratergruppe Dom“. Diese koordinierte die Vorbereitungen zu den Montagsdemonstrationen. Weiterhin mussten für Großveranstaltungen beispielsweise Plakate und Transparente gefertigt sowie Reden geschrieben werden. Auch erfolgte eine Teilnahme an den sich bildenden Runden Tischen. Dabei saßen zwei Mitglieder der Gründungsgruppe am Runden Tisch des Bezirkes Magdeburg, Willi Polte hingegen an jenem für die Stadt Magdeburg. Es wurden zudem Mitarbeiter entsandt, die in dem Bürgerkomitee mitarbeiteten, welches sich um die Entmachtung der Dienststellen der Staatssicherheit bemühte.

Neben den erwähnten Aktivitäten rückte die Gründung der SDP in Magdeburg im November 1989 in greifbare Nähe. Am 9. November trafen sich im Keller des Hauses

von Willi Polte die Interessenten, um die Gründungsversammlung zu planen. Grundsätzliche Fragen wurden geklärt und es wurde beschlossen, dass die Veranstaltung am 18. November stattfinden sollte. An diesem Tag fand die Gründung des SDP-Regionalverbandes (woanders Bezirksverband genannt) sowie des SDP-Stadtverbandes Magdeburgs statt. Dabei wurde der Gründungstermin immer wieder verschoben, da Markus Meckel den programmatischen Vortrag halten sollte. Da dieser aber aufgrund seiner Tätigkeit bei der SDP auf DDR-Ebene oft zwischen Magdeburg und Berlin pendelte, kam erst dieser späte Termin zum Tragen. Als Gründungsort wurde der Gemeindesaal der evangelischen Altstadtgemeinde gewählt. Über 100 Personen hatten sich hier eingefunden und nahmen an der Veranstaltung teil. Zum Vorsitzenden sowohl des Regional- als auch Stadtverbandes wurde Willi Polte gewählt. Schatzmeisterin des Regionalverbandes wurde Susanne Seils, die auch maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der Wahlordnung hatte. Holger Saffier wurde Geschäftsführer des Verbandes. Mit der Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtverband wurde Matthias Ulrich betraut. Weiterhin wurde beschlossen, dass die SDP nun flächendeckend innerhalb der Stadt Magdeburg arbeiten muss. Hierzu wurden Verantwortliche für die einzelnen Stadtgebiete benannt.

3.3.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

Sowohl der Stadt- als auch der Regionalverband der neugegründeten SDP zogen im Früher 1990 in ein Gebäude an der Bürgelstraße 1. Dieses war zuvor der Sitz der SED-Bezirksleitung Mitte. Das Gebäude, in dem sich nun die Räumlichkeiten der SDP befanden, sollte in der Folgezeit den Namen Ernst-Reuter-Haus bekommen. Allein hieran lässt sich schon das Traditionsbewusstsein der Magdeburger erkennen. Im Einheitsjahr 1990 beteiligte sich die Partei auch in Magdeburg an der Mitarbeit verschiedener Institutionen. Hier zu nennen ist beispielsweise der Runde Tisch.

Die erste größere politische Versammlung der SDP des Jahres 1990 war eine Delegiertenkonferenz, die im Januar in der ehemaligen Parteihochschule der SED in Magdeburg stattfand. Diese Konferenz diente hauptsächlich zur Klärung von Organisations- und Satzungsfragen. In Vorbereitung auf die anstehenden Wahlen absolvierten einige Magdeburger SDP-Mitglieder mehrmals pro Woche Termine bei Podiumsdiskussionen, Talkshows und auch Pressegesprächen. Willi Polte wurde beispielsweise als Kandidat für die Volkskammerwahl nominiert. Andere, wie Rainer und Christel Löhr oder Hans-Dieter Bromberg, traten bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 an.

Die erwähnte Volkskammerwahl brachte für die SPD ein ernüchterndes Ergebnis. Im Bezirk Magdeburg hatte sie gerade einmal einen Stimmenanteil von 27,5 Prozent. Damit stellte sie in diesem Bezirk zwar die zweite Kraft hinter der CDU (44,2 Prozent), blieb aber weit hinter ihren Erwartungen zurück. Aus Magdeburger Sicht vertraten immerhin Willi Polte und Susanne Seils die Stadt ab März in der Volkskammer. Deutlich besser schnitt man hingegen bei der Kommunalwahl ab. Die SPD lieferte sich mit der CDU ein „Kopf-an-Kopf-Rennen“. Man erhielt einen Stimmenanteil von 33,7 Prozent und lag somit knapp vor der CDU, welche 32,5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Damit war der Weg frei zur Wahl Willi Poltes zum Magdeburger Oberbürgermeister. Magdeburg hatte zum ersten Mal seit 1933 wieder einen frei gewählten, sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Das Ehepaar Löhr sowie Hans-Dieter Bromberg wurden infolge der Kommunalwahl in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Magdeburg gewählt.

In Folge der Wahlen ließen sich auch in Magdeburg keine dynamischen Mitgliederzahlen vorweisen. Die Zahl der Mitglieder hält sich zwar bis heute konstant bei ca. 400 Personen, jedoch kommen diese Zahlen niemals an die erwähnten Mitgliedermassen vor 1933 heran. Der Stadtverband Magdeburg wies in seiner weiteren Geschichte eine Untergliederung in einzelne Ortsvereine auf. Diese sind: der OV Magdeburg Nord, OV Magdeburg Ost, OV Magdeburg West, OV Magdeburg Stadtfeld, OV Magdeburg Mitte, OV Magdeburg Sudenburg und OV Magdeburg Reform/Südost. Der Vorsitzende des SV Magdeburgs ist seit 2001 Norbert Bischoff. Bischoff, gleichzeitig Minister für Gesundheit und Soziales von Sachsen-Anhalt, war ebenfalls einer derer, die der Gründung des Stadtverbandes 1989 beiwohnten. Bezüglich dem Verbleib der Gründungsmitglieder kann man festhalten, dass alle vom Autor befragten Personen immer noch Mitglieder der SPD sind. Willi Polte wurde, 1990 in die letzte Volkskammer der DDR gewählt und im selben Jahr Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg. Aus Altersgründen schied er 2001 aus dem Amt und machte Platz für einen weiteren sozialdemokratischen OB, Lutz Trümper (geb. 1955). Von 2002 bis 2006 war Polte Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Hans-Dieter Bromberg wurde später Fraktionsvorsitzender der SPD im Magdeburger Stadtrat. Rainer Löhr ist ebenfalls in der Stadtratsfraktion aktiv und arbeitet zudem als Lehrer am Ökumenischen Domgymnasium zu Magdeburg. Seine Frau Christel arbeitete von 1994 bis 2002 als Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten. Weiterhin arbeitet sie in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften der SPD mit. Matthias Ulrich war von 1990 bis 1994 Pressesprecher des Magdeburger Oberbürgermeisters. Nach weiteren Pressesprecherarrangements, u.a. als Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Bundesgartenschau 1999 in Magdeburg, machte er sich selbstständig.

3.3.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Der kirchliche Einfluss in Magdeburg machte sich vor allem durch den Ausgangspunkt der Friedensgebete im Umfeld des Domes bemerkbar. Der Magdeburger Dom war der zentrale Punkt, an dem die Gründungsmitglieder der SDP ihren Kontaktpunkt fanden. Ferner waren viele Gründungsmitglieder in der Kirche aktiv. Das Dach der Kirche stellte auch in Magdeburg den Hort der Ideen dar, aus dem neue Ansichten entsprangen. Speziell die evangelische Kirche bot Hilfestellung für die Gründungsveranstaltung, die in der Altstadtgemeinde statt fand. Die Kirche stellte die ordnende Hand dar. Das Verhandlungsgeschick und die Autorität der Kirchenvertreter waren nicht nur in Magdeburg die Garantie für das Gelingen der friedlichen Revolution.

Ein weiterer Einflussfaktor stellten in Magdeburg vorhandene Westkontakte dar. Hierbei ist in erster Linie die Städtepartnerschaft zwischen Magdeburg und Braunschweig anzuführen. Magdeburg hatte schon vor 1989 eine Partnerschaft zu dieser niedersächsischen Stadt. Dabei spielte diese besonders in materieller Hinsicht eine Rolle. Die junge SDP in Magdeburg wurde beispielsweise mit Büromaterialien und technischen Geräte von der Braunschweiger SPD ausgestattet. Diese Verbindung leistete weiterhin organisatorische und inhaltliche Hilfestellung. Für die Wahlkämpfe des Jahres 1990 bekam man aus Braunschweig zusätzlich einen Wahlkampfbus zugeteilt, mit Hilfe dessen die Partei aktiv Wahlwerbung mittels aufgesetzter Laufsprecher machen konnte. Ein weiterer wichtiger Kontakt in Verbindung mit Braunschweig war die Person Gerhard Glogowskis, dem damaligen Braunschweiger Oberbürgermeister und späteren niedersächsischen

Ministerpräsident. Dieser veranlasste, dass nach der Kommunalwahl bewährtes Verwaltungspersonal zeitweise in das Magdeburger Rathaus entliehen wurde. Somit konnten schnell handlungsfähige Kommunalstrukturen aufgebaut werden. Zusätzlich zu dieser eben geschilderten Partnerschaft wurde dem Regionalverband Magdeburg ein Partnerschaftsbezirk seitens des SPD-West zugewiesen. Diese Rolle sollte dem Bezirksverband Braunschweig zukommen.

Die prominenteste westdeutsche Unterstützung kam jedoch von einigen hochrangigen SPD-Politikern. So fand beispielsweise am 19. Dezember 1989 eine Großkundgebung mit Willy Brandt auf dem Magdeburger Domplatz statt. Zu diesem Ereignis waren ca. 65.000 Menschen erschienen, um den Initiator der Ostpolitik zuzuhören. Während seiner Rede machte er im Bezug auf die sich anbahnende Wiedervereinigung u.a. „[...] die Feststellung: ‚Der Zug der Einheit rollt und wir müssen aufpassen, dass keiner unter die Räder kommt.‘“ . Eine ganz andere Botschaft vermittelte der Besuch von Oskar Lafontaine im März 1990. Dieser sprach im Vorfeld der Volkskammerwahl ebenfalls auf dem Magdeburg Domplatz. Er sprach, bezogen auf die mögliche Deutsche Einheit nicht, wie Helmut Kohl, von „blühenden Landschaften“. Er redete klare Worte ohne große Versprechen. Jedoch war diese realistische Sichtweise nicht die beste Möglichkeit, um potenzielle Wähler anzusprechen.

Mit einer Aufnahme eintrittswilliger, ehemaliger SED-Mitglieder musste auch in Magdeburg besonders vorsichtig umgegangen werden. Auch hier sah sich die SPD mit Kampagnen seitens politischer Gegner konfrontiert. Bis zur Kommunalwahl im Mai 1990 sollte generell eine Neuaufnahme ausgeschlossen werden. Nach diesem Termin sollten in den Ortsvereinen gewisse Kriterien gelten. Jedes ehemalige Mitglied sollte sich dazu vorstellen, sollte Beweggründe des Austritts aus der SED nennen. Danach sollte unter den Mitgliedern die Aufnahme in die SPD abgestimmt werden. Generell hatten man aber kaum eine Chance zur Aufnahme. Aus strategischer Sicht wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, ab 1991 von dieser Praxis abzusehen, da man so möglicherweise reformorientierte Kräfte gewonnen hätte. Diese anfangs getroffene Maßnahme diente auch dem Zweck, Staatssicherheitsbedienstete auszuschließen. Denn diese Gefahr war im Zuge einer Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder nicht von der Hand zu weisen.

3.3.4 Zwischenfazit

Die Motive für die Gründung einer sozialdemokratischen Partei waren in Magdeburg vielseitig. Oft wurde auf jüngere Themen wie Brandts Ostpolitik zurückgegriffen. Außerdem spielte die umweltpolitische Komponente eine wichtige Rolle. Einige, wie Willi Polte versuchten, auf die sozialdemokratische Tradition vor 1933 zurückzugreifen. Ein Symbol hierfür ist beispielsweise die Wahl des Namens „Ernst-Reuter-Haus“ für den Sitz des späteren Landesverbandes. In Magdeburg wurde nicht nur der Stadtverband gegründet, sondern zeitgleich auch der Regionalverband für den Bezirk. Viele heute bekannte SPD-Politiker oder ehemalige Funktionsträger entstammen dem Umfeld der Gründungsinitiative. Beispielhaft zu nennen sind hier: Reinhard Höppner (Ministerpräsident Sachsen-Anhalts 1994-2002), Markus Meckel (Mitbegründer der SDP und letzter Außenminister der DDR) und Katrin Budde (heutige Vorsitzende der SPD Sachsen-Anhalt).

Im landesweiten Durchschnitt verliefen die Wahlen des Jahres 1990 in Magdeburg erfolgreicher als anderswo. Bei den Kommunalwahlen errang die SPD die Mehrheit. Erstmals seit 1933 stellte die SPD nach der Kommunalwahl wieder einen frei gewählten Oberbürgermeister in Magdeburg. Die Stärke der SPD in dieser Region

kann zum einen auf die starke Tradition vor 1933 zurückzuführen sein. Auf der anderen Seite ist der große Wählerzuspruch auch der Person Willi Poltes geschuldet. Jedoch konnte die Sozialdemokratie nie an die außergewöhnliche Situation der frühen Jahre des letzten Jahrhunderts anknüpfen. Eine derart große Mitgliederzahl konnte nicht wieder errungen werden. So gestalten sich die Mitgliederzahlen zwar stabil, weisen aber keine steigende Tendenz auf.

Ein kirchlicher Einfluss schlug sich in Magdeburg mehrfach in der Wahl der Veranstaltungsorte nieder. War es anfangs der Magdeburger Dom an dem Oppositionelle zusammenkamen, so diente später die evangelische Gemeinde als Ort für die Gründung der SDP in Magdeburg. Hilfe durch westliche Kontakte erhielt Magdeburg z.B. aus der Partnerstadt Braunschweig. Unterstützung in personeller Art erhielt Magdeburg vor allem durch den Besuch von Willy Brandt im Dezember 1989. Wie schon erwähnt, wiesen ihm viele Menschen eine hoffungstiftende Identifikationsrolle zu. Die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder gestaltete sich in Magdeburg derart, dass man niemanden vor der Kommunalwahl 1990 aufnehmen wollte. Danach sollte es den Ortsvereinen obliegen, positiv oder negativ über eine Aufnahme zu entscheiden.

3.4 Stendal – Sozialdemokratie in der „schwarzen“ Altmark

Stendal und damit verbunden die Altmark, zu der diese Stadt gehört, stellen schon immer ein agrarisch strukturiertes Gebiet dar. Demzufolge ist hier historisch gesehen eher ein konservativ geprägtes Wählerpotential anzutreffen. Daher ist interessant, zu erfahren unter welchen Umständen gerade hier eine sozialdemokratische Partei Fuß fassen konnte. Der Ortsverein Stendal stellt das nördlichste zu analysierende Fallbeispiel dar. Dieser Verein liegt im ländlichen Raum, zudem in einer struktur- und einwohnerschwachen Region.

3.4.1 Die Gründung der SDP in Stendal

Zu den Mitgliedern, die in Stendal ein Vorbereitungsteam gründeten, gehörten die vom Autor interviewten Reinhard Weis (geb. 1949, Dipl.-Ing. für Elektroingenieurwesen), Reiner Instenberg (geb. 1962, Dipl.-Theologe) und Volker Stephan (geb. 1938, Tierarzt). Weiterhin gehörte Martin Busch dieser Gruppe an. Zusätzlich wurde Tilman Tögel (geb. 1960, Automatisierungstechniker) interviewt. Dieser stammte zwar ursprünglich aus Uchtspringe und zog erst später nach Stendal, jedoch waren die Kontakte in der Altmark eng gestrickt, so dass die ersten Treffen altmärkischer SDP-Interessenten in dessen Büro stattfanden.

Bezogen auf den Mauerbau empfand Reinhard Weis ein Gefühl des Abgeschnittenseins. Zum einen hatte er Westverwandtschaft in der Eifel, zum anderen im Hinblick auf die katholische Kirche, deren Mitglied er ist. Diese hatte in ihren Bistumsgrenzen nie die deutsche Teilung nachvollzogen. Auch störten ihn die vorgegebenen Scheinwelten der DDR, welche er durch eigene Beobachtung nicht teilen konnte. So entwickelte sich bei ihm die Überzeugung, dass nur durch demokratische Strukturen ein Wandel möglich war. Da Blockparteien für ihn keine Alternative waren, war das Neue Forum ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn diese Bewegung keine parteilichen Strukturen entwickeln wollte. Die Entscheidung für eine sozialdemokratische Partei machte er u.a. an Willy Brandts Ostpolitik fest, die viele andere Sympathisanten ebenfalls ansprach. Aber auch umweltpolitische Ziele waren angesichts der Umweltzerstörungen in der DDR ein Anreiz, sich der neugegründeten SDP anzuschließen.

Reiner Instenberg interessierte sich schon während seines Theologiestudiums für die politischen Verhältnisse in der BRD. Während dieser Zeit nahm er an Diskussionsrunden teil, die sich mit dem politischen Zustand in der DDR und BRD beschäftigten. Hier entstand auch eine erste Prägung zur Sozialdemokratie; beispielsweise in Hinsicht auf die Ost- und Entspannungspolitik. Auch Instenberg ist Katholik. Aus diesem Grund kam für ihn eine politische Betätigung vor der friedlichen Revolution nicht in Frage. Da für ihn die Politik der SED sowie der Blockparteien nicht in Betracht kam, engagierte er sich anfangs ebenfalls im Neuen Forum, stellte aber fest, dass ohne verbindliche Strukturen eine politische Arbeit nicht möglich sei. Da er mit den Positionen der SDP am meisten übereinstimmte, fasste er den Entschluss, in einem Brief an Markus Meckel seine Hilfe anzubieten. Instenberg wurde folglich in einer ersten Kontaktliste geführt, die im Bezirk Magdeburg veröffentlicht wurde und ihn als Kontaktperson für die Region Stendal nannte.

Volker Stephan kam mit dem Gründungsauftrag der SDP bereits im September 1989 in Kontakt. Ihm ging es darum, in der DDR demokratische Strukturen zu ermöglichen. Nach diesem Auftrag stand für ihn bereits fest, sich bei einer Gründung der SDP in Stendal einzubringen. Für ihn waren die Blockparteien vollkommen indiskutabel und die Bürgerbewegungen hatten keine feste Struktur. Einzig die SDP erklärte sich schon in ihrem Auftrag dazu, eine Partei gründen zu wollen.

Der Gründung der Stendaler SDP ging das Zustandekommen einer Gründungsinitiative der schon genannten vier Personen voraus. Reinhard Weis, der auch an der Gründung des Bezirksverbandes Magdeburg der SDP am 18. November 1989 teilnahm, entdeckte während dieser Veranstaltung eine ausgelegte Liste zur Gründung der SDP in Stendal. Darauf ersichtlich waren zwei Namen von „Nicht-Stendalern“. Daraufhin fasste er den Entschluss nicht zuzulassen, dass zwei Ortsfremde allein die Initiative übernehmen sollten. Aus diesem Grund trafen sich die vier genannten Personen abwechselnd in deren Wohnungen, um eine Gründungsveranstaltung vorzubereiten. Reinhard Weis und Volker Stephan waren schon seit Jahren durch ihre gemeinsame Chortätigkeit bei St. Nikolaus in Stendal befreundet. Instenberg und Weis kannten sich aus der katholischen Gemeinde St.-Anna in Stendal. Und Martin Busch war mit Reiner Instenberg bekannt. Dieser Kontakt entstand durch die Kontaktadresse Instenbergs, welche Busch im Magdeburger Dom las. Busch suchte daraufhin Instenberg auf, wobei beide ihre Ideen und Absichten austauschten und zu dem Entschluss kamen, einen SDP-Ortsverein in Stendal zu gründen.

Eine erste Gründungsinitiative erfolgte im November 1989. Da aber lediglich sieben Einwohner Stendals erschienen, wurde die Veranstaltung vertagt. Der erneute Gründungsversuch fand am 4. Dezember 1989 statt. Dies erfolgte im Gemeinderaum der katholischen Kirche im Mönchskirchhof 4 in Stendal. Wie Reinhard Weis schildert, bekamen die Gründungsinitiatoren damals die Erlaubnis des Propst Walter Wöstmann, in den Räumlichkeiten der Gemeinde ihren Gründungsakt abzuhalten. An diesem Tag war der Versammlungsraum voll und die Gründung konnte vollzogen werden. Dabei hielt Volker Stephan die einführende Hauptansprache, in welcher er das Konzept der Partei erläuterte, Reinhard Weis leitete die Versammlung. An diesem Abend kamen insgesamt ca. 100 Interessenten zusammen, wobei 52 die Gründungsurkunde unterzeichneten. Um einen geordneten Aufbau zu gewährleisten, entschied sich das Vorbereitungsteam im Vorfeld der Veranstaltung, dass man der Versammlung Vorschläge für Funktionen unterbreiten sollte. So war es vorgesehen, dass Reinhard Weis zum 1. Vorsitzenden, Reiner Instenberg zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden, Martin Busch zum Schatzmeister und Volker Stephan zum Pressesprecher gewählt werden sollten. Die weiteren

Vorstandsmitglieder sollten aus der Runde ermittelt werden. Als die Vorschläge angenommen wurden und die Gründungsurkunde unterzeichnet war, begann der SDP-Ortsverein Stendal zu existieren.

3.4.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990

In der Folgezeit begann die SDP in Stendal, ihre Arbeit aufzunehmen. Die Partei bezog ihr erstes Quartier am Markt 7 in Stendal. Diese Räumlichkeiten wurden vormals durch die SED-Kreisleitung genutzt und gehören heute der Stadtverwaltung Stendal. Auch beteiligte sich die SDP aktiv an der Gestaltung des Runden Tisches in Stendal; dort war sie, neben dem Neuen Forum, die entscheidende Kraft. Wichtigstes Hauptaugenmerk der Partei war das folgende Wahljahr 1990.

Mit einem Informationsabend wurde in Stendal der Wahlkampf eröffnet. Die Veranstaltung lief unter dem Motto: „1990 – das wird unser Jahr“. Diese im Januar 1990 im Thälmannsaal stattfindende Versammlung diente zur ersten Orientierung interessierter Bürger im Hinblick auf die Volkskammer- und die anschließende Kommunalwahl. Unter anderem informierte Willi Polte, der zu jener Zeit Vorsitzender des Regionalverbandes des Bezirkes Magdeburg war, über die Ziele der Partei. Für die anstehende Volkskammerwahl wurden auf dem Kreisparteitag der SPD im Februar des Jahres die beiden Stendaler Reinhard Weis und Volker Stephan als Kandidaten nominiert. Jedoch stellte sich das Wahlergebnis aus Sicht der Stendaler SPD und auch der gesamten Partei mehr als enttäuschend dar. Zwar wurden Weis und Stephan in das letzte Parlament der DDR gewählt, die SPD errang im Bezirk Magdeburg jedoch ein schlechtes Ergebnis und reihte sich hinter der CDU ein. Auch die Kommunalwahl am 6. Mai 1990 verlief in Stendal wenig erfreulich. Im Kreis Stendal errang die SPD 25,44 Prozent der abgegebenen Stimmen und lag wieder hinter der CDU (35,80 Prozent). Nach den eben genannten Wahlen wurde es notwendig, einen neuen SPD-Vorstand in Stendal zu wählen. Da Reinhard Weis und Volker Stephan in der Volkskammer tätig waren und andere Mitglieder Funktionen im Stadt- oder Kreisparlament inne hatten, sollte durch die Wahl eines neuen Vorstandes eine Ämterhäufung verhindert werden. Folglich wurde Michael Kriester neuer SPD-Vorsitzender in Stendal. Seine Stellvertreter wurden Eva-Maria Weis und Hans-Dietrich Thormeier. Zum neuen Schatzmeister wurde Peter Babenzien gewählt. Die Mitgliederstärke des Ortsvereins wuchs bis zum Frühjahr 1990 auf ca. 150 bis 200 Mitglieder an. Doch infolge der verlorenen Volkskammerwahlen sank die Mitgliederzahl stark auf ca. 100 Mitglieder ab. Zum anderen differenzierten sich die politischen Interessen der Wähler weiter aus. Dies ist ein Indiz für zahlreiche Parteiwechsel. Infolge sich abzeichnender politischer Stabilität ließ das politische Interesse der Bürger nach. Dennoch ist eine Kontinuität der Mitgliederstärke des Ortsvereins Stendal zu erkennen. Bis heute stellt er den größten Ortsverein innerhalb der Altmark dar.

Die Gründungsmitglieder Volker Stephan, Reiner Instenberg und auch Reinhard Weis sind heute noch Mitglieder des SPD-Ortsvereins. Volker Stephan wurde 1994 Oberbürgermeister der Stadt Stendal und füllte diesen Posten bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2001 aus. Reiner Instenberg ist seit 1990 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Stendal. Darüber hinaus war er von 1990 bis 2009 Mitarbeiter der MdBs Reinhard Weis und Marko Mühlstein in deren Bürgerbüros. Reinhard Weis wurde bei den Bundestagswahlen 1990 in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort blieb er bis zu seinem selbstbestimmten Ausscheiden im Jahre 2005. Im Bundestag war er verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. Seit 2009 ist

er Stadtrat in Stendal und ist der heutige Vorsitzende des Stendaler SPD-Ortsvereins. Auch Martin Busch ist heute noch aktives SPD-Mitglied. Er verzog berufsbedingt aus Stendal und arbeitete in der Folgezeit bei der Deutschen Bahn AG.

3.4.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder

Die Kirche hatte auch in Stendal eine entscheidende Funktion. Sie war zwar nicht direkt an der Bildung von Organisationen beteiligt, aber wie man an den Gründungsmitgliedern erkennen kann, stammten alle vier aus dem kirchlichen Umfeld. Die Gründer wurden im Rahmen der Kirche „politisiert“ und nutzten anfangs das schützende Dach der Kirche für ihre Versammlungen. An der Gründung der SDP in Stendal hatte konkret die katholische Kirche einen Anteil. Wie erwähnt, fand die Gründungsveranstaltung in den Räumlichkeiten der katholischen Kirche statt. Weiterhin lernten sich die Gründungsinitiatoren durch kirchliche Verbindungen kennen. Jedoch kann man auch in diesem Fall nicht davon sprechen, dass die Kirche als Organisation Einfluss auf Parteiprogramm oder Personalpolitik hatte. Die Kirche und der Glaube hatten eher eine moralische Motivation für die politische Arbeit. Die Kirche hatte ein fundamental anderes Gesellschafts- und Menschenbild als die SED es hatte. Demzufolge standen zentrale Werte wie Frieden, Freiheit, Menschenwürde und die Bewahrung der Schöpfung in einem starken Kontrast zu den Leitlinien der Staatsführung. Auch daher war es logisch, dass gerade Christen an der Gründung von freiheitlichen Parteien beteiligt waren.

Der Ortsverein Stendal konnte sich des Weiteren über zahlreiche unterstützende Westkontakte freuen. Die Stadt Stendal gehörte ebenfalls zu den Städten innerhalb der DDR, die eine Partnerschaft mit einer bundesdeutschen Stadt hatte. Seit 1988 bestand eine Städtepartnerschaft mit dem nordrhein-westfälischen Lemgo. Diese Stadt hatte zudem einen sozialdemokratischen Bürgermeister und eine SPD-Mehrheit im Stadtrat. Diesbezüglich erhielt der Ortsverein Stendal erhebliche Unterstützung durch sein Pendant in Lemgo. Diese Hilfe bestand beispielsweise aus Tipps zur praktischen Arbeit im politischen Geschäft, etwa zur Führung von Wahlkämpfen. Weitere hilfreiche Kontakte bestanden auch nach Frankfurt/M. Dort befand sich die Partnergemeinde der Domgemeinde Stendal. Dieser Kontakt führte dazu, dass Mitgliedern des Stendaler Ortsvereins und Mitgliedern des Neuen Forums im Rahmen einer Schulungsreihe, kommunalpolitische Themen und Aufgabenstellungen näher gebracht wurden. Persönliche Kontakte bestanden weiterhin über den Stendaler Domchor. Hier existierte eine Verbindung nach Rotenburg/Wümme. Der dortige SPD-Ortsverein bot Unterstützung in Form von technischen Gerätschaften. Die prominenteste Unterstützung seitens der Bundesrepublik erhielten die Stendaler durch den damaligen SPD-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Johannes Rau besuchte im Februar 1990 persönlich die Stadt in der Altmark. Etwa 15.000 Menschen versammelten sich anlässlich dieses Besuches auf dem Stendaler Marktplatz. Rau löste in ähnlicher Weise wie zuvor Willy Brandt bei seinem Besuch in Magdeburg einen Sturm der Begeisterung aus. Auch wenn dieser Besuch im Rahmen des Wahlkampfes stattfand muss festgehalten werden, dass auch Rau zu den Sympathieträgern der SPD-West in der DDR zählten.

Was die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder anbetrifft, bleibt für das Fallbeispiel Stendal zu sagen, dass aus Gründen des Selbstschutzes in der Anfangszeit keine Ehemaligen der SED aufgenommen wurden. Zu groß war die Angst, dass die noch

junge SPD von außen unterwandert werden konnte. Es gab zwar kein generelles Verbot der Aufnahme, jedoch oblag es auch in Stendal dem Ortsverein selbst, ob und wen er aufnahm oder nicht. Auch in Hinblick auf künftige Wahlen musste sich die SPD abgrenzen. Seitens konservativer Parteien gab es gezielte Kampagnen, die versuchten, die SPD in die Nähe der SED zu rücken. In Stendal existierten aber auch Ausnahmefälle. So wurde beim Aufnahmeantrag die Parteizugehörigkeit abgefragt. Bei einer positiven Antwort in Bezug auf vorige SED-Mitgliedschaft gab es ein Gespräch über die persönliche Situation und Motivation mit dem Vorstand. Danach entschied dieser über Aufnahme oder Ablehnung. Machtpolitisch war diese Verfahrensweise falsch, da durch eine nur zögerliche Aufnahme von ehemaligen SED-Mitgliedern eine Art Knick in der Mitgliederentwicklung einsetzte. Die Beitrittsbeschränkungen wurden in der Folgezeit fallengelassen, jedoch ergab sich daraus keine größere Beitrittswelle.

3.4.4 Zwischenfazit

In Stendal kamen vier Gründer zusammen, die sich alle aus ähnlichen Motiven zur Gründung einer Partei bereiterklärten. Man wollte mit Parteistrukturen eine Veränderung bewirken, die über den Charakter einer Bürgerbewegung hinausgingen. Anreiz zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei bot u.a. die Ostpolitik, welche durch Willy Brandt eingeleitet wurde. Aber auch umweltpolitische Ziele spielten hierbei eine große Rolle. Innerhalb der vorgestellten Gründungsbeispiele ist die Stendaler Ortsvereinsgründung die späteste. Das gewählte Gründungsdatum, der 4. Dezember 1989, fiel schon in relativ „sichere Zeiten“. Die Möglichkeit einer Verfolgung durch die Staatssicherheit war zwar nicht auszuschließen, aber doch eher unwahrscheinlich.

Die Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1990 verliefen auch in Stendal enttäuschend. Zwar konnten die beiden Stendaler Reinhard Weis und Volker Stephan in die DDR-Volkskammer gewählt werden, aber eine erhoffte Stimmenmehrheit blieb aus. Nach dem anfänglich großen Mitgliederzuspruch erfolgte nach den Wahlen wieder ein Abfall in der Mitgliederstatistik des Ortsvereins. Dennoch ist Stendal bis heute der stärkste SPD-Ortsverein der Altmark. Ein Traditionsproblem hat Stendal, indem es sich nicht auf SPD-Genossen früherer Jahre berufen kann. Altgenossen aus der Zeit vor der Zwangsvereinigung 1946 waren hier nicht auffindbar.

Die Kirche hatte in Stendal keinen direkten Einfluss auf das Geschehen. Sie bot wie auch in anderen Fällen das Schutzdach, unter welchem eine Gründung vollzogen werden konnte. Interessant ist die Mischung des Gründerteams. Dieses bestand aus zwei Katholiken und zwei Protestanten. Der Einfluss von Westkontakten hielt sich ebenfalls in engen Grenzen. Zwar hatte der Ortsverein viele Kontakte, wie etwa die nach Lemgo, Frankfurt/M. und Rotenburg/Wümme. Zum einen beliefen sich diese Kontakte rein auf materieller Basis, wie die Beschaffung von technischen Geräten. Zum anderen wurden die Kontakte erst lange nach der Gründung intensiviert. Die ablehnende Haltung gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern zeigte sich auch in Stendal. Nur vereinzelt und zögerlich wurden diese aufgenommen.

4. Epilog: Die Gründung des SPD-Landesverbandes in Quedlinburg am 25. August 1990

Nachdem auf Orts- und Stadtebene in den Kreisen und auch in den beiden betreffenden Bezirken die Organisationsstrukturen geschaffen wurden und auch die ersten Wahlen des Jahres 1990 vorüber waren, hatte sich die SPD etabliert und stellte auf verschiedenen Ebenen Abgeordnete. Zu diesem Zeitpunkt existierten in beiden Bezirken 233 Ortsverbände, die in 40 Kreisverbänden (später 24 KV) organisiert waren. Im Verlauf des Jahres zeichnete sich im Zuge der nahenden Wiedervereinigung ab, dass es zu einer Wiedereinführung der Bundesländer kommt. In diesem Fall handelt es sich um das spätere Land Sachsen-Anhalt. Folglich musste aus den beiden SPD-Bezirksverbänden Halle und Magdeburg ein einheitlicher Landesverband entstehen. Hierzu trafen sich im Vorfeld die beiden jeweiligen Bezirksvorsitzenden Rüdiger Fikentscher (Halle) und Willi Polte (Magdeburg). Die Vereinigung wurde in einem gleichstark besetzten Ausschuss vorbereitet. Es wurden im Vorfeld ein gemeinsames Wahlprogramm und eine gemeinsame Liste für die kommende Landtagswahl am 14. Oktober 1990 erstellt.

Die Gründung des Landesverbandes wurde im Rahmen des Landesparteitages (25.-26. August 1990) vollzogen. Die Wahl des Ortes fiel bewusst auf Quedlinburg, einer kleinen, durch seine mittelalterliche Geschichte einzigartigen Stadt im Harz. Hier, quasi auf „neutralem“ Boden, sollte fernab der beiden um das Recht der zukünftigen Landeshauptstadt streitenden Städte Halle und Magdeburg ein gemeinsamer Verband entstehen. Dieser Parteitag war mit einem umfangreichen Programm ausgestattet. Nicht nur wurden die alten Bezirksverbände aufgelöst und ein Landesverband mit allen Satzungsfragen und der Wahl sämtlicher Gremien gegründet. Es wurden auch der Spitzenkandidat für die Landtagswahl gekürt, das Wahlprogramm beschlossen und die Landesliste aufgestellt. Als prominentester Gast und Redner konnte für diesen Parteitag Johannes Rau gewonnen werden.

Zum Vorsitzenden des neuen Landesverbandes wurde mit großer Mehrheit Rüdiger Fikentscher gewählt. Zu seinen gewählten Stellvertretern zählten Reinhard Höppner, Wolfgang Schöll und Ute Fischer. Weiterhin wurden Christina Begenau zur Schatzmeisterin sowie weitere zwölf Beisitzer gewählt. Zum Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wurde Reinhard Höppner gewählt. Zudem wurden auch die Delegierten für den Vereinigungsparteitag zwischen SPD-West und der SPD-Ost gewählt, welcher im September des Jahres stattfinden sollte. Anschließend fand die Beratung und Bestätigung der Landesliste für die Landtagswahl, die Wahl der Kandidaten zur kommenden Bundestagswahl und die Bestätigung der dementsprechenden Landesliste statt. Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt zählt heute ca. 4.200 Mitglieder, Katrin Budde ist seit 2009 die Vorsitzende des Landesverbandes.

Ein kurzer Ausblick der folgenden Ereignisse des Jahres 1990 und der Zukunft des SPD-Landesverbandes sei noch gestattet. Wie oben erwähnt, fand am 26./27. September 1990 der Vereinigungsparteitag der SPD in Berlin. In einem Manifest wurde die Wiederherstellung der Sozialdemokratischen Partei festgestellt und nach nunmehr 44 Jahren existierte wieder eine vereinigte SPD. Am 3. Oktober kam es zur Deutschen Einheit und somit gab es nicht nur eine vereinigte Partei, sondern auch eine gemeinsame SPD in einem vereinten Land. Mit dem 14. Oktober und der Einführung der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, begann das Land Sachsen-Anhalt wieder zu existieren. An diesem Tag erfolgte auch die Landtagswahl. Die SPD enttäuschte mit nur 26 Prozent der Stimmen. Mit diesem

Ergebnis musste die Partei in die Opposition gehen, bevor sie 1994 ein stärkeres Ergebnis einfahren konnte. Durch die Tolerierung der PDS wurde eine Minderheitsregierung mit den Grünen möglich, dem Magdeburger Modell. Auf diese Weise regierte Reinhard Höppner als SPD-Ministerpräsident bis zum Jahre 2002. Am 2. Dezember 1990 fand die letzte Wahl des Jahres statt. Den Abschluss bildete die erste gemeinsame Bundestagswahl des vereinten Deutschlands. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine belegte auf Bundesebene mit ca. 33,5 Prozent den zweiten Platz hinter der CDU/CSU mit ca. 44 Prozent. Damit blieb die Koalition aus CDU/CSU und FDP bestehen und Helmut Kohl wurde erneut Bundeskanzler. Erst 1998 gab es unter Gerhard Schröder wieder eine sozialdemokratisch geführte Koalition.

Literatur:

Anstiftung zur Gewaltlosigkeit. Herbst '89 in Magdeburg. Gebete um gesellschaftliche Erneuerung, Demonstrationen, Dokumente, Erinnerungen. Hrsg. v. d. Beratergruppe Dom des Gebets um gesellschaftliche Erneuerung im Magdeburger Dom. Magdeburg 1991.

Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993.

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“. Berlin/Frankfurt/M. 1995.

Bickhardt, Stephan: Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren. In: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur (= Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Bd. VII, 1). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995.

Buchenau, Günter: Zehn Jahre friedliche Revolution in Sachsen-Anhalt. Die evangelische Kirche in Halle. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale² 2004, S. 34-50.

Der Brockhaus in fünfzehn Bänden. Leipzig/Mannheim 1997-1999.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90. Hrsg. v. Bernd Faulenbach. Essen 2001.

Die SDP/SPD in der DDR 1989 – 1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation (=Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung; Nr. 74). Hrsg. v. Gero Neugebauer u. Bernd Niedbalski. Berlin 1992.

Die Zukunft hat wieder einen Namen. Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt 1989-1999. Hrsg. v. SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Magdeburg 1999.

Dokumentation zur Entwicklung der neuen Parteien und Bürgerrechtsgruppen in der DDR (November 1989 – Februar 1990). Hrsg. v. Gesamtdeutschen Institut, Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben. Bonn 1990.

Fikenscher, Rüdiger: Zwischen König und Bebel. Deutsche Geschichten aus zwei Jahrhunderten. Stuttgart/Leipzig 2006.

Fink, Hans Jürgen: Die SPD in der DDR. In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Jg. 23 (1990), H. 1, S. 180-185.

Goeckel, Robert F.: Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker. Leipzig 1995.

Gröf, Wolfgang: "In der frischen Tradition des Herbstes 1989". Die SDP/SPD in der DDR. Von der Gründung der Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit . Bonn 1996.

Grünbaum, Robert: Deutsche Einheit (= Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte). Berlin 1999.

Gutzeit, Martin: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der „Opposition“ im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR. In: Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich (= Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1566). Hrsg. v. Walther Euchner. Göttingen 1993, S. 84-115.

Gutzeit, Martin; Hilsberg, Stephan: SDP/SPD im Herbst 1989. In: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3).. Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999, S. 607-694.

Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 363). Hrsg. v. Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte. Bonn 1999.

Hartmann, Helmut: Der Sozialdemokrat Gerhart Seger (1895-1967) widerstand den Nazis. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 32-37.

Hartmann, Helmut: Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989. In: 1863-2003. 140 Jahre SPD. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 1). Magdeburg 2003, S. 48-57.

Hartmann, Helmut: Friedrich Polling (1818-1886). Erster Arbeiterführer in Dessau. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 44-52.

Hausmann, Christian; Zeitz, Stefan: Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister von 1919-2008. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 64-70.

Hehl, Ulrich von; Tischner, Wolfgang: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945-1989. In: Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur (= Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Bd. VI, 2). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995.

Herold, Claus: Die Haltung der katholischen Kirche. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale ² 2004, S. 51-61.

Herzberg, Wolfgang: Der Gründungskreis des sozialdemokratischen Neubeginns in der DDR 1989. Versuch einer Analyse ihrer kollektiven Biographie. In: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993, S. 11-37.

Holtmann, Everhardt; Boll Bernhard: Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Opladen ² 1997.

Höppner, Reinhard: Von den Anfängen der SPD in der DDR. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 50-63.

Jaraus, Konrad: „Die notwendige Demokratisierung unseres Landes“. Die Rolle der SDP im Herbst 1989. In: Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90. Hrsg. v. Bernd Faulenbach. Essen 2001, S. 52-68.

Kahlenberg, Friedrich: Anmerkungen zur Quellenproblematik der DDR-Geschichte. In: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven (= Zeithistorische Studien; Bd. 2). Hrsg v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994, S. 67-73.

Knabe Hubertus: Der lange Weg zur Opposition. Unabhängige politische Bestrebungen 1983 bis 1988. In: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3).. Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999, S. 139-170.

Kocka, Jürgen: Zur Lage der historischen DDR-Forschung. In: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven (= Zeithistorische Studien; Bd. 2). Hrsg v. Jürgen Kocka und Martin Sabrow. Berlin 1994, S. 13-16.

Lindner, Bernd: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn 1998.

Löhr, Christel; Löhr, Rainer: Unser Weg in die SPD. Eine persönliche Reminiszenz. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Vielfältig und einzigartig. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 2). Magdeburg 2004, S. 8-16.

Maier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/M. 2002.

Mau, Rudolf: Die evangelische Kirche in der DDR. Zur Forschung seit 1989/90. In: Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung (= Kontexte. Neue Beiträge zur Historischen und

Systematischen Theologie; Bd. 34). Hrsg. v. Horst Dähn u. Joachim Heise. Frankfurt/M. 2003, S. 141-149.

Mayer, Wolfgang: Flucht und Ausreise. Berlin 2003.

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR (=Beck'sche Reihe; 1275). München ³ 2001.

Meckel, Markus; Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte. Köln 1994.

Mühlen, Patrik von zur: Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR. In: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen. Hrsg. v. Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen. Bonn 1993, S. 38-60.

Mühlen, Patrik von zur: Die Opposition gegen die SED und die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. In: Partei und soziale Bewegung. Hrsg. v. Dieter Dowe. Bonn 1993, S. 101-117.

Neubert, Ehrhart: Die Opposition im Jahr 1989. Ein Überblick. In: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3).. Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999, S. 427-466.

Neubert, Ehrhart: Die Opposition in der DDR mit besonderer Berücksichtigung der Bezirke Halle und Magdeburg. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale ² 2004, S. 19-33.

Neugebauer, Gero: Die SDP/SPD in der DDR. Zur Geschichte und Entwicklung einer unvollendeten Partei. In: Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Hrsg. v. Oskar Niedermayer. Opladen 1994, S.75-104.

Niedbalski, Bernd: Von der Gründung der SDP bis zur Vereinigung mit der SPD. Chronologischer Ablauf der Ereignisse. In: Die SDP/SPD in der DDR 1989 – 1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation (=Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung; Nr. 74). Hrsg. v. Gero Neugebauer u. Bernd Niedbalski. Berlin 1992, S. 19-27.

Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft (= Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren; Bd. 3). Hrsg. v. Eberhard Kuhrt. Opladen 1999.

Pollack, Detlef: Die politische und soziale Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR aus sozialwissenschaftlicher Sicht. In: Staat und Kirchen in der DDR. Zum Stand der zeithistorischen und sozialwissenschaftlichen Forschung (= Kontexte. Neue Beiträge zur Historischen und Systematischen Theologie; Bd. 34). Hrsg. v. Horst Dähn u. Joachim Heise. Frankfurt/M. 2003, S. 69-95.

Polte, Wilhelm: Mein Weg zur Sozialdemokratie. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 29-35.

Raabe, Thomas: SED-Staat und katholische Kirche 1949-1989. In: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit (= Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Bd. 7). Hrsg. v. Clemens Vollnhals. Berlin 1996, S. 353-370.

Reiche, Steffen: Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD. Ein Bericht zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. In: Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach. Hrsg. v. Franz-Josef Jelich. Essen 2003, S. 193-203.

Rudolf, Karsten: Neugründung ohne Tradition? Die SPD in den Neuen Bundesländern. In: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in Thüringen. Erfurt 2001, S. 49-58.

Schmid, Josef: Die politische Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren. Gratwanderung zwischen Opposition und Anpassung. In: Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen. Hrsg. v. Helmut Müller-Engbergs. Berlin ² 1992, S. 342-365.

Schmidt, Andreas: Zum 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung. 27. Januar 1946 – „Heerschau“ der haleschen Sozialdemokratie im Volkspark. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt: Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 40-43.

Schmidt, Andreas: Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 38-40.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR. München ² 1999.

Schuh, Petra; Weiden, Bianca M. von der: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß (= Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland; Bd. 9). München 1997.

Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006.

Tullner, Mathias: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg ³ 2001.

Tullner, Mathias: Halle 1806 bis 2006. Industriezentrum, Regierungssitz, Bezirksstadt; Bd. 2. Halle/Saale 2007.

Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992 (=Gesprächskreis Geschichte; 3). Hrsg. von Dieter Dowe. Bonn 1993.

Von der SDP zur SPD. Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990. Hrsg. v. SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau. Dessau-Roßlau 2009.

Wagner-Kyora, Georg: „Das haben wir dann einfach gemacht.“ Einige systematische Überlegungen zur Dynamik der friedlichen Revolution in Halle. In: Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt. Hrsg. v. Hermann-Josef Rupieper. Halle/Saale² 2004, S. 175-189.

Walter, Jens: Von der Gründung der SDP in der DDR zum SPD-Vereinigungsparteitag. 356 Tage ostdeutsche Sozialdemokratie im Spannungsfeld der Deutschen Einheit. In: Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Hrsg. v. Günther Heydemann. Berlin 1999, S. 407-428.

Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte; Bd. 20). München 2006, 4. Aufl.

Wende.Punkt. Hrsg. v. SPD-Stadtvorstand Halle/Saale. Halle/Saale 2009.

Wielgohs, Jan; Schulz, Marianne: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition. In: Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur (= Materialien der Enquete-Kommission. „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; Bd. VII, 2). Hrsg. v. Deutschen Bundestag. Baden-Baden 1995.

"Wir wollen ein Hoffnungszeichen setzen ..." - die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Bilder und Texte einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR. Hrsg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1999.

„Wir sind das Volk!“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Hrsg. v. Charles Schüddekopf. Reinbek 1990.

Wuthe, Gerhard: Einheit der Nation. Traum oder Trauma der Sozialdemokratie? In: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. Jg. 24 (1991), H. 2, S. 1170-1179.

Wuttke, Carola; Musiolek, Berndt: Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR. Berlin 1991.

Zehn Jahre SPD Stendal. 04.12.1989 – 04.12.1999. Hrsg. v. SPD-Ortsverein Stendal. Stendal 1999.

Grußwort anlässlich der Festveranstaltung „20 Jahre SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt“ am 28.08.2010 in Quedlinburg

„Die Zukunft hat wieder einen Namen: SPD.“

Dieser klare Satz stand und steht auf einem wunderschönen Plakat, welches uns unser Freund Klaus Staeck, inzwischen seit Jahren Präsident der Akademie der Künste in Berlin, zum ersten DDR-Parteitag der SPD in Leipzig gewidmet hat.

In der Tat hatten wir uns sechs Wochen zuvor bei der Delegiertenversammlung in Berlin von unserem Gründungskürzel SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) verabschiedet und den guten alten Namen SPD angenommen. Dieser Name war damals bereits 100 Jahre alt. Ihn hatte sich die SPD auf ihrem ersten Parteitag nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ im Jahre 1890 in Halle an der Saale gegeben. Während also eine andere Partei in den vergangenen zwanzig Jahren fünf Namen hatte, trägt unsere Partei seit 120 Jahren den gleichen Namen. Und dieser Name steht für eine Idee.

Die SPD war also wieder da, doch wie kam es dazu? Am 26. August 1989, am 200. Jahrestag der Verkündung der Bürger- und Menschenrechte der Französischen Revolution, verlas Markus Meckel in Ostberlin den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR. Wie den meisten bekannt sein wird, erfolgte die Gründung am 7. Oktober, ganz bewusst am 40. Jahrestag der DDR, in dem kleinen Ort Schwante bei Berlin. Es folgte landesweit eine Gründungswelle ohne Beispiel, auch hier im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt, den früheren Bezirken Halle und Magdeburg. Zahlreiche Jubiläumsveranstaltungen und Feiern während der letzten zehn Monate erinnerten daran. Diesen Gründungen widmete die Historische Kommission unseres Landesverbandes ihr fünftes Heft, welches heute vorliegt. Die Erinnerungen und Berichte sind Zeichen für eine lebendige Partei, denn eine Chronik schreibt nur derjenige, dem die Gegenwart wichtig ist.

Aber warum konnte es damals geschehen, auf so breiter Grundlage eine sozialdemokratische Partei wieder entstehen zu lassen? Dazu ein Zitat: „Die Gedanken kommen wieder, die Überzeugungen pflanzen sich fort. Die Zustände gehen unwiederbringlich vorüber.“ Das zitiere ich nicht nur, weil der Landesvorstand die heutige Veranstaltung auf Goethes Geburtstag gelegt hat, sondern weil wir vor zwei Jahrzehnten genau das erlebt haben.

- Wir haben erlebt und dazu beigetragen, dass scheinbar festgefügte Gewalt und Macht gänzlich verschwinden mussten.
- Wir haben erlebt, wie inmitten einer jahrzehntelangen Diktatur der Gedanke der Sozialdemokratie wieder aufblühte und zur Neugründung einer Partei führte.
- Und wir haben erlebt, dass sich alte Überzeugungen fortgepflanzt hatten: von dem Ideal einer freien Gesellschaft, in der Gerechtigkeit herrscht und Solidarität geübt wird.

Und das alles geschah, nachdem die Sozialdemokratie dreimal beinahe vernichtet wurde:

- durch das Bismarcksche „Sozialistengesetz“ von 1878, das erst 1890 gefallen ist,
- durch die Nationalsozialisten 1933 – 1945,
- durch die Kommunisten 1946 – 1989.

Doch alle, die die Sozialdemokratie vernichten wollten, sind selbst von der Geschichte eingeholt worden. Und warum war das so? Unsere Idee ist stärker, unsere Partei ist kein Wahlverein, sondern beruht auf tiefen Grundüberzeugungen und bei vielen von uns auch auf einer festen Lebenshaltung. Auf dieser Grundlage müssen wir uns stets aufs Neue fragen: Woher kommen wir, warum kommen wir von dort, gelten unsere Gründe dafür weiter und wohin gehen wir? Dazu ist ein Kompass nötig. Dieser beruht auf unseren seit eineinhalb Jahrhunderten geltenden drei Grundwerten: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Unsere Altvordenen glaubten noch daran, dass man diese Ideale eines Tages erreichen könne. Inzwischen weiß die Sozialdemokratie längst, dass durch die sich stets verändernden Verhältnisse dies nicht der Fall sein wird. Dennoch versuchen wir die ständige Annäherung an das Ideal, so wie es der Philosoph Hans Jonas in einem plastischen Bild ausdrückt: „Der Seefahrer kommt nicht bei dem Sternbild an, nachdem er navigiert, gleichwohl wäre seine Fahrt ohne diese Orientierung unmöglich.“

Aber Ideale, Grundsätze und bloßer Gestaltungswille reichen nicht aus. Politik braucht auch Organisation. Nötig ist eine gut organisierte Partei. Nichts von alledem, was dazu nötig ist, war damals vorhanden. Unsere Partei wurde tatsächlich aus dem Nichts heraus aufgebaut. Die Ortsvereine gründeten sich spontan. Viele bekamen Hilfe von Genossinnen und Genossen aus der alten Bundesrepublik, zu der wir damals noch nicht gehörten, und begannen Verbindung zueinander aufzunehmen. Es war ein weiter Weg in kurzer Zeit: Ortsvereine, 37 Kreisverbände, 2 Bezirksverbände, alles noch in den DDR-Strukturen. Und schließlich die Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Und warum hier in Quedlinburg? Es war ein „neutraler Boden“. Denn die Hauptstadtfrage, ob Halle oder Magdeburg, war offen und sollte dadurch nicht intern vorweggenommen werden. So wurde auch in das Statut der allgemeingültige Satz aufgenommen: „Sitz des Landesverbandes ist die Landeshauptstadt.“ Es gab damals einige, aber nicht viele Kontakte zwischen den Bezirken. Am besten funktionierte die Zusammenarbeit unter den insgesamt 15 Volkammerabgeordneten aus den Bezirken Halle und Magdeburg. Sie kannten sich aus der gemeinsamen parlamentarischen Arbeit.

Einen Parteitag wie den damaligen vor zwanzig Jahren wird niemand von uns wieder erleben. Es waren im Grunde drei Parteitage in einem:

- die Vereinigung zweier Organisationen mit der Verabschiedung eines Statuts, das sich bis heute bewährt hat und weiter gilt,
- Wahlen aller Gremien vom Landesvorstand bis zur Schiedskommission,
- Aufstellung der Landesliste für die erste Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 14. Oktober 1990. Dafür hatten wir eine Findungskommission aus 14 Personen paritätisch aus beiden Bezirken eingesetzt und einen Moderator, Karl-Heinz Lohr/Berlin-West, gebeten, die Sitzungen zu leiten.

Es stellte sich im Laufe der Jahre heraus, dass auch in personeller Hinsicht eine stabile Gründung gelungen war. Deswegen hier einige Namen in der damaligen Reihenfolge, wie sie auf den Listen standen und gewählt wurden. Denn mehr als die Hälfte des damals gewählten Landesvorstands hat in der Folgezeit für die SPD maßgebliche Funktionen übernommen und ausgefüllt:

Rüdiger Fikentscher	Landesvorsitzender bis 2002
Reinhard Höppner	Ministerpräsident 1994 bis 2002

Ingrid Häußler	Ministerin und Oberbürgermeisterin von Halle
Regine Niemann	langjährige stellvertretende Geschäftsführerin
Willi Polte	Oberbürgermeister und Ehrenbürger von Magdeburg
Gerlinde Kuppe	insgesamt 12 Jahre lang Sozialministerin
Hermann Quien	Kulturpolitiker und bis zu seinem viel zu frühen Tod aktiv in der Weißenfelser SPD
Tilman Tögel	Europapolitiker bis heute.

Bei der Landesliste für die Landtagswahl zeigt sich ein ähnliches Bild. Hier nur die 7 Abgeordneten, in der Reihenfolge der damaligen Liste, die noch vier weitere Male gewählt wurden und bis heute Mitglieder des Landtages sind: Rüdiger Fikentscher, Tilman Tögel, Katrin Budde, Gerlinde Kuppe, Jens Bullerjahn, Thomas Felke, Manfred Püchel.

Es ist festzustellen, dass die Gründung vor zwanzig Jahren sowohl organisatorisch als auch personell stabil war. Heute freue ich mich zu sehen, dass die damals noch recht jungen Genossinnen und Genossen, allen voran Katrin Budde und Jens Bullerjahn, das Heft des Handels entschlossen und kraftvoll in die Hand genommen haben und wünsche ihnen, dass sie stets den richtigen Weg finden, in dem sie das Sternbild, das heißt unsere Grundwerte, nicht aus den Augen verlieren.

20 Jahre SPD-Landesverband – Bericht von einem Forschungspraktikum

Wie organisiert sich eine neu- beziehungsweise wiedergegründete Partei? Welche Strukturen bilden sich heraus? Welche Kommunikationsformen werden von ihr in einem Transformationsstaat genutzt? Um diese relevanten Fragen beantworten zu können, wenn wir auf mittlerweile 20 Jahre SPD- Landesverband retrospektiv blicken, ist es unerlässlich Material aus der Gründungszeit der sachsen-anhaltischen SPD zusammenzutragen, aufzuarbeiten, auszuwerten.

Die Sichtung und Akkumulierung der Veröffentlichungen, insbesondere aus den Jahren der Gründungszeit des Landesverbands, stellen somit den ersten Schritt dar, um eine weiterführende Beschäftigung mit obig genannten Fragestellungen zu ermöglichen. Hierzu begann ich Anfang März mein auf vier Monate angelegtes Praktikum. Die Aufgabe erforderte und umfasste demnach Archivbesuche, Recherchen in SPD-Regionalgeschäftsstellen und in Bürgerbüros sowie - wie sich während des Praktikums herausstellte - Privatbesuche bei langjährigen Mitarbeitern und Aktiven der Partei. Das Ziel war eine weitestmöglich vollständige Literaturliste zur Geschichte des SPD- Landesverbandes zu erstellen, die der Historischen Kommission die Arbeit erleichtert und mit der jedes Parteimitglied, sofern es dies wünscht, arbeiten kann.

Das Praktikum führte zur Erkenntnis, dass die Aufgeschlossenheit der SPD-Mitglieder dem Projekt gegenüber sehr unterschiedlich ausfiel: Während einige sehr hilfsbereit auf Anfragen zur Unterstützung reagierten und tatkräftig zum Projekterfolg beitrugen, gab es eine Vielzahl, die sich gar nicht erst zurück meldeten. Das ist bedauerlich für die SPD und ihre Aktiven in der Historische Kommission gleichermaßen, da die Unterstützung möglichst vieler die unabdingbare Grundvoraussetzung für eine gründliche Beschäftigung mit der bewegten Geschichte der für Sachsen-Anhalt so wichtigen Partei bildet. So möchte ich an dieser Stelle noch einmal auch an bisher eventuell nicht kontaktierte SPD-Mitglieder appellieren: Falls Sie noch Literatur haben, welche noch nicht in der hier präsentierten Literaturliste archiviert ist, melden Sie sich bitte bei der Landesgeschäftsstelle. Sehr gern bin ich bereit, in solchen Fällen die Liste fortlaufend zu aktualisieren, selbstverständlich stehe ich auch für Nachfragen anderer Art jederzeit zur Verfügung. Die eigentliche Praktikumsarbeit begann am 08.März 2010 und endete am 08.Juli 2010. Schon zuvor waren Aufgabenstellung und Zielsetzung des Praktikums in Abstimmung mit der Landesgeschäftsstelle formuliert worden. So konnten bereits im Vorfeld die Online-Archive der Universitätsbibliotheken Halles, Merseburgs und Magdeburgs durchsucht werden. Im besonderen Maße hilfreich erwies sich dabei die Bibliothek der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Als Praktikumsauftakt besuchte ich Anfang März den ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden und Vizepräsidenten des Landtags, Dr. Rüdiger Fikentscher. Hier wurde nochmals der Praktikumsrahmen definiert, sowie das umfangreiche Privatarchiv Dr. Fikentschers in Augenschein genommen und die relevanten Veröffentlichungen schriftlich festgehalten. Um das Ergebnis der Arbeit aufzuwerten, wurde festgelegt auch in überregionalen Wochenzeitungen (Spiegel, Focus, Stern) nach Berichten zu suchen, die sich mit dem SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt beschäftigen. Diese Online-Recherche stellte sich aufgrund der Fülle von Artikeln, die beispielsweise Reinhard Höppner oder Rüdiger Fikentscher zitieren, aber

dennoch selbst im weiteren Sinne nichts mit der eigentlichen Zielstellung des Praktikums zu tun haben, als langwierig und schwierig heraus. Dennoch konnten auch hier teilweise interessante Artikel und Interviews gefunden werden. Zudem wurde bei dem Treffen mit Herrn Fikentscher festgestellt, dass es diverse, aus Sachsen-Anhalt stammende SPD-Verdiente gibt, deren Veröffentlichungen ebenfalls in das Praktikumsergebnis einfließen sollten.

Die Resonanz auf meine Anfragen, einen Blick in die Archive der SPD-Geschäftsstellen in Magdeburg, Dessau, Quedlinburg, Stendal und Wittenberg zu werfen, können insgesamt als durchwachsen bezeichnet werden. Allerdings zeigte sich besonders Magdeburg, vertreten durch Yves Metzinger, sehr kooperationsbereit und so war mein Besuch in der Bürgelstraße sehr ergiebig. Auch der Tipp Herrn Metzingers, die ehemalige SPD-Schatzmeisterin Regine Niemann in Haldensleben zu besuchen, stellte sich als äußerst wertvoll heraus. Dort konnte überraschend viel Literatur gefunden werden, die bei den vorangegangenen Recherchen noch nicht erschlossen worden war.

Als äußerst problematisch erwies sich, dass die sachsen-anhaltische SPD über kein zentrales Archiv verfügt und selbst in manchen regionalen Geschäftsstellen keine Veröffentlichungen, gerade aus den Gründungsjahren, vorliegen. Dies ist für eine Partei wie die SPD ein bedauerlicher Umstand, der verändert werden möchte. So Sie also noch Veröffentlichungen der SPD Sachsen-Anhalt oder Unterlagen haben, wäre es sehr freundlich, wenn Sie diese der SPD-Landesgeschäftsstelle zur Verfügung stellen könnten. An dieser Stelle schon einmal ein herzliches Dankeschön dafür.

Nichts desto trotz war meine Praktikumsarbeit fruchtbar und stellt eine fundierte Voraussetzung für eine vertiefende Beschäftigung mit der Geschichte des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt dar. Die SPD Dessau, wie auch die SPD Stendal und die SPD Naumburg haben nicht nur optisch sehr schön anzuschauende, sondern auch inhaltlich interessante Chroniken veröffentlicht, die ihre Historie in ihrem jeweiligen Ort auf spannende Art und Weise veranschaulichen. Hier liegen alle wichtigen Informationen und entscheidende Ereignisse in zusammengefasster Form in einer Festschrift vor.

Für die weitere Beschäftigung mit dem Thema über das Praktikum hinaus scheint es nun geboten, über Literatur hinaus auch nach Archivalien zu suchen: Anlaufpunkte könnten dann zum Beispiel das Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn und der Landtag von Sachsen-Anhalt sein.

Im Folgenden nun also die ausführliche Literaturliste, welche in den meisten Fällen mit Anmerkungen zum Eruierten versehen ist. Die Übersicht ist nach dem Provenienzprinzip, also nach dem Herausgeber gegliedert. Die anschließende Untergliederung, die in den meisten Fällen erfordert war, erfolgte chronologisch. Bedauerlicherweise war jedoch bei einigen Publikationen das Erscheinungsjahr nicht präzise zu erfassen.

1. SPD Landesverband Sachsen-Anhalt

Veröffentlichungen des Landesverbandes der sachsen-anhaltischen SPD waren folgerichtig vor allem in den Archiven Magdeburgs zu finden. Die Bandbreite des Publizierten erstreckt sich dabei über konkrete Projekte, wie beispielsweise der Erneuerung diverser Dörfer Sachsen-Anhalts bis hin zu Landtagswahlprogrammen.

Blickt man im Speziellen auf die Geschichte des SPD- Landesverbandes zurück, ist die Veröffentlichung von 1999 *Die Zukunft hat wieder einen Namen – Sozialdemokratie in Sachsen- Anhalt 1989 – 1999* besonders zu empfehlen.

- 1.1. *Dr. Reinhard Höppner – Kompetenz und Ideen für ein starkes Sachsen- Anhalt. Landtagswahl 1990.* Magdeburg 1990.
- 1.2. *Kompetenz für Sachsen-Anhalt. Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl am 14. Oktober 1990.* Magdeburg 1990.
- 1.3. *Hallenser Manifest.* Halle 1990.
- 1.4. *Reinhard Höppner – Kompetenz und Ideen für ein starkes Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, 1990.
- 1.5. *Sachsen-Anhalt – Unsere Heimat.* Magdeburg, 1990.
- 1.6. *Leunaer Thesen – Beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Leuna vom 1. bis 3. März 1991.* Magdeburg, 1991.
- 1.7. *Dorferneuerung in Sachsen- Anhalt: 3. Zum Beispiel Dahlen.* Magdeburg, 1992.
- 1.8. *Dorferneuerung in Sachsen- Anhalt: 1. Zu den Richtlinien.* Magdeburg, 1992.
- 1.9. *Dorferneuerung in Sachsen- Anhalt: 2. Die Inhalte der Dorferneuerungsplanung.* Magdeburg, 1992.
- 1.10. *Eine neue Politik für Sachsen- Anhalt. Bürgernah, konkret, zukunftsweisend.* Magdeburg, 1993.
- 1.11. *Mit Sicherheit vorwärts – Reinhard Höppner.* Magdeburg, 1994.
- 1.12. *Europa – nur mit uns. Unser Mann für Europa: Ulrich Stockmann.* Magdeburg 1994.
- 1.13. *Tage im Herbst 1989 . Die Gründung der SDP. Eine Veranstaltung des SPD Landesverbandes am 6. Oktober 1994.* Magdeburg 1994.
- 1.14. *Unser Land, unser Weg.* Magdeburg, 1998.
- 1.15. *Die Zukunft hat wieder einen Namen – Sozialdemokratie in Sachsen- Anhalt 1989 – 1999.* Magdeburg, 1999.
- 1.16. *Zukunft in Arbeit. Politik für Sachsen-Anhalt.* Magdeburg, 2001.
- 1.17. *Mit ganzer Kraft für unser Land.* Magdeburg, 2001.
- 1.19. *SPD Sachsen-Anhalt – Zeitung zur Landtagswahl.* Magdeburg, 2002.
- 1.18. *Mit ganzer Kraft für unser Land – Das 20- Punkte- Programm. Wahlprogramm der SPD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2002.* Magdeburg 2002.
- 1.19. *Zukunftsorientierte Sportförderung in Sachsen-Anhalt.* Magdeburg 2002.
- 1.20. *Politik mit Weitblick. Das Zukunftsprogramm für Sachsen-Anhalt.* Magdeburg, 2006.
- 1.21. *SPD Sachsen- Anhalt – Dokumentation Landtagswahlkampf 2006.* Magdeburg, 2006.

- 1.22. *Zwangvereinigung von SPD und KPD in Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, ohne Jahr.
- 1.23. *Wir über uns – ein Handbuch der SPD Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, ohne Jahr.
- 1.24. *Bildungsland Sachsen-Anhalt 2020. Eine Perspektivbetrachtung der Arbeitsgruppe „Bildung“ innerhalb der Zukunfts-AG der SPD Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, ohne Jahr.

2. SPD Landtagsfraktion Sachsen- Anhalt

Sehr rege in der Kommunikation nach außen zeigte sich die Landtagsfraktion der Sachsen-Anhalt-SPD. Die Schriftenreihe *Zur Sache* beleuchtet diverse Politikfelder, wie Umwelt, Bildungs- oder Rentenpolitik, und erläutert Grundsätze ihrer Landespolitik in dieser. Auch Wahlprogramme und Bilanzen ihrer Politik wurden durch die Landtagsfraktion veröffentlicht.

Während der achtjährigen Regierungszeit des Kabinetts Höppner gab die Fraktion des sachsen-anhaltischen Landtags monatlich eine Art Regierungsbericht heraus – zuerst unter dem Titel *Fraktion aktuell*, ab 2000 nur noch unregelmäßig unter dem Namen *Direkt – Magazin der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt*.

- 2.1. *Zur Sache. Eine moderne Schule für Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, 1992.
- 2.2. *Zur Sache. Umweltpolitik für Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, 1992.
- 2.3. *Zur Sache. Berufsbildung in Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, 1993.
- 2.4. *Zur Sache. Wohin mit den Alten?* Magdeburg, 1993.
- 2.5. *Zur Sache. Namen, Daten, Funktionen, Abgeordnete Bürgerbüros, MitarbeiterInnen und ReferentInnen der SPD in Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, 1995.
- 2.6. *Zur Sache. An der Wende des Jahrhunderts: die ländlichen Räume, die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft.* Magdeburg, 1998.
- 2.7. *Zur Sache. Das Maß ist voll.* Magdeburg, ohne Jahr.
- 2.8. *Die SPD Depesche. Sozialdemokraten im Landtag von Sachsen- Anhalt.* Magdeburg 1993.
- 2.9. *Wir in Sachsen- Anhalt – Sozialdemokraten im Landtag von Sachsen- Anhalt.* Magdeburg 1994.
- 2.10. *Denkanstöße: Kulturlandschaft Sachsen- Anhalt.* Magdeburg, 1994. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen- Anhalt.* Ausgabe 1 / März 1995.
- 2.11. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen- Anhalt.* Ausgabe 2 / April 1995.

- 2.12. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 3 / Mai 1995.
- 2.13. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 4 /Mai 1995.
- 2.14. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 5 / Juni 1995.
- 2.15. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 6 / September 1995.
- 2.16. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 7 / Oktober 1995.
- 2.17. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 8 / November 1995.
- 2.18. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 9 / November 1995.
- 2.19. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 10 / Dezember 1995.
- 2.20. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 1 / Januar 1996.
- 2.21. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 2 / Februar 1996.
- 2.22. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 1 / Januar 1996.
- 2.23. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 5 / Mai 1996.
- 2.24. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 6 / Juni 1996.
- 2.25. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 8 / August 1996.
- 2.26. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 9 / September 1996.
- 2.27. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 10 / Oktober 1996.
- 2.28. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 11 / November 1996.
- 2.29. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 12 / Dezember 1996.
- 2.30. *Fraktion aktuell – Argumente aus der SPD- Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt.* Ausgabe 2 / Februar 1997.
- 2.31. *Wir, die SPD – Zwangsvereinigung von SPD und KPD.* Magdeburg, 1996.

- 2.32. *Unser Land, unser Weg. Wahlprogramm der SPD Sachsen- Anhalt zur Landtagswahl 1998.* Magdeburg, 1998.
- 2.33. *Direkt – Magazin der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.* 1/2000. Magdeburg, 2000.
- 2.34. *Direkt – Magazin der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.* 2. Ausgabe, September 1999. Magdeburg 1999.
- 2.35. *Direkt – Magazin der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.* 3. Ausgabe, September 2000. Magdeburg, 2000.
- 2.36. *Direkt – Magazin der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.* 4. Ausgabe, September 2000. Magdeburg, 2000.
- 2.37. *Direkt – Magazin der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.* 1. Ausgabe, Juni 2001. Magdeburg, 2001.
- 2.38. *Bilanz 1998 – 2000.* Magdeburg 2000.
- 2.39. *Auf einen Blick: Zahlen, Daten, Argumente.* Magdeburg 2002.

3. Historische Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen- Anhalt

Quantitativ scheinbar - und nur mit oberflächlichem Blick auf diese vorliegende Literaturrecherche - gering wirkt der Publikationsumfang der Historischen Kommission. Doch qualitativ hochwertig und hochinteressant zu lesen sind die vier Hefte zur Geschichte der SPD. Besonders im Hinblick auf die Aufgabenstellung eine unverzichtbare Lektüre.

- 3.1. *Heft 1: 1863 – 2003: 140 Jahre SPD – Historische Spuren in Sachsen- Anhalt.* Halberstadt, ohne Jahr.
- 3.2. *Heft 2: SPD- Geschichte in Sachsen- Anhalt: vielfältig und einzigartig.* Magdeburg, ohne Jahr.
- 3.3. *Heft 3: SPD- Geschichte in Sachsen- Anhalt: Altes und Neues.* Magdeburg ohne Jahr.
- 3.4. *Heft 4: SPD- Geschichte in Sachsen- Anhalt: Anfänge, Widerstand, Neuaufbau.* Magdeburg, ohne Jahr.

4. Vorstand der SPD

Im aller zwei Jahre erscheinenden Jahrbuch der SPD, herausgegeben von deren Bundesvorstand, fehlen selbstverständlich nicht die Beiträge der sachsen-anhaltischen SPD. Auf einer bis sechs Seiten gibt es aufschlussreiche Berichte zur allgemeinen Situation der Partei in ihrem Bundesland – ideale Lektüre um sich einen allgemeinen Einblick in die Gesamtlage der SPD in Sachsen-Anhalt zu verschaffen.

- 4.1. Jahrbuch der SPD 1988 – 1990. „*Schwerer Start – Bericht des Landesverbandes Sachsen- Anhalt.*“ S. B118. Bonn, 1991.
- 4.2. Jahrbuch der SPD 1991 / 1992. *Landesverband Sachsen- Anhalt: „Schwieriger Aufbau neuer Strukturen.“* S. 236 – 237. Bonn, 1993.
- 4.3. Jahrbuch der SPD 1993 / 1994. „*Wechsel zu mehr sozialer Demokratie*“ S. 253 – 255. Bonn 1995.
- 4.4. Jahrbuch der SPD 1995 / 1996. *Landesverband Sachsen- Anhalt.* S. 354 – 360. Bonn, 1997.
- 4.5. Jahrbuch der SPD 1997 / 1998. „*Unser Land, unser Weg.*“ S. 102 – 104. Berlin, 1999.
- 4.6. Jahrbuch der SPD 2001 / 2002. „*Wahlkämpfe bei schwierigen Voraussetzungen.*“ S. 102 – 104. Berlin, 2003.
- 4.7. Jahrbuch der SPD 2003 / 2004. „*Neu aufstellen.*“ S. 103 – 105. Berlin, 2005.

5. Friedrich-Ebert- Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt

Das Landesbüro der der SPD nahestehenden Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert ebenfalls qualitativ hochwertige, thematisch interessante und vielseitige Schriften. Der Bildungspolitik kommt dabei zwar eine exponierte Stellung zu, doch auch Rückblicke auf frühere SPD-Bürgermeister oder *Beiträge zur Selbstfindung eines Bundeslandes* machen die Veröffentlichungen des FES-Landesbüros auch für die hier anzugehende Fragestellung relevant.

- 5.1. *Ernst Reuter – Oberbürgermeister von Magdeburg*. Magdeburg 1991.
- 5.2. *Hermann Beims – Magdeburgs großer Oberbürgermeister 1919-1931. Beiträge zur Gedenkveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des 60. Todestages von Hermann Beims*. Magdeburg 1992.
- 5.3. *Identität und Tradition in Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Selbstfindung eines Bundeslandes*. Magdeburg 1993.
- 5.4. *Ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister in der Diktatur – Rudolf Eberhard*. Magdeburg, 1996. (Gerda Meyer-Eberhard)
- 5.5. *Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt an Schulen*. Magdeburg 2000.
- 5.6. *Tschernobyl und die DDR: Fakten und Verschleierungen – Auswirkungen bis heute?* Magdeburg 2003.
- 5.7. *Die Chancen der frühen Jahre nutzen – Lernen und Bildung im Vorschulalter*. Magdeburg, 2004.
- 5.8. *Mentalitäten, Traditionen und regionale Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt*. Bonn 2005.
- 5.9. *100 Jahre Volkspark Halle: ein Haus sucht seine Zukunft*. Magdeburg, 2007.
- 5.10. *Streitschlichtung und Umgang mit Gewalt an Schulen*. Magdeburg, 2007.
- 5.11. *Wenn alle an einem Strang ziehen - Eine praktische Handreichung zur Schulprogrammarbeit*. Magdeburg, 2009.
- 5.12. *Kinderarmut in einem reichen Land*. Magdeburg, 2009.

6. Juso Landesverband Sachsen Anhalt

Gerade Mitglieder oder Ehemalige des Juso-Landesverbandes möchte ich an dieser Stelle nochmals um ihre Unterstützung bitten. Die interessante Reihe *Eierwurf* hat auf jeden Fall mehr als lediglich fünf Ausgaben herausgegeben, jedoch kann ich nichts archivieren, was ich nicht zumindest einmal in der Hand hatte. An dieser Stelle sei noch auf den Internetauftritt des Juso-Landesverbands Sachsen-Anhalt verwiesen: www.eierwurf.de – zwar stammt die letzte Aktualisierung aus dem Jahr 2006, doch gibt es im Archiv diverse gute Artikel zu entdecken.

- 6.1. *Eierwurf – Infotour zum Thema Ausbildung in Sachsen-Anhalt läuft.* Februar 1997
- 6.2. *Eierwurf – Lieber Herr Kohl, wir wollen einen sachlichen Wahlkampf, und Sie?* Januar 1998
- 6.3. *Eierwurf – Höchste Zeit.* April 1999
- 6.4. *Eierwurf – Klartext.* Juli 1999
- 6.5. *Eierwurf – Zukunft braucht Farbe.* März 2000.

7. SPD Magdeburg

Der Ortsverband der Magdeburger SPD veröffentlichte zu den jeweiligen Wahlen zum Stadtrat Kommunalwahlprogramme, einhergehend mit der Präsentation und den politischen Vorstellungen ihrer Kandidaten.

- 7.1. *SPD – Info-Blatt zur Wahl.* Magdeburg 1990.
- 7.2. *Konsequent. Kompetent. SPD ins Rathaus.* Magdeburg 1990.
- 7.3. *Wir packen den Brocken in Magdeburg.* (HG.: Sachsen-Anhalt SPD, LV). Magdeburg 1994.
- 7.4. *Kommunalwahlprogramm 1994 – Landeshauptstadt Magdeburg. Bürgernah, kompetent, zukunftsweisend.* Magdeburg, 1994.
- 7.5. *Für unser Magdeburg. SPD – Die Partei mit Zugkraft. Kommunalwahlprogramm 1999.* Magdeburg 1999.
- 7.6. *Wir für Magdeburg – Unsere Kandidaten für die Landeshauptstadt.* Magdeburg 2006.
- 7.7. *Ihr Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper. Kompetent – erfolgreich – gut.* Magdeburg 2008.

8. SPD Halle

Ähnlich dem Magdeburger Vorbild gab auch der Ortsverband der halleschen SPD konkrete Wahlprogramme heraus.

- 8.1. *Wir für Halle – Des Programm der Halleschen SPD 1994.* Halle, 1994.
- 8.2. *Wir für Halle – Des Programm der Halleschen SPD 1999.* Halle, 1999.
- 8.3. *Dagmar Szabados – Und Halle gewinnt. Halle.* Halle, ohne Jahr.
- 8.4. *Dagmar Szabados – Und Halle gewinnt – Vision & Programm.* Halle, ohne Jahr.

Darüber hinaus veröffentlichte der SPD-Kreisverband Halle 1990 sechs Ausgaben der Schrift: "das Wochenblatt der SPD". Diese befinden sich vollständig im Archiv von Dr. Fikentscher. Zudem erscheint seit 2007 vierteljährlich die SPD-Mitgliederzeitschrift *blick.punkt Halle*, zum Lesen und zum Herunterladen unter http://www.blickpunkt-halle.de/index.php?mod=content&menu=5&page_id=790. Insbesondere sei dabei auf den wende.punkt von 2009 (Sonderausgabe 3/2009) verwiesen, der auf dem Bundesparteitag mit dem Dröscher-Preis prämiert wurde.

9. SPD Dessau

Wie bereits in der Einleitung konturiert, stellte der Ortsverband Dessau eine äußerst liebevoll gestaltete und auch inhaltlich aufschlussreiche Chronik seiner selbst zusammen. Auch der Rückblick *Von der SDP zur SPD* zur Gründungsgeschichte der SPD in Dessau ist eine hervorragende Lektüre zur Vertiefung des Themas – diese Schrift liegt übrigens auch als Hörbuch und DVD vor.

- 9.1. *Politik für Dich – SPD für Dessau – Das Programm der Dessauer SPD zur Kommunalwahl 1999.* Dessau, 1999.
- 9.2. Peus, Heinrich; Deist, Heinrich: *Leben und Wirken von Persönlichkeiten in Dessau-Anhalt.* Dessau, 2000.
- 9.3. Paulick, Richard; Voigt, Wilhelm; Dr. Weber, Ernst; Dr. Müller, Kurt: *Leben und Wirken von Persönlichkeiten in Dessau- Anhalt.* Dessau, 2001.
- 9.4. *Von der SDP zur SPD – Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990.* Dessau, 2009.
- 9.5. *Chronik der SPD – Ortsverband Dessau.* Dessau, ohne Jahr.
- 9.6. *Dessauer Persönlichkeiten A-Z.* Dessau, ohne Jahr.

10.SPД Naumburg

Analog zur Dessauer SPD hat auch die Naumburger SPD eine äußerst schön gestaltete wie interessante Festschrift im Jahr 1999 herausgebracht. Ideal zur Vertiefung der Materie. Selbstverständlich veröffentlichte auch dieser Ortsverband diverse Wahlprogramme, die mir jedoch leider nicht vorliegen.

Festschrift: 135 Jahre SPD Ortsverein Naumburg – 10 Jahre Neugründung.
Naumburg, 1999.

11.SPД Stendal

Auch der Ortsverband Stendal gab kurz vor der Jahrtausendwende einen für unser Anliegen perfekt passenden Rückblick auf 10 Jahre bewegte SPD-Geschichte heraus. Schön gestaltet und hochinteressant zu lesen mit aufschlussreichen Zeitdokumenten.

10 Jahre SPD Stendal. Stendal 1999.

12.SPД Berlin

Extra Blatt für Sachsen- Anhalt. Berlin 1990.

13.DER SPIEGEL (Online-Recherche)

Zur Aufwertung der Literaturrecherche wurde bei dem ersten Treffen mit Dr. Fikentscher beschlossen auch die Online-Archive überregionaler Wochenzeitungen zu durchsuchen, um geeignete Artikel zu finden. Der Rahmen wurde auf die drei größten Magazine – SPIEGEL, Stern und Focus – beschränkt. Diese Online-Recherche stellte sich aufgrund der Fülle von Artikeln, die beispielsweise Reinhard Höppner oder Rüdiger Fikentscher zitieren, aber dennoch selbst im weiteren Sinne nichts mit der eigentlichen Zielstellung des Praktikums zu tun haben, als langwierig und schwierig heraus. Dennoch konnten zumindest im Spiegel einige interessante Artikel und Interviews gefunden werden. Die Online-Archive des Sterns und Focus‘ sind in ihrem jeweiligen Umfang noch sehr restringiert.

- 13.1. Von Noack, Hans- Joachim: *Da wird man unsicher.* Ausgabe 25/1994 (20.06.1994). Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686278.html>
- 13.2. *Das muss die Union akzeptieren – Spiegel- Interview mit Ministerpräsident Reinhard Höppner.* Ausgabe 27/1994 (04.07.1994). Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13855414.html>
- 13.3. *Wir sind nur lästig - Spiegel- Interview mit Ministerpräsident Reinhard Höppner.* Ausgabe 8/1995 (20.02.1995). Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9158517.html>
- 13.4. Von Noack, Hans- Joachim: *Sachsen –Anhalt – Ein starkes Stück Osten.* Ausgabe 16/1998 (13.04.1998). Online unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7861082.html>
- 13.5. *Von Höppner gelernt - Spiegel- Interview mit dem damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine.* Ausgabe 21/1998 (18.05.1998). Online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7892246.html>

14.Einzelpersonen

Ebenfalls wurde bei dem ersten Treffen mit Dr. Fikentscher festgestellt, dass es diverse, aus Sachsen-Anhalt stammende SPD-Verdiente gibt, deren Veröffentlichungen ebenfalls in das Praktikumsergebnis einfließen sollten. In alphabetischer Reihenfolge finden Sie nun deren Bibliographien.

14.1. Ingrun Drechsler

- 14.1.1. *Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg.* Oschersleben, 1995.

14.1.2. *Nun sagt schon ja: der Weg der Magdeburger Sozialdemokraten in die Zwangsvereinigung (Sommer 1945 - April 1946)*. Magdeburg, 1995.

14.1.3. *Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft: ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages 1992 - 1994*; in vier Bänden. München, 1997.

14.2. Rüdiger Fikentscher

14.2.1. *Zwischen Zwangsvereinigung und unfreiwilligem Zusammenschluß: KPD-SPD in der Provinz Sachsen 1945/46*. Halle, 1996

14.2.2. *Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt*. Halle an der Saale, 1999

14.2.3. *Islam und Coca Cola : Begegnung der Kulturen nach dem Irak-Krieg*. Halle, :mdv, Mitteltdt. Verl., 2003

14.2.4. *Kultur in Europa*. Halle : mdv, Mitteltdt. Verl., 2005

14.2.5. *Zwischen König und Bebel – deutsche Geschichten aus zwei Jahrhunderten*. Stuttgart, Hohenheim Verlag, 2006.

14.2.6. *Europäische Gruppenkulturen – Familie, Freizeit, Rituale*. Halle, :mdv, Mitteltdt. Verl., 2006

14.2.7. *Fest- und Feiertagskulturen in Europa*. Halle, :mdv Mitteltdt. Verl., 2007

14.2.8. *Trinkkulturen in Europa*. Halle, :mdv, Mitteltdt. Verl., 2008

14.2.9. *Begräbniskulturen in Europa*. Halle, :mdv, Mitteltdt. Verl., 2009

14.2.10. *Regionalbewußtsein und Landesidentität in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg, 2001.

14.3. Beatrix Herlemann

14.3.1. *Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933*, Hammer, 1977.

14.3.2. *Auf verlorenem Posten : kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg ; die Knöchel-Organisation*. Bonn, 1986.

14.3.3. *"Der Bauer klebt am Hergebrachten" : bäuerliche Verhaltensweisen unterm Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen*. Hahn, 1993.

14.3.4. *"Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten" : das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930 - 1945*. Halle, 2001.

14.4. Reinhard Höppner

14.4.1. *Segeln gegen den Wind. Texte und Reden und ein Gespräch mit Günter Gaus*. Radius-Verlag, Stuttgart, 1996

14.4.2. *Zukunft gibt es nur gemeinsam. Ein Solidaritätsbeitrag zur Deutschen Einheit*. Karl Blessing Verlag, München, 2000

14.4.3. *Acht unbequeme Jahre. Innenansichten des Magdeburger Modells*. Mitteldeutscher Verlag, Halle, 2003

14.4.4. *Wandern über das Wasser. Begegnungen zwischen Bibel und Politik*. Radius-Verlag, Stuttgart, 2003

- 14.4.5. (Hg.) *Bleiben, wohin uns Gott gestellt hat. Zeitzeugen berichten über die Kirche in der DDR.* Evangelische Verlagsanstalt Leipzig, 2004
- 14.4.6. *Arbeit aus, alles aus? Politik am Ende der Arbeitsgesellschaft.* Anderbeck-Verlag, Anderbeck, 2005
- 14.4.7. *Versucht es doch! 3 % reichen, die Gesellschaft zu verändern.* Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh, 2007
- 14.4.8. *Wunder muss man ausprobieren. Der Weg zur deutschen Einheit.* Aufbau-Verlag, Berlin, 2009

14.5. Adolf Reichwein

- 14.5.1. *Schaffendes Schulvolk.* Kohlhammer, Stuttgart/Berlin 1937.
- 14.5.2. *Film in der Landschule.* Kohlhammer, Stuttgart/Berlin 1938.
- 14.5.3. *Schaffendes Schulvolk – Film in der Schule. Die Tiefenseer Schulschriften.* Beltz, Weinheim/Basel 1993 (kommentierte Neuauflage beider Bände)

14.6. Hermann-Josef Rupieper

- 14.6.1. *Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert : [geschichtswissenschaftliche Tagung über "Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert", am 14. und 15. November 2003 in Halle, Schkopau und Leuna].* Halle, 2005.
- 14.6.2. *Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt.* Halle, 2004.
- 14.6.3. *Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit.* Halle, 2004.
- 14.6.4. *"... und das Wichtigste ist doch die Einheit": der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg.* Münster, 2003.
- 14.6.5. *Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933 bis 1936.* Halle, 2003.
- 14.6.6. *Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502 - 2002.* Halle, 2002.
- 14.6.7. *Der Holocaust in der deutschen und der israelischen Erinnerungskultur.* Halle, 2000.
- 14.6.8. *Feindobjekt "Spinne" : die Überwachung von Studienfahrten in die DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit 1983 - 1989.* Halle, 1997.
- 14.6.9. *Erinnerungen an die Martin-Luther-Universität 1945 bis 1989: eine Diskussion mit Zeitzeugen.* Halle, 1997.
- 14.6.10. *Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD: einige ausgewählte Dokumente der SMAD 16.1.1946 - 7.6.1946.* Halle, 1997.

- 14.6.11. *Zwischen Zwangsvereinigung und unfreiwilligem Zusammenschluß : KPD/SPD in der Provinz Sachsen 1945/46.* Halle, 1996.
- 14.6.12. *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie : der amerikanische Beitrag 1945 - 1952.* Halle, 1993.
- 14.6.13. *Der besetzte Verbündete : die amerikanische Deutschlandpolitik 1949 - 1955.* Opladen, 1991.
- 14.6.14. *Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung : eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (M.A.N.) 1837 - 1914.* Frankfurt, 1982.

14.7. Friedrich Schorlemmer

- 14.7.1. *Träume und Alpträume – Texte und Reden von 1982-1990 aus der DDR.* Berlin, 1990.
- 14.7.2. *Bis alle Mauern fallen – Texte und Reden aus der DDR.* Berlin, 1990.
- 14.7.3. *Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland.* München, 1992
- 14.7.4. *Freiheit als Einsicht“ – Bausteine für die Einheit München 1993*
- 14.7.5. *Versöhnung in der Wahrheit – Vorschläge und Nachschläge eines Ostdeutschen,* München, 1992
- 14.7.6. *Zu seinem Wort stehen* Kindler Verlag München 1994
- 14.7.7. *Das Buch der Werte – Wider die Orientierungslosigkeit unserer Zeit* Stuttgart, 1995.
- 14.7.8. *Was ich denke.* München, 1995
- 14.7.9. *Einschärfungen zum Menschsein heute,* Freiburg 1996
- 14.7.10. *Eisige Zeiten – Ein Pamphlet.* München, 1996.
- 14.7.11. *Die Wende in Wittenberg – Persönlicher Rückblick 1997* erschienen beim Drei Kastanien Verlag
- 14.7.12. *Zeitansagen – Sammlung von aktuellen Texten und Reden.* München, 1999.
- 14.7.13. *Absturz in die Freiheit – Was uns die Demokratie abverlangt,* Berlin, 2000.
- 14.7.14. *Nicht vom Brot allein. Leben in einer verletzbaren Welt,* Berlin 2002
- 14.7.15. *Die Bibel für Eilige,* 2003
- 14.7.16. *In der Freiheit bestehen,* 2004
- 14.7.17. *Hier stehe ich, Martin Luther,* 2003
- 14.7.18. *Den Frieden riskieren. Sätze und Grundsätze, Pamphlete und Predigten, Reden und Aussprüche aus zwanzig Jahren,* Stuttgart 2003
- 14.7.19. *Einander achten – aufeinander achten,* Jena 2004
- 14.7.20. *Gibt es Wahrheit im Plural?,* Frankfurt am Main 2005
- 14.7.21. (Hg.) *Lebenswege – Gespräche mit Zeitgenossen,* von 1991 – 2006, 6 Bände Halle, 1995 – 2006
- 14.7.22. *Lass es gut sein. Ermutigung zu einem gelingenden Leben,* 2007

- 14.7.23. (Hg.) *Was protestantisch ist / Große Texte aus 500 Jahren*, Freiburg i. B. 2008
14.7.24. *Wohl dem, der Heimat hat*, Berlin 2009

14.8. Gerhart Seger

- 14.8.1. *Oranienburg : Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten. Mit einem Geleitwort von Heinrich Mann*. Karlsbad, 1934.
14.8.2. *Reisetagebuch eines deutschen Emigranten*. Zürich, Europa-Verlag, 1936.
14.8.3. *Kunst und historischer Materialismus. Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung*. Leipzig 1920.
14.8.4. *Proletarierjugend und Theater. Ein Wegweiser für die arbeitende Jugend von Gerhart Seger*. Berlin 1921.
14.8.5. *Die geistige Befreiung der Arbeiterklasse. Bemerkungen zur Bildungsarbeit von Gerhart Seger*. Leipzig 1922.
14.8.6. *Die Werkstatt des Geistes*. Berlin 1922.
14.8.7. *Was ist historischer Materialismus? Versuch einer systematischen Darstellung*. Berlin 1923.
14.8.8. *Arbeiterschaft und Pazifismus*. Leipzig 1924.
14.8.10. *Arbeiterschaft/Krieg/Völkerbund*. Hamburg 1925.
14.8.11. *Wehrhafte Republik?* Berlin 1926.
14.8.12. *Deutschland - eine zweite Schweiz? Neutralisation als Kriegsverhütung. Ein außenpolitischer Vorschlag von Gerhart Seger*. Dessau 1929.

14.9. Lothar Tautz

- 14.9.1. *"Warte nicht auf bess're Zeiten ...": Oskar Brüsewitz, Wolf Biermann und die Protestbewegung in der DDR 1976 - 1977 ; Dokumentation*. Halle, 1999.
14.9.2. *Be happy! : Kleiner Pionier - was nun? ; Erinnerungen*. Halle, 2000.
14.9.3. *Friede und Gerechtigkeit heute : das "Querfurter Papier" - ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR*. Magdeburg, 2002.
14.9.4. *Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Provinz. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg, 2004.

14.10. Mathias Tullner

- 14.10.1. *Geschichte Sachsen-Anhalts*. München, 2008.
14.10.2. *Halle 1806 bis 2006 : Industriezentrum, Regierungssitz, Bezirksstadt ; eine Einführung in die Stadtgeschichte*. Halle 2007.
14.10.3. *Der Kreis Bitterfeld und seine Verwaltung 1816 - 2006*. Bitterfeld 2006.

- 14.10.4. *Landtagsgebäude und Landtage in Sachsen-Anhalt : von 1825 bis 2004*. Magdeburg 2004.
- 14.10.5. *Magdeburgs Neubeginn : zum 400. Geburtstag Otto von Guericke*. Magdeburg 2003.
- 14.10.6. *Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt*. Opladen 2001.
- 14.10.7. *Erhard Hübener - Mitteledeutschland und Sachsen-Anhalt : Schriften, Reden, Dokumente des Landeshauptmanns und Ministerpräsidenten*. Halle 2001.
- 14.10.8. *Der Kreis Bitterfeld und seine Verwaltung 1816 - 1952*. Bitterfeld 1999.
- 14.10.9. *Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt*. Halle 1998.
- 14.10.10. *180 Jahre Regierungsbezirk Magdeburg : der Regierungsbezirk Magdeburg im Spiegel der Zeit 1816 - 1996*. Magdeburg 1998.
- 14.10.11. *Persönlichkeiten der Geschichte Sachsens-Anhalts*. Halle 1998.
- 14.10.12. *Zwischen Demokratie und Diktatur : die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946*. Magdeburg 1997.
- 14.10.13. *Landtagsgebäude und Landtage in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg 1997.
- 14.10.14. *180 Jahre Regierungsbezirk Magdeburg : der Regierungsbezirk Magdeburg im Spiegel der Zeit 1816 - 1996*. Magdeburg 1996
- 14.10.15. *Zwischen Demokratie und Diktatur : die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziallandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946*. Magdeburg 1996.
- 14.10.16. *Mit'n in de Welt : Geschichtliches aus Sachsen-Anhalt*. Berlin 1993.
- 14.10.17. *Die preußische Provinz Sachsen : Positionen und Beiträge zu ihrer Geschichte*. Magdeburg 1993.
- 14.10.18. *Sachsen- Anhalt – Geschichte und Geschichten*. Quedlinburg 2005.

15. Andere Personen

Selbstverständlich gibt es noch weitere Bücher von anderen Autoren, welche für die zu behandelnde Thematik relevant und aufschlussreich sind. Diesbezüglich ist im Speziellen das von Wolfgang Herzberg herausgegebene Buch *Auf den Anfang kommt es an* wärmstens zu empfehlen. Interviews und Analysen beleuchten auf spannende Weise den sozial-demokratischen Neubeginn in den neuen Bundesländern.

- 15.1. Bernstein, Eduard: *Sozialdemokratische Lehrjahre*. Berlin 1928.
- 15.2. Budde, Kathrin: „*Darauf können wir stolz sein! – Die friedliche Revolution im Herbst 1989*“, in: *WISA – Vorwärts für Sachsen Anhalt*, 12/2009. Magdeburg, 2009.

- 15.3. Bullerjahn, Jens / Plehwe, Andreas: Politik für Regionen: *Grundzüge sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik für die Regionen Sachsen-Anhalts; ein Diskussionsangebot im Rahmen der Erarbeitung eines Wirtschaftskonzeptes für Sachsen-Anhalt*. Magdeburg, 1994.
- 15.4. Faulenbach, Bernd; Meckel, Markus; Weber, Hermann: *Die Partei hatte immer recht: Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED- Diktatur*. Augsburg, 1994.
- 15.5. Herzberg, Wolfgang: *Auf den Anfang kommt es an: sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989; Interviews und Analysen*. Bonn, 1993.
- 15.6. Holtmann, Everhard; Boll, Bernhard: *Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde*. S. 53-59. Magdeburg 1997.
- 15.7. Kilian, Michael: *Sachsen- Anhalt: Land der Mitte, Land im Aufbau*. Bad Honnef, 2002.
- 15.8. Lipinski, Richard: *Die Sozialdemokratie – von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Berlin, 1928.
- 15.9. Mart, Peter: *Wir über uns: ein Handbuch der SPD Sachsen-Anhalt; mitmachen, mitentscheiden*. Magdeburg, 1992.
- 15.10. Miller, Susanne; Potthoff, Heinrich: *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1893*. Verlag Neue Gesellschaft GmbH, 1988.
- 15.11. Sturm, Roland; Kropp, Sabine: *Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen*. Baden- Baden, 1999.
- 15.12. Thape, Ernst: *Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold: Lebensweg eines Sozialdemokraten*. Hannover, Dietz, 1969